Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug | dbb beamtenbund und tarifunion | CESI

1 | 2 0 2 4
71. Jahrgang

Tarifverhandlungen 2023 –
Gesamtvolumen von 11,58 Prozent Steigerung

BSBD Aktionen bringen Erfolg



Foto: BSBD

BUNDESHAUPTVORSTAND

3 Neujahrsgruß Bundesvorsitzender

4 Tarifverhandlungen

6 Digitalisierung

6 BSBD Jugend

7 Seminar Strafvollzug in der DDR

8 BSBD Frauen

9 BSBD Senioren



10 Vorstellung neue Druckerei

LANDESVERBÄNDE

12 Baden-Württemberg

20 Bayern


Gespräch Justizminister und JVB

24 Berlin

29 Brandenburg

31 Hamburg

35 Hessen

42 Mecklenburg-Vorpommern

48 Niedersachsen

52 Nordrhein-Westfalen

68 Rheinland-Pfalz

74 Sachsen

78 Sachsen-Anhalt

82 Schleswig-Holstein

88 Thüringen

44 Impressum

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	**martin.kalt@bsbd-bund.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands**	
	Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 2: ▸▸▸ 5. März 2024

ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 2: ▸▸▸ 16. April 2024

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wünschen allen Bediensteten der Justizvollzugsanstalten und deren Familien ein erfolgreiches neues Jahr 2024 vor allem Gesundheit.



René Müller, BSBD-Bundesvorsitender

Trotz aller Widrigkeiten und geopolitischer Entwicklungen war das Jahr 2023 für den Justizvollzug erfolgreich.

Wir haben im vergangenen Jahr einen ordentlichen Tarifabschluss erreicht. Gerade die Berücksichtigung des Justizvollzuges in Bezug auf die Pflegezulage war ein nötiger Erfolg im Kampf gegen den Personalmangel. Vom jetzt gültigen Tarifvertrag profitieren vor allem die unteren und mittleren Gehaltsklassen. Sicher stellt dieser Abschluss nicht jeden Mitarbeiter/Mitarbeiterin des öffentlichen Dienstes zufrieden und erneut wurde eine Chance seitens der TdL verpasst, die Besoldung der Länder an die Bundesbesoldung anzupassen.

Trotzdem können wir resümieren, dass sich die Anstrengungen im Tarifstreit und die durchgeführten BSBD-Aktionen (konzertierte Streikaktionen, aktive Mittagspausen und Demonstration vor der JuMiKo) erfolgreich waren. Die zahlreich geführten Gespräche im Vorfeld der Tarifverhandlungen und diverse Auftritte in der Öffentlichkeit haben den Fokus u. a. auf den Justizvollzug gelenkt.

Vor allem unseren Mitgliedern, die sich bundesweit an den BSBD-Aktionen und an den Demonstrationen des dbb beteiligt haben, möchte ich an dieser Stelle ein großes Lob und einen herzlichen Dank aussprechen. Der BSBD hat eindrucksvoll gezeigt, dass er motivierte, engagierte und kampfbereite Mitglieder hat. Ein ganz besonderer Dank gilt den Organisatoren der BSBD-Aktionen.

Gewerkschaftlich werden die Herausforderungen auch in diesem Jahr nicht weniger. Der Personalmangel, der sich bereits im ganzen Justizvollzug ausgebreitet hat, wird uns auch in diesem und in Folgejahren vor große Herausforderungen stellen. Nach unseren Informationen sind zumindest die Justizministerien bemüht, Abhilfe zu schaffen.

Die BSBD-Landesverbände sind im regen Austausch mit den Justizministerien der Länder und legten ihnen Lösungsstrategien vor. Es reicht nicht aus, allgemein die Bezahlung und Besoldung im öffentlichen Dienst zu erhöhen, um geeignete Bewerber für eine Arbeit im Justizvollzug zu begeistern. Den Landesregierungen muss bewusst werden, dass ein exklusives Besoldungsmerkmal die sogenannte „Gitterzulage“ darstellt. Gerade diese Zulage muss kräftig erhöht werden, zusammen mit den Diensten zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und der Wechselschichtzulage. Des Weiteren muss die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulagen sowie weitere vom BSBD vorgeschlagene Maßnahmen in allen Bundesländern Anwendung finden.

Der BSBD hat weiterführende Maßnahmen wie unter anderem Arbeitszeitverkürzung, Betreuungsgutschein für die Kinderbetreuung, mobiles Arbeiten in dafür vorgesehenen Bereichen, Schaffung von höheren beruflichen Perspektiven für alle Laufbahnen bei den Justizministerien vorgeschlagen, um hier nur einige wenige zu nennen.

Statt die Aufgabendichte zu verringern, sorgen fragwürdige Gesetzesänderungen (z. B. Änderung des Sanktionenrechts) für einen weiteren Anstieg der Belastung im Justizvollzug, deren Auswirkungen auf die Mehrbelastung noch nicht absehbar sind.

Das Wichtigste jedoch ist ein respektvoller, wertschätzender Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen. Wie auch in den vergangenen Jahren sind trotz des Personalmangels keine Aufgaben ausgelagert worden. Nur der Einsatzbereitschaft des Personals ist es zu verdanken, dass die Sicherheit der Bevölkerung durchgehend gewährleistet ist.

Auch in diesem Jahr können sich die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug darauf verlassen, dass der BSBD und seine Landesverbände alles daran setzen, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und zu vertreten. Dabei setzen wir wie auch in den vergangenen Jahren auf einen starken Zusammenhalt.

Der BSBD ist und bleibt die einzige Fachgewerkschaft und stärkste Interessenvertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges.

René Müller
Bundesvorsitzender BSBD ■

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Justizvollzug in Deutschland – der BSBD gehört dazu

Tarifverhandlungen 2023

Gesamtvolumen von 11,58 Prozent Steigerung

Wie bereits berichtet, wurde in der dritten Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember 2023 in Potsdam mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eine Tarifeinigung erzielt. Für den BSBD war der stellvertretende Bundesvorsitzende und Mitglied der Verhandlungskommission des DBB, Sönke Patzer über den ganzen Zeitraum vor Ort.

„Die massiven Warnstreiks und Demonstrationen in den Wochen vor der letzten Verhandlungsrunde haben entscheidend zu diesem Durchbruch beigetragen. Die TdL war sehr beeindruckt, was sich auf den Straßen abgespielt hat und welch Einsatz und Engagement alle Kolleginnen und Kollegen in diesen Tagen gezeigt haben. Überall im Bundesgebiet waren unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort und haben ihre Meinung lautstark kundgetan. Beschäftigte binden und motivieren bedeutet auch, etwas für seine Beschäftigten zu unternehmen.


Foto: BSBD

Dr. Dressel und Sönke Patzer, stellvertretender Bundesvorsitzender

Das Ergebnis der Einigung bedeutet im Einzelnen für die Beschäftigten der Länder folgendes:

- Die Inflationssonderzahlung setzt sich aus einer Einmalzahlung und darauffolgenden monatlichen Zahlungen zusammen. Die Einmalzahlung beträgt 1800 Euro (Auszahlung Länderabhängig).
- Von Januar bis Oktober 2024 werden monatliche Zahlungen in Höhe von jeweils 120 Euro erfolgen.
- ein Gesamtvolumen, welches dem des TVÖD von 3000 € entspricht.
- einen Sockelbetrag von 200 Euro ab dem 1. Oktober 2024.
- eine weitere Erhöhung von 5,5 % zu dem Sockelbetrag ab dem 1. Februar 2025, mindestens aber 340 Euro.
- Dies bedeutet im Mittel eine Anhebung zwischen 8,5 % bis 16 % oder 420 € im Finanziellen für die Laufzeit.
- Für die Beschäftigten in den Pflegeberu-

TV-L Allgemeiner Teil

ab Feb. 2025

Vorbehaltlich der endgültigen Abstimmung in der Redaktion (Stand 9: Dezember 2023)

Entgelttabelle zu § 15 TV-L — gültig vom 1. Februar 2025 bis 31. Oktober 2025

dbb beamtenbund und tarifunion

TV-L	Entgelttabelle Anlage B zum TV-L					
Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 15	5.504,26	5.902,04	6.112,24	6.858,84	7.424,19	7.640,58
EG 14	5.003,49	5.365,66	5.662,85	6.112,24	6.800,81	6.998,52
EG 13	4.629,74	4.967,01	5.220,71	5.713,58	6.394,91	6.580,44
EG 12	4.193,48	4.474,13	5.068,49	5.590,37	6.264,45	6.446,05
EG 11	4.064,54	4.323,79	4.619,10	5.068,49	5.720,84	5.886,14
EG 10	3.928,42	4.182,83	4.474,13	4.771,29	5.336,70	5.490,47
EG 9b	3.520,10	3.765,38	3.925,17	4.366,72	4.742,32	4.878,28
EG 9a	3.520,10	3.765,38	3.818,66	3.925,17	4.366,72	4.490,04
EG 8	3.319,52	3.559,02	3.692,14	3.818,66	3.958,47	4.045,01
EG 7	3.135,83	3.369,72	3.545,69	3.678,84	3.785,37	3.878,56
EG 6	3.086,57	3.318,08	3.447,20	3.578,99	3.665,52	3.758,72
EG 5	2.973,97	3.201,87	3.330,99	3.453,66	3.552,34	3.618,92
EG 4	2.849,24	3.079,22	3.240,61	3.330,99	3.421,39	3.479,47
EG 3	2.815,57	3.040,47	3.105,03	3.208,32	3.292,25	3.363,27
EG 2	2.642,84	2.853,24	2.917,80	2.982,36	3.130,84	3.285,81
EG 1	-	2.434,49	2.465,06	2.501,78	2.538,51	2.630,30

Beträge ohne Gewähr

Entgeltanhebung + 5,5 Prozent, mindestens 340 Euro (inkl. dem seit Nov. 2024 geltenden Sockelbetrag von 200 Euro)

fen des Justizvollzugs konnte der BSBD als Fachgewerkschaft für den Justizvollzug eine Pflegezulage in Höhe von 143,50 Euro durchsetzen. Für die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen beträgt die Zulage 70 Euro. Beide Zulagen sind dynamisiert.

Dies tritt zum 1. Januar 2024 in Kraft, die Laufzeit ist 25 Monate. Zudem wurde das Jobrad nun für alle zugänglich gemacht.
Die Tarifeinigung spiegelt die Wünsche aller bei den Regionalkonferenzen anwesenden Kolleginnen und Kollegen wider. Wir möchten einen Abschluss, wie es der TVÖD erzielt hat. Die Forderung wurde nun mit einem Gesamtvolumen von 11,58 % sowie den Zulagen für die Pflegeberufe sogar überboten.

Sönke Patzer
Stellv. Bundesvorsitzender BSBD
Vors. AG Tarif BSBD Bund ■

TV-L 2023 - 2025

Vorbehaltlich der endgültigen Abstimmung in der Redaktion (Stand 9. Dezember 2023)

Entgelttabelle zu § 15 TV-L — Anhebung durch die Erhöhungen im Rahmen der Einkommensrunde 2023

dbb beamtenbund und tarifunion

TV-L	gesamtes Entgelt-Plus in Euro					
Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 15	+ 486,95	+ 507,69	+ 518,65	+ 557,57	+ 587,04	+ 598,32
EG 14	+ 460,85	+ 479,73	+ 495,22	+ 518,65	+ 554,54	+ 564,85
EG 13	+ 441,36	+ 458,94	+ 472,17	+ 497,86	+ 533,38	+ 543,06
EG 12	+ 418,62	+ 433,25	+ 464,23	+ 491,44	+ 526,58	+ 536,05
EG 11	+ 411,90	+ 425,41	+ 440,81	+ 464,23	+ 498,24	+ 506,86
EG 10	+ 404,80	+ 418,06	+ 433,25	+ 448,74	+ 478,22	+ 486,23
EG 9b	+ 383,51	+ 396,30	+ 404,63	+ 427,65	+ 447,23	+ 454,32
EG 9a	+ 383,51	+ 396,30	+ 399,08	+ 404,63	+ 427,65	+ 434,08
EG 8	+ 373,06	+ 385,54	+ 392,48	+ 399,08	+ 406,37	+ 410,88
EG 7	+ 363,48	+ 375,67	+ 384,85	+ 391,79	+ 397,34	+ 402,20
EG 6	+ 360,91	+ 372,98	+ 379,71	+ 386,58	+ 391,09	+ 395,95
EG 5	+ 355,04	+ 366,92	+ 373,65	+ 380,05	+ 385,19	+ 388,66
EG 4	+ 348,54	+ 360,53	+ 368,94	+ 373,65	+ 378,37	+ 381,39
EG 3	+ 346,78	+ 358,51	+ 361,87	+ 367,26	+ 371,63	+ 375,34
EG 2	+ 340,00	+ 348,75	+ 352,11	+ 355,48	+ 363,22	+ 371,30
EG 1	-	+ 340,00	+ 340,00	+ 340,00	+ 340,00	+ 340,00
Minimalwert:	+ 340,00	Maximalwert:	+ 598,32		Mittelwert:	+ 420,69

Beträge ohne Gewähr

TV-L	gesamtes Entgelt-Plus in Prozent					
Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG 15	+ 9,71 %	+ 9,41 %	+ 9,27 %	+ 8,85 %	+ 8,59 %	+ 8,50 %
EG 14	+ 10,14 %	+ 9,82 %	+ 9,58 %	+ 9,27 %	+ 8,88 %	+ 8,78 %
EG 13	+ 10,54 %	+ 10,18 %	+ 9,94 %	+ 9,55 %	+ 9,10 %	+ 8,99 %
EG 12	+ 11,09 %	+ 10,72 %	+ 10,08 %	+ 9,64 %	+ 9,18 %	+ 9,07 %
EG 11	+ 11,28 %	+ 10,91 %	+ 10,55 %	+ 10,08 %	+ 9,54 %	+ 9,42 %
EG 10	+ 11,49 %	+ 11,10 %	+ 10,72 %	+ 10,38 %	+ 9,84 %	+ 9,72 %
EG 9b	+ 12,23 %	+ 11,76 %	+ 11,49 %	+ 10,86 %	+ 10,41 %	+ 10,27 %
EG 9a	+ 12,23 %	+ 11,76 %	+ 11,67 %	+ 11,49 %	+ 10,86 %	+ 10,70 %
EG 8	+ 12,66 %	+ 12,15 %	+ 11,89 %	+ 11,67 %	+ 11,44 %	+ 11,31 %
EG 7	+ 13,11 %	+ 12,55 %	+ 12,18 %	+ 11,92 %	+ 11,73 %	+ 11,57 %
EG 6	+ 13,24 %	+ 12,66 %	+ 12,38 %	+ 12,11 %	+ 11,94 %	+ 11,77 %
EG 5	+ 13,56 %	+ 12,94 %	+ 12,63 %	+ 12,36 %	+ 12,16 %	+ 12,03 %
EG 4	+ 13,94 %	+ 13,26 %	+ 12,85 %	+ 12,63 %	+ 12,43 %	+ 12,31 %
EG 3	+ 14,05 %	+ 13,37 %	+ 13,19 %	+ 12,93 %	+ 12,72 %	+ 12,56 %
EG 2	+ 14,76 %	+ 13,92 %	+ 13,72 %	+ 13,53 %	+ 13,12 %	+ 12,74 %
EG 1	-	+ 16,23 %	+ 16,00 %	+ 15,73 %	+ 15,47 %	+ 14,85 %
Minimalwert:	+ 8,50 %	Maximalwert:	+ 16,23 %		Mittelwert	+ 11,58 %

dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich 2 – Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin

Öffentlicher Dienst: Beschäftigte wollen Digitalisierung

Studie zeigt: Modernisierung scheitert nicht an den Beschäftigten

Die Digitalisierung der Verwaltung scheitert nicht an den Beschäftigten, sondern an der mangelhaften politischen Steuerung. Das unterstreicht auch eine neue Untersuchung.

Das Unternehmen Next: Public hat für die Studie „Barometer Digitale Verwaltung“ über 3.900 Beschäftigte von Bund, Ländern und Kommunen befragt. Davon sagen 12 Prozent, dass sie nicht gerne öfter mit neuen Technologien arbeiten würden. Umgekehrt machen sich nur 18 Prozent Sorgen wegen der zunehmenden Digitalisierung ihrer Arbeit. Vielmehr sehen die Beschäftigten das große Potenzial: Sie schätzen, dass 38 Prozent ihrer Aufgaben automatisiert erledigt werden könnten, damit sie selbst sich wichtigeren und komplexeren Vorgängen widmen könnten.

„Die Ergebnisse sprechen Bände“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Veröffentlichung der Studie am 14. Dezember 2023. „Die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert und aufgeschlossen für Veränderungen. Für sie ist das Schneckentempo bei der Digitalisierung ebenso frustrierend wie für die Bürgerinnen und Bürger. Politik sollte dieses Potenzial endlich flächendeckend nutzen. Konzepte und Strategien wurden genug geschrieben. Jetzt ist die Zeit, um zu handeln.“

Das Wissen aus der Praxis im Verwaltungsalltag könne eine wertvolle Ressource sein. Tatsächlich stimmen aber nur 30 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sie sich von ihrer Behörde bei der Digitalisierung mitgenommen fühlen. „Das muss uns alarmieren“, stelle Silberbach klar. „Wenn Politik und höchste Leitungsebenen es nicht schaffen, die Kolleginnen und Kollegen trotz ihrer Digitalisierungsbegeisterung konstruktiv einzubinden, dann haben wir hier strukturelle Probleme. Ich kann den Verantwortlichen nur raten, beispielsweise auch die Personal- und Betriebsräte frühzeitig in Modernisierungsprozesse einzubinden.“ Quelle: dbb ■

Jungen Union und junger BSBD auf einer Welle

BSBD-Jugend tauscht sich mit Bundesvorsitzender Franziska Lammert aus

Franziska Lammert, die stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, folgte der Einladung der BSBD-Jugend und Ende November kam es zu einem Onlinetreffen zwischen ihr, dem Vorsitzenden Philipp Weimann aus Baden-Württemberg und der Stellvertreterin Vivian Wernert aus Hamburg.

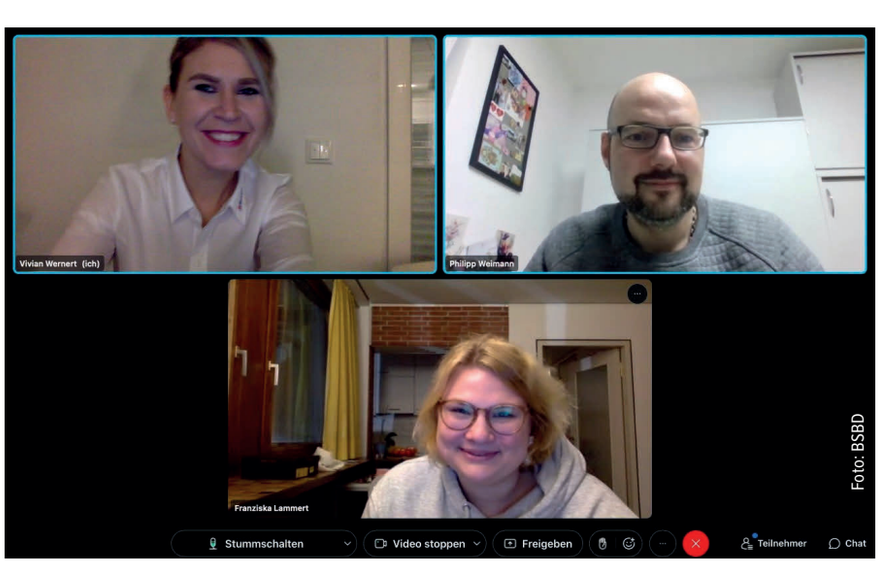


Foto: BSBD

Der jungen Juristin sind die Gegebenheiten innerhalb einer JVA nicht unbekannt. Innerhalb ihres Studiums verbrachte sie einen Praxisabschnitt in der JVA Münster. Die Strafvollzugsbeamten berichteten über die allgemeinen Rahmenbedingen des Justizvollzug mit allen seinen Tücken und Schwierigkeiten. Insbesondere wurde der Personalmangel, die Betreuung der Gefangenen, der Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen und die vermehrt auftreten Sprachbarriere angesprochen. Durch viele verschiedene Praxisbeispiele wurde versucht aufzuzeigen, wie anspruchsvoll und komplex unser Beruf ist. Ebenso wurde die Forderung nach zwei Kollegen pro Abteilung untermauert, denn nur so kann die Sicherheit und Ordnung aller gewährleistet werden.

Ein weiterer Themenkomplex war der Föderalismus. Dieser erschwert weiterhin unser Arbeitsumfeld und Flexibilität, da jedes Bundesland sein eigenes Gefangenenverwaltungssystem hat und ein Datenaustausch unter den Bundesländern nur selten und erschwert vorkommt. Es schadet der Attraktivität des Berufs, da eine Versetzung in ein anderes Bundesland immerzu zu einer langwierigen Angelegenheit zu werden droht. Des Weiteren differenzieren sich die einzelnen Bundesländer ungemein in Bezahlung, Krankenversicherungssystem und Wochenarbeitszeit voneinander. Solche bundesweiten Unterschiede erschaffen Personalkonkurrenz im eigenen Land und die Kluft des Föderalismus wird immer größer.

Nach einem über 90-minütigen Gespräch, in dem wir unsere Wünsche und Vorstellungen vorbringen konnten, beendeten wir dieses mit dem Wunsch, mit der jungen Politikerin in Kontakt zu bleiben.

Wir wissen die Junge Union als wichtigen Partner für unsere Belange zu schätzen und freuen uns sehr auf die weitere Zusammenarbeit. ■

Die Stasi und der Strafvollzug in der DDR

Seminar in Chemnitz



Foto: BSBD

Strafvollzug in der DDR war Thema eines Seminars, zu dem Bundesseminarorganisator Winfried Conrad nach Chemnitz eingeladen hatte. 17 Teilnehmerinnen folgten der Einladung und erfuhren viel Intessantes.

Erneut hatte die dbb akademie ein gutes und professionelles Hotel als Tagungsstätte ausgewählt. Den Anfang als Referent machte der Kollege Mario Pinkert. Pinkert – Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt – war schon zu DDR-Zeiten im Strafvollzug tätig. Seine Heimatanstalt war die die JVA Dessau. Nach der Wende und der Schließung der Einrichtung im Jahr 2015 sammelte der am Vollzugsalltag in der DDR interessierte Kollege alles, was er finden konnte. Er verfügt über unzählige Vorschriften und einen umfangreichen Bestand an Bildmaterial aus der Zeit vor 1989. In seinem Vortrag erklärte er wie der Strafvollzug in der DDR vollzogen wurde. Unterstützt wurde er von einem der Teilnehmer, der auch schon zu DDR-Zeiten im Vollzug beschäftigt war. Es ergaben sich sehr vielen Nachfragen, die Kollege Pinkert gerne beantwortete.

Der zweite Seminartag führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zunächst zu dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz. Schon in der Zeit des Nationalsozialismus wurden in dem 1877 gebauten Gefängnis politische Gegner inhaftiert. Hinzu kamen während der Zeit von 1933 bis 1945 Menschen jüdischer Herkunft, Zeugen Jehovas und Zwangsarbeiter/innen, oft als erste Station auf dem Weg in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager. Nach dem Krieg übernahm die sowjetische Geheimpolizei die Einrichtung. Ab dem Jahr 1950 nutzte das DDR-Ministerium für Staatssicherheit – MfS – teilweise das Gefängnis bis zur Komplettübernahme in Jahr 1952. Gegner und Gegnerinnen des SED-Regimes wurden dort inhaftiert. Berühmtheit erlangte die Einrichtung durch die Bezeichnung „Vogelkäfig“, die sich auf den DDR Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, den Unterhändler beim Freikauf politischer Gefangener durch die Bundesregierung, bezog. Insgesamt wurde die Haftanstalt zum zentralen Dreh- und Angelpunkt der mehr als 30.000 Personen, die freigekauft wurden.

Gefängnis wurde Gedenkort

Nach dem Ende der DDR übernimmt das Land Sachsen das Gefängnis und betreibt diese noch bis zur Schließung im Jahr 2010. Nach Verkauf an einen privaten Investor und Gründung eines Vereins zur Erhaltung des Gedenkortes wurde ein Teil des großen Gebäudekomplexes von diesem angemietet. Seit 2017 ist der Gedenkort zugänglich und seit 2023 kann man den ehemaligen Hafttrakt B besichtigen. Dort findet man auch die drei Austellungsetagen. Die BSBD-Besuchergruppe wurde von Herrn Schröpfer durch die Ausstellung geführt.

Am Nachmittag stand der Besuch der JVA Chemnitz auf dem Programm. Die Ansprechpartnerin des BSBD Ortsverbandes, Kollegin Silke Völker-Eckert, hatte mit ihrer Mannschaft erneut ein interessantes Programm erarbeitet. Zunächst wurde die Gruppe in einer PowerPoint-Präsentation über die Anstalt informiert. Wie bei den bisherigen Besuchen der Anstalt, die vom Bundesseminarleiter geplant wurden, hatte auch diesmal die Behördenleiterin Frau Bender-König Zeit und Gelegenheit, die Seminargruppe persönlich willkommen zu heißen und zu informieren. Die JVA Chemnitz ist die zentrale Frauenvollzugsanstalt der Freistaaten Sachsen und Thüringen. Die Belegungsfähigkeit umfasst 246 Haftplätze davon 241 im geschlossenen und fünf im offenen Vollzug. Ferner werden auch 14 Jugendarrestplätze vorgehalten. Nach den sehr ausführlichen Ausführungen der Anstaltsbediensteten wurde die Gruppe durch die Anstalt geführt. Bundesseminarleiter Conrad bedankte sich bei den Chemnitzer Kolleginnen und Kollegen – die auch die Bewirtung der Seminargruppe übernommen hatten – mit Aufmerksamkeiten.

Am letzten Seminartag wurde noch einmal die Thematik der Stasi in der DDR thematisiert. Gezeigt wurde der Film „Das Leben der Anderen“, der eindrucksvoll die perfide und menschenverachtende Arbeit der Stasi zeigt. Tief beeindruckt von dem Film wurde danach noch über den Inhalt diskutiert, bevor die Gruppenmitglieder die Heimreise antreten konnten. Nicht alle: Durch den eintägigen Streik der GdL konnten drei Seminarteilnehmer nicht die sofortige Rückreise antreten. Sie mussten noch eine Nacht in Chemnitz bleiben. Dank ihrem Landesverband, dem BSBD NRW, sind den Kolleginnen und dem Kollegen keine zusätzlichen Kosten entstanden. ■

Frauen in der Justiz fordern respektvolles Arbeitsumfeld

Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung in Koblenz vom 13. bis 15. Dezember 2023

Auf Einladung der Bundesfrauenvorsitzenden versammelten sich die Frauenvertreterinnen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Saarland und Sachsen-Anhalt vom 13. bis 15. Dezember 2023 in Koblenz zur Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung. Zu den Gästen zählten der stellvertretende Bundesvorsitzende Alexander Sammer sowie Stefan Naumann von der Debeka.

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung nach dem gemeinsamen Mittagessen in der Kantine der Debeka. Stefan Naumann gab den Teilnehmerinnen Einblicke in die Geschichte und Bedeutung der Debeka sowie über die Zusammenarbeit der Debeka mit der Gewerkschaft.

Die Sitzung fokussierte sich auf mehrere Kernthemen. Ein zentrales Anliegen war die familienpolitische Teilzeit. Es wurde festgestellt, dass in allen Bundesländern ähnliche Herausforderungen bestehen: Die Kinderbetreuung ist für Schichtdienstleistende sehr schwierig zu händeln, da zu wenig attraktive Angebote bestehen und private Kinderbetreuung viel zu teuer ist.

Dadurch dass aber auch bei den Betreuungsangeboten immer öfter das Personal fehlt, ist es noch schwieriger geworden, die knappen Angebote auch effektiv zu nutzen. Dies führt dazu, dass vor allem Frauen, aber mittlerweile auch vermehrt Männer, in Teilzeit gehen oder den Schichtdienst verlassen, um die Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen zu können.

Die Frage hier war, ob es nicht Sinn machen würde, für systemrelevante Berufe Betreuungsgutscheine bei den Ländern zu installieren, die in Notsituationen die Kosten zur Kinderbetreuung übernehmen würden. Oder ein Angebot der Kinderbetreuung, wie es während der Corona-Pandemie gab, fest zu installieren. Ein Anreiz hier wäre vielleicht auch die Erhöhung der Schichtdienstzulage, um den zunehmenden Schwierigkeiten der Schichtplanung entgegenzuwirken. Zudem liegt der Vollzug mit dieser Zulage leider in vielen Bundesländern weit hinter der freien Marktwirtschaft.

Beim Thema Beurteilungen und Beförderungen von Frauen ist es leider immer noch in einigen Bundesländer der Fall, dass die Frau durch Mutterschutz, Elternzeit und Teilzeit schlechter beurteilt wird, was ihre Karrierechancen beeinträchtigt.

Auch gibt es immer noch Stellenausschreibungen, die mehr auf die männlichen Kollegen gerichtet sind und Frauen sich somit gar nicht auf diese Stellen bewerben. Für manche ist es aber auch eine Hürde, sich auf Beförderungsstellen zu bewerben, da sie vermehrt den Druck von anderen auf sich spüren und sich diesen nicht gewachsen sehen, auch wenn sie die Befähigung dazu haben. Hier fehlt oft auch der Rückhalt der Dienststelle und der direkten Vorgesetzten. Ein Vorschlag war, die Dienststellen und Vorgesetzten mehr zu sensibilisieren. Weitere Ideen waren ein Flyer oder Fortbildungen, die die Souveränität der Frauen unterstützen: „Mehr Mut zur Selbstbehauptung und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten“.

Ein weiteres Thema war der Rückgang der der Bewerberzahlen in der Justiz: Es wird immer schwieriger, junge Leute für diesen Beruf zu gewinnen, da deren Verständnis von Life-Work-Balance nicht mit Schichtdienst und 40/42 Wochenstunden vereinbar ist. Es fehlt der Justiz an Flexibilität und Anreizen. Auch jungen Leuten z.B. mit Migrationshintergrund oder mit Homosexualität, wird es schwer gemacht, da dieses Thema auch immer noch ein Tabu-Thema in Behörden ist. Hier fehlen Ansprechpartner, allgemeine Informationen und die Unterstützung im Dienstalltag.

Weiter wurden die Herausforderung im Umgang mit psychisch auffälligen und aggressiven Gefangenen, der Mangel an Fachpersonal in Justizvollzugsanstalten und die Problematik der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz angesprochen. Ein zentraler Punkt war der Umgang mit immer schwierigeren, psychisch auffälligeren sowie aggressiveren Gefangenen, die den Frauen das Arbeiten in den JVAs immer schwerer machen, da sie diese weniger oder gar nicht respektieren. Immer mehr verbale, aber auch körperliche Übergriffe kommen dadurch zustande. Wenn dies geschieht, wird mittlerweile oft von den Dienststellen das Betragen des Beamten in Frage gestellt, statt das Verhalten der Gefangenen.

Auch wurde festgestellt, dass es zu wenig Fachpersonal in den JVAs gibt. Es fehlt an speziell geschultem Personal, Sozialarbeiter, Lehrer, Ärzte, Psychologen und Psychiater. Aus -und Fortbildungen werden oft aus Personalmangel, Krankheit oder Mangel an Fachreferenten verschoben oder abgesagt. Auch das Verlegen von psychisch erkrankten Gefangenen wird immer schwieriger, da die meisten Kliniken überfüllt und überlastet sind. Zudem wird beobachtet, dass Gutachter häufig die Haftumstände als Ursache für die Erkrankungen der Gefangenen anführen.


Foto: BSBD

Das letzte diskutierte Thema betraf die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in den Justizvollzugsanstalten. Die Teilnehmenden der Diskussion forderten eine intensivere Sensibilisierung und Schulung der Führungskräfte in diesem Bereich. Es wurde betont, dass eine verstärkte Aufklärungsarbeit erforderlich ist und das Thema ernst genommen werden muss, um ein sicheres und respektvolles Arbeitsumfeld zu gewährleisten.

Ein Highlight war der Besuch der JVA Koblenz, geleitet von den BSBD-Kolleginnen Susanna Ernst und Sarah Decke, wo viele der diskutieren Themen vertieft wurden. ■

Im Nachbarland gibt es Prämien für neue Mitarbeiter

Seminargruppe besucht Vollzugseinrichtung Sittensen/Niederlande

Höhepunkt des Bundesseminars, zu der sich fast 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Justizvollzug des Bundes in Aachen trafen, war der Besuch der JVA Sittard in den Niederlanden.

Zuvor aber eröffnete der Bundesseminarleiter Winfried Conrad das Seminar im Mercure Hotel in Aachen. Nach der obligatorischen Vorstellungsrunde im Interviewstil eröffnete der Kollege Stefan Leif den Reigen der Vortragenden. Leif ist stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und langjähriger Personalrat auf verschiedenen Ebenen. Seine Stammanstalt ist die JVA Rheinbach. Sein Thema lautete: Justizvollzug im Herzen Europas am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Wer den Kollegen Leif kennt und schon mal „live“ erlebt hat, kann sich vorstellen, dass sein Referat informativ und kurzweilig war. Neben den aktuellen Problemen in allen Bundesländern, die da sind Nachwuchsprobleme, wenig Wertschätzung und eine besorgniserregende Zunahme der psychisch auffälligen Gefangenen, ging er auch auf spezifische Probleme des Justizvollzugs seines Bundeslandes ein. Selbstverständlich waren auch die laufenden Tarifverhandlungen ein Thema. Kollege Conrad bedankte sich bei Stefan Leif ohne ihm noch weitere Einsätze als Referent „anzukündigen“.

Der zweite Seminartag begann schon in den frühen Morgenstunden. Zunächst stand eine Busfahrt in die Niederlande an. Die Seminargruppe war angemeldet in der niederländischen Vollzugseinrichtung in Sittard. Dort angekommen, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – wie am Flughafen – gründlichst durchsucht. Dabei bekam die Gruppe mit, dass alle Bedienstete der dortigen Anstalt tagtäglich diese Kontrolle über sich ergehen lassen müssen. Nach einem kurzen Imbiss mit leckerem Kuchen informierte ein Mitglied der Behördenleitung die Besucher über das Ziel und den Aufbau der Anstalt.

Beeindruckt waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Tatsache, dass die Sicherheit der Anstalt aber auch der Gesellschaft im Fokus des Vollzuges steht. Es wurde berichtet, dass ab dem Jahr 2024 eine Hochsicherheitsabteilung mit acht Haftplätzen ans Netz gehen soll. Die Gefangenen – hochrangige Bosse aus den Reihen der Clankriminalität und des organisierten Verbrechens – sollen dort abgeschirmt von der Außenwelt und den übrigen Insassen untergebracht werden. Es kann doch nicht sein, dass diese Kriminellen ihre Imperien noch aus dem Gefängnis heraus leiten, erläuterte der Behördenleiter. Kontakte – auch der Anwälte – werden überwacht. Ein sehr guter Personalschlüssel wirkt sich positiv auf die Vollzugsaufgaben aus. Nachholbedarf gibt es noch bei der Arbeit der Gefangenen. Mit Neid blicken die Niederländer auf die gut funktionierenden Arbeitsbetriebe der bundesdeutschen Anstalten.



Foto: BSBD



Foto: BSBD

Die Gewinnung von Personal steht auch im Mittelpunkt der Bemühungen der Vollzugseinrichtungen im Nachbarland. Wer junge Menschen als Bedienstete anwirbt und daraufhin ein Arbeitsverhältnis entsteht, erhält als Angehöriger der Einrichtung ein „Kopfgeld“ in Höhe von 1.000 Euro. Auch die Zukunft haben die Verantwortlichen des niederländischen Vollzuges im Blick. Zukünftig werden – trotz aller Bemühungen – nur noch 70 % der Bediensteten zur Verfügung stehen. Die Gefangenen sollen zur Selbstständigkeit im Vollzug angehalten werden, z.B. selbst zu kochen, da es keine Zentralverpflegung mehr gibt, und die Ausstattung der Hafträume mit Kommunikationstechnik soll das Personal entlasten. Interessant war auch die Idee, die Amtssprache im Vollzug auf Englisch umzustellen.

Conrad bedankte sich bei den niederländischen Kolleginnen und Kollegen für die vielen interessanten Informationen und die hervorragende Gastfreundlichkeit.

Dann ging die Fahrt nach Maastricht. Trotz nicht sehr angenehmen Witterung war die 90-minütige Stadtführung aufschluss- und abwechslungsreich.

Der letzte Seminartag stand im Blickpunkt des Besuchs in Sittard und dem Vergleich zum bundesdeutschen Justizvollzug. In Arbeitsgruppen wurden die Unterschiede herausgearbeitet. Unter Leitung des Bundesseminarleiters Winfried Conrad trugen die Gruppen im Plenum ihre Ergebnisse vor. Zum Schluss verabschiedeten sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem guten Gefühl, viele neue Eindrücke gewonnen zu haben. ■

Pauli Offsetdruck neuer Partner des BSBD

Unsere Druckerei stellt sich vor

Mit dieser Ausgabe des „Vollzugsdienstes“ hat sich nicht nur das Erscheinungsbild geändert. Neuer Partner des BSBD für die Herstellung des Mitgliedermagazins ist die Firma Pauli Offsetdruck aus Oberkotzau bei Hof im äußersten Nordosten Bayerns.

Familienbetrieb mit Tradition

Gegründet 1922 in Bad Frankenhausen/Thüringen als Plakatanschlag- und Werbungsunternehmen ist das Unternehmen seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts im oberfränkischen Hof zu Hause. Der heutige Betrieb aus Druckerei, Logistikabteilung und Verwaltung entstand in den 1990-er Jahren in Oberkotzau vor den Toren der Stadt Hof. Der jetzige Inhaber Harald Pauli übernahm den Betrieb 2007 in dritter Generation und erweiterte die Produktion stetig. 2022 wurde der Workflow komplett optimiert und die Produktion um eine weitere Druckmaschine im 3B-Format ausgebaut.

Die komplette Digitalisierung unserer Arbeitsabläufe von der Datenübernahme bis zum Druck bedeuten einen effektiven Produktionsdurchlauf und qualitativ gleichbleibende hohe Druckqualität. Ob Sie „nur“ ein Konzept mit einem Karton voller Bilder, ein fertiges Layout oder komplette Druckdaten liefern – unsere qualifizierten Mitarbeiter stehen für die Realisierung Ihrer Aufträge zur Verfügung. Gleichzeitig leisten wir bei der Druckplattenherstellung einen großen ökologischen Beitrag. Bei der Computer-to-Plate-Technologie wird bei der Druckplattenproduktion auf Chemie verzichtet. Die Belichtungsdaten fließen außerdem direkt in die Druckmaschinen ein.

Moderner Maschinenpark

Um den individuellen Anforderungen unserer Kunden gerecht zu werden, sind unsere Druckmaschinen auf dem aktuellsten Stand der Technik. Mit ihrer erfolgreichen HEIDELBERGER Speedmaster-Technologie garantieren sie höchste Druckqualität bei einer Druckgeschwindigkeit von bis zu 13.000 Bogen/Stunde. Durch Automatisierungskomponenten wie z. B. AutoPlate (automatischer Plattenwechsel) oder die programmierbare Wascheinrichtung werden die Rüstzeiten stark verringert. Das voll in den Maschinenleitstand integrierte Farbmess- und Steuersystem reduziert die Makulaturbogen vor dem eigentlichen Druckbeginn der Maschine auf ein Minimum.

Mit unserem Maschinenpark sind wir in der Lage, jeden Druckauftrag entsprechend des Umfanges und der Auflage optimal zuzuordnen. Egal ob Schmuckfarben, Drucklack, Stanzen, Prägen: Mit unseren Druckmaschinen machen wir aus „normalen“ Drucksachen Produkte mit einem edlen Erscheinungsbild und einer individuellen Note. Aber auch für Kleinstauflagen in Offsetdruckqualität hat das Familienunternehmen eine Lösung: Im Digitaldruck können Kleinstauflagen ab einem Exemplar mit einem Papiergewicht von 60 bis 350 g/qm und in Formaten zwischen DIN A6 und A3 produziert werden. Entsprechend groß ist das Sortiment, das von Visitenkarten über Blöcke, Bücher und Plakate, Prospekte und Mailings bis zu Kalendern, Zeitschriften und Verpackungen reicht. Selbst hohe Auflagen stellen uns in der Weiterverarbeitung vor kein Problem. Das Schneiden, Falzen, Nuten, Rückstichheften oder Klebebinden der Druckbögen erfolgt effektiv und rationell.



Die Leitung des Familienbetriebs Pauli Offsetdruck (von links): Prokuristin Christina Hansel-Pauli, Inhaber Harald Pauli, Prokuristin Angelika Pauli und Prokuristin Michaela Pollok-Pauli.

Lösungen für jedes Projekt

Schließlich bietet unsere Logistikabteilung die richtige Versandlösung für jedes Projekt. Und wo wir selbst nicht Spezialist für eine Aufgabe sind, können wir auf die Kompetenz erfahrener Partner in unserer Region zurückgreifen.

Die Zukunft der Firma Pauli ist gesichert: die beiden Töchter Christina Hansel-Pauli und Michaela Pollok-Pauli bilden die technische bzw. kaufmännische Betriebsleitung.

Zum Vollzugsdienst haben wir eine gute Verbindung: Denn seit langem produzieren wir für die Gewerkschaft Justizvollzug Bayern die Verbandszeitschrift JVB-Presse.

pauli offsetdruck

Kontakt:
Pauli Offsetdruck e.K.
Am Saaleschlößchen 6
95145 Oberkotzau
Telefon: 09286 / 982-0
www.pauli-offsetdruck.de
oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

... ergänzen Sie das Puzzle Ihrer beruflichen Zukunft im Justizvollzug ...



... werden Sie Mitglied im

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

- Der ***BSBD*** ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Der ***BSBD*** vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Der ***BSBD*** ist vor Ort in allen 16 Bundesländern für Sie präsent.
- Der ***BSBD*** ist eigenständig unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes organisiert.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Mehr Informationen: www.bsbd.de



Foto: Coloures-Pic/stock.adobe.com

AUS DEM VOLLZUG

FÜR DEN VOLLZUG

BSBD-Mitglieder in großer Zahl dabei

Stuttgarts Straßen platzen aus allen Nähten – der öffentliche Dienst machte seinen Ärger deutlich

6.000 öffentliche Beschäftigte aus allen Bereichen der Landesverwaltung haben ihren Ärger und Unmut über die vollkommen unverständliche Verweigerungshaltung der öffentlichen Arbeitgeber der TD-L zum Ausdruck und die Straßen in Stuttgart zum Kochen gebracht. Der Protestmarsch schlängelte sich durch große Teile der Innenstadt.



Tarifbeschäftigte, aktive Beamtinnen und Beamte, die ihre Freizeit oder eine aktive Mittagspause einbrachten und unsere immer aktiven Versorgungsempfänger waren unter dem Banner des BSBD in Stuttgart, um den mehr als berechtigten Forderungen nach einer fairen Entlohnung und sozialen Teilhabe lautstark Ausdruck zu verleihen. Sie stellten sicher, dass der Unmut nicht nur in Stuttgart, sondern auch bis an den Verhandlungstisch in Potsdam durchgedrungen ist.

Der BSBD Landesverband Baden-Württemberg dankt an dieser Stelle unseren deutlich mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus fast allen Ortsverbänden! Danke für die gelebte Solidarität und für das gute Gefühl, gemeinsam für unsere Ziele zu streiten und zu kämpfen.

Das WIR stand im Vordergrund und es ist ein gutes Gefühl, so viele Menschen an seiner Seite zu wissen.

Bericht: Alexander Schmid ■

Der 30. November 2023 wird als besonderer Tag in die Geschichtsbücher des BBW eingehen müssen.





Alle Fotos: BSBD BW






10,5%
500 Euro
mindester
SICHERHEIT
10,5% MINDESTENS 500 €


SICHERHEIT
UND WOLLEN FAIREN LOHN!
JUSTIZ-VOLLZUG DEUTSCHLAND
BSBD
Berufs-unfähigkeits-Absicherung
10,5% MINDESTENS 500 €
Pflege-dienst-Zulage!


JUSTIZ-VOLLZUG DEUTSCHLAND
BSBD
dbb


SICHERHEIT
UND WOLLEN FAIREN LOHN!
JUSTIZ-VOLLZUG DEUTSCHLAND
BSBD
Pflege-dienst-Zulage!
dbb


40
dbb


SICHERHEIT
BSBD


SICHERHEIT


WIR SORGEN FÜR
SICHERHEIT
UND WOLLEN FAIREN LOHN!
JUSTIZ-VOLLZUG DEUTSCHLAND
WIR FORDERN:
BSBD
Mehr Personal


SICHERHEIT
UND WOLLEN FAIREN LOHN!
JUSTIZ-VOLLZUG DEUTSCHLAND
BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Alle Jahre wieder – Ortsverband Schwäbisch Gmünd kam auf dem Weihnachtsmarkt zusammen

Am 30.11.2023 läutete der Ortsverband Schwäbisch Gmünd bei einem gemütlichen Beisammensein auf dem Gmünder Weihnachtsmarkt die Vorweihnachtszeit ein. Der Ortsverbandsvorsitzende Dirk Honigmann und sein Stellvertreter Sascha Schmid hießen die Mitglieder ab 18.00 Uhr herzlich an der Elchbar willkommen. Der Einladung folgten auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, was den Initiator und Organisator des Abends Dirk Honigmann besonders freute und den engen Zusammenhalt innerhalb des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd widerspiegelt. So wurde der Abend erneut zu einem vollen Erfolg und keiner musste hungrig oder durstig nach Hause gehen.

Bericht: Dirk Honigmann ■





Fotos (2): BSBD BW

Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst bleibt am Ball –

Bei der Tagung in Wiesloch wurde festgelegt, wie die Ziele angegangen werden sollen

Vom 20. bis 21. November 2023 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst zu einer zweitägigen Fachgruppensitzung.

Die neue Fachgruppensprecherin Susan Bleile begrüßte die TeilnehmerInnen. Zunächst referierte der stellvertretende Landesvorsitzende und Fachgruppenmitglied Marcus Balke über die aktuellen Themen des Landesvorstands. Fachgruppenmitglied Elfriede Ensle-Bohn berichtete von der Landeshauptvorstandsitzung im Juli 2023, auf welcher sie als Fachgruppensprecherin verabschiedet wurde.

Im Anschluss hieran widmete sich die Fachgruppe den aktuell anstehenden Themen:

Hauptaugenmerk lag hierbei auf der Erarbeitung einer sinnvollen Strategie, um unsere Forderungen bzw. Anliegen im Hinblick auf die notwendigen Verbesserungen innerhalb der Dienstgruppe des gehobenen Verwaltungsdienstes voranzutreiben.

Die in der letzten Sitzung erarbeitete Prioritätenliste wurde überarbeitet und mit Anmerkungen versehen. Vor allem die strukturellen Verbesserungen, die Aktualisierung der Dienstpostenbewertung aus 2015 sowie die Besoldung im Eingangsamt sollen im Fokus stehen. Auch weitere Themen spielen selbstverständlich eine Rolle – hierbei geht es um die Rekrutierung neuen Personals und Motivation der derzeitigen KollegInnen im gehobenen Verwaltungsdienst.

Die Anliegen will die Fachgruppe in einem Gespräch mit dem Personalreferat des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg persönlich besprechen.

Im Anschluss wurden die Termine für das Jahr 2024 sowie die zukünftigen personellen Veränderungen innerhalb der Fachgruppe abgestimmt.

Bericht: Susan Bleile ■



Foto: Fabry

Markus Balke



Foto: BSBD BW

Elfriede Ensle-Bohn

Fachgruppe Junge Bedienstete

Strafvollzugsbeauftragte Evers (MdL) im Austausch mit Fachgruppensprecher Philipp Weimann

Die Strafvollzugsbeauftragte der Fraktion der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Frau Daniela Evers, hat sich Mitte November mit dem BSBD-Fachgruppensprecher „Junge Bedienstete“ Philipp Weimann zu einem Austausch in Stuttgart getroffen.

Das Treffen fand auf Initiative der ehemaligen Vorsitzenden der Grünen Jugend, Aya Krkoutli, die sich schon mehrfach mit Philipp Weimann über die Belange der Jungen Bediensteten im Strafvollzug ausgetauscht hat, statt. Dafür herzlichen Dank.



v.l.: Philipp Weimann, Daniela Evers, Aya Krkoutli

Schwerpunktthema war das Bildungszentrum Justizvollzug. Philipp Weimann machte mehrfach deutlich, wie wichtig und notwendig ein neues, modernes und zentrales Aus- und Fortbildungszentrum ist. Die momentane Situation mit drei Außenstellen und dem Bildungszentrum in Stammheim ist so nicht tragbar.

Nach den Vorstellungen der Fachgruppe Junge Bedienstete wäre die Bündelung von Aus- und Fortbildung an einem zentralen Standort mit hauptamtlichen Lehrkräften unbedingt und zeitnah notwendig.

Auch wenn das „Projekt“ mittelfristig nicht realisierbar scheint, ist es erforderlich die politischen Entscheidungsträger über die Situation zu informieren, um so den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eine Pinselrenovierung ist nicht ausreichend.

Gleichzeitig sollte aber auch betont werden, dass das Team des Bildungszentrums Justizvollzug – trotz der Rahmenbedingungen – ein Höchstmaß an Möglichkeiten versucht, um eine reibungslose und gute Ausbildung zu gewährleisten.

Ein weiteres Thema war die aktuelle Situation beim Logistikzentrum Baden-Württemberg. Es ist nicht tragbar, dass Kolleginnen und Kollegen über ein halbes Jahr auf bestellte Dienstkleidung warten müssen. Neue Beschäftigte werden in ihrer Grundausstattung bevorzugt, müssen teilweise aber trotzdem über Monate in ihrer privaten Kleidung Dienst verrichten.

Auch die verringerte Grundausstattung für Tarifbeschäftigte ist nicht nachvollziehbar. Es wird erwartet, dass der normale Dienstbetrieb mit einer minimalen Kleiderausstattung durchgeführt wird. So müssen etwa bei Wind und Wetter im Außenbereich Baustellen bewacht werden, ohne die nötige Kleiderausstattung erhalten zu haben. Es ist auch notwendig, fast täglich die Waschmaschine laufen zu lassen, um ordentlich und sauber in den Dienst kommen zu können. Zustände, die so nicht hinnehmbar sind.

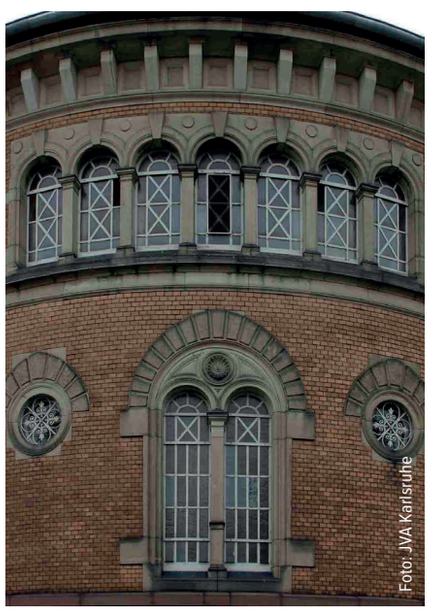
Dieses Themenfeld war für die Landtagsabgeordnete Frau Evers neu und wurde mit Interesse aufgenommen. Die Fachgruppe ist gespannt, ob sich was zum Positiven verändert.

Kollege Weimann sprach am Ende des Treffens Frau Evers seinen Dank für den tollen und offenen Gedankenaustausch aus. Man kann mit gutem Gewissen behaupten, dass sie sich mit Herz den Belangen der Beschäftigten im Justizvollzug annimmt.

Bericht: Philipp Weimann ■

BSBD vor Ort aktiv

Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Karlsruhe



JVA Karlsruhe

Am 14.12.2023 fand die Jahreshauptversammlung 2023 des Ortsverbands Karlsruhe in der Kantine der Hauptanstalt statt.

Der Vorstand des Ortsverbandes begrüßte sieben Mitglieder, so dass insgesamt zehn Personen anwesend waren. Es war eine kleine, aber feine Sitzung.

Nach dem Kassenbericht von René Hellriegel wurde über die nächste Bildungsfahrt gesprochen – man war sich einig, dass eine zweitägige Fahrt angestrebt werden soll. Das Ziel blieb noch offen.

Im Anschluss thematisierten die Anwesenden ausgiebig die erfolgreichen Tarifverhandlungen und den Beitrag der Gewerkschaften daran, ohne die es sicherlich kein solches Ergebnis gegeben hätte.

In Abwesenheit wurde unser Mitglied J. Enderle für 25 Jahre BSBD-Mitgliedschaft geehrt.

Nach der Sitzung ließ man sich noch gemeinsam Wurstsalat mit Pommes frites schmecken.

Bericht: Uwe Haubold ■

BSBD-Personalräte tauschen sich aus

Regionalkonferenz kommt auf dem Hohrainhof zusammen

Am 26.10.2023 fand die BSBD-Regionalkonferenz für Personalräte Nordwürttemberg/Nordbaden statt. Der Personalrat der JVA Heilbronn war für die Durchführung der Regionalkonferenz verantwortlich. Als Tagungsort wurde der Hohrainhof (Außenstelle der JVA Heilbronn) gewählt. In der dortigen Kapelle bereiteten die Kollegen des Hohrainhofs alles vor, um für das Gelingen der Tagung zu sorgen.

Zunächst begrüßte der Personalratsvorsitzende und Vorsitzende des BSBD OV Heilbronn, Thomas Stuntz, die Teilnehmer. Besonders begrüßte er den Anstaltsleiter der JVA Heilbronn Herrn Andreas Vesenmaier. Herr Vesenmaier freute sich, dass diese Veranstaltung auf dem Hohrainhof stattfindet. Er betonte, wie wichtig die Personalratsarbeit ist und auch die Zusammenarbeit zwischen Anstaltsleitung und Personalrat. Zum Abschluss seines Grußwortes wünschte er der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Es ging dann u. a. um folgende Themen: Berichte aus den Anstalten, Personalsituation, aktuelle Baumaßnahmen und verschiedene andere Themen. Nachdem die Punkte besprochen waren, folgte eine Führung über den Hohrainhof. Diese wurde vom Außenstellenleiter Kollege Ralf Schäfer durchgeführt. Insbesondere war hier der Weinbau und der Weinkeller interessant. Nach einer kurzen Abschlussrunde und dem Dank an die Kollegen des Hohrainhofs traten die Teilnehmer die Heimreise an.

Bericht: Thomas Stuntz ■


Foto: BSBD BW

BSBD zeigt Flagge beim BBW

Landeshauptvorstand des BBW tagt in Leinfelden

Verfassungskonforme Besoldung und die Versorgung der Ruhegehaltsempfänger waren zentrale Themen in den Ausführungen des BBW-Landesvorsitzenden Kai Rosenberger in seinem Bericht zur Lage, die die Mitgliedsverbände auch zukünftig verstärkt beschäftigen werden. Eine fünfköpfige Delegation vertrat den BSBD-Landesverband Baden-Württemberg bei der Landeshauptvorstandssitzung des BBW Beamtenbund und Tarifunion am 22. November 2023 in Leinfelden-Echterdingen. Brandaktuelle Themen waren die stockenden Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder TV-L und die Personalratswahlen 2024. Darüber hinaus wurden eine umfangreiche Tagesordnung abgearbeitet und intensive Diskussionen zu unterschiedlichsten Themen geführt. Es war mal wieder ein informativer und produktiver Tag, der das Gefühl vermittelte, dass hohe Ziele nur gemeinsam und solidarisch erreicht werden können.

Bericht: Lars Rinklin ■


Foto: BSBD BW

v.l.: Andreas Rothböck, Lars Rinklin, Kai Rosenberger, Alexander Schmid, Barbara Reber, Steffen Schelenz, Frank Maertins

BSBD BW an bundesweiter Aktion beteiligt

Aktive Mittagspause im Justizvollzug als neue Form des Protests

In Heilbronn, Freiburg und Ulm haben am 06.12.2023 insgesamt ca. 100 Kolleginnen und Kollegen während ihrer Mittagspause an der Protestaktion teilgenommen und damit ganz klar gezeigt: der BSBD steht an der Seite der Verhandlungsgruppe und ist bereit zu kämpfen.

Vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben, egal ob im Vordergrund bei der Aktion oder im Hintergrund an den organisatorischen Aufgaben und allem anderen was dazugehört.

Gemeinsam sind wir als Verband stark und können was erreichen!

Bericht: Michael Schwarz ■



Ulm



Freiburg



Fotos (3): BSBD BW

Heilbronn

Der Tarifabschluss 2023 aus Sicht des BSBD BW

Am 09.12.2023 kam es in der dritten und letzten Verhandlungsrunde zur Einigung.



Michael Schwarz

Die wesentlichen Eckpunkte lauten:

Inflationsausgleich 1.800 Euro Inflationsausgleich als Einmalzahlung (Azubis, Studierende, Praktikanten 1.000 Euro), Teilzeit anteilig. Dieser wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt ausgezahlt.

Zusätzlicher Inflationsausgleich monatlich für Januar bis Oktober 2024 jeweils 120 Euro (Azubis, Studierende, Praktikanten monatlich 50 Euro), Teilzeit anteilig.

Entgelt Die Einkommen erhöhen sich zum 1. November 2024 um 200 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 5,5 Prozent.

Wird dabei insgesamt keine Erhöhung von 340 Euro erreicht, wird der betreffende Erhöhungsbetrag zum 1. Februar 2025 auf 340 Euro gesetzt.

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 25 Monaten.

Die Landesregierung hat sodann entschieden, das Tarifergebnis TV-L systemgerecht und zeitnah auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen.

Beamtinnen und Beamte erhalten mit den April-Bezügen zusätzlich zu ihrem Gehalt einmalig und steuerfrei einen Inflationsausgleichs in Höhe von 1.800 Euro, zuzüglich vier Mal 120 Euro für die Monate Januar bis April 2024, danach von Mai bis Oktober jeweils 120 Euro. Teilzeitbeschäftigte bekommen den Inflationsausgleich anteilig. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten den Inflationsausgleich prozentual entsprechend ihres Ruhegehaltssatzes.

Ab November 2024 steigen die Bezüge linear um 3,6 % und ab Februar 2025 linear um weitere 5,6 %.

Wie der BSBD BW das Ergebnis bewertet und Hintergründe dazu, erläuterten Mitte Dezember Landesvorsitzender Michael Schwarz und Landestarifbeauftragte Sabine Glas in folgendem Schreiben an die Mitglieder:

Stuttgart, 17. Dezember 2023

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Der Tarifabschluss 2023 aus Sicht des BSBD

Liebe Mitglieder,

die Tarifverhandlungen 2023 sind Geschichte. Auch für den Beamten- und Versorgungsbereich wurden die vorgesehenen Besoldungs- und Versorgungsanpassungen bereits verkündet. Auch in dieser Sammelpost finden Sie hierzu weitere Informationen, insbesondere auch Analysen und Expertisen. Letztlich darf und muss sich nun jeder aufgrund der eigenen persönlichen Situation seine eigene Meinung dazu bilden.

Aus BSBD-Sicht wurde ein gutes, aber kein überragendes Ergebnis erreicht.

Wir wollen im Folgenden einzelne Hintergründe und Unterschiede im Ergebnis zwischen Tarif, Beamten- und Versorgungsbereich erläutern. Zuallererst jedoch gilt es, allen Teilnehmenden für die riesengroße Unterstützung und Beteiligung bei der Kundgebung in Stuttgart sowie bei den aktiven Mittagspausen vor den JVAen Freiburg, Heilbronn und Ulm herzlichen Dank zu sagen!

Der Verhandlungsverlauf

Blickt man zurück auf die Ausgangslage der Verhandlungen von TVöD und TV-L im Herbst, so liegt dazwischen ein uns allen bekanntes Urteil des Verfassungsgerichtes. Diese Rechtsprechung ist für die haushaltstechnischen Entscheidungen im Bund, aber auch in den Ländern von problematischer Bedeutung.

Dennoch gelang es unserer Verhandlungsgruppe unter diesen Vorzeichen für den TV-L mit ein paar Einschränkungen ein gutes und akzeptables Ergebnis zu erzielen, welches im Gleichklang mit dem Ergebnis des TVöD im Frühjahr 2023 steht.

Das Erreichen dieses Ergebnisses war keineswegs selbstverständlich, denn in den ersten Runden legten die Arbeitgeber keine Angebote vor. Erst durch massiven Druck der Basis kam Bewegung in die Verhandlungen. Die Geschlossenheit bei den Demonstrationen, allein **6.000 Teilnehmende** in Stuttgart oder bei weiteren Aktionen, wie die vom BSBD, **wo hundert Bedienstete in ihrer Mittagspause** vor den Vollzugsanstalten in Heilbronn, Ulm und Freiburg auf die Forderungen aufmerksam machten, führte bei den Arbeitgebern zu einem Umdenken.

Zum Ergebnis

- Eine **Erfolgsmeldung** für unsere im Tarif beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in den Krankenrevieren geht leicht unter, deshalb wollen wir sie zuerst erwähnen: **Erstmalig** erhalten nun auch sie ihre wohlverdiente **Pflegezulage** wie die in den Krankenrevieren eingesetzten beamteten Kolleginnen und Kollegen!
- **Enttäuschend** ist, dass die TdL nicht bereit war, über die seit den 1970er Jahren nicht mehr geänderte **Entgeltordnung** zu verhandeln. Daher konnte auch unsere Forderung, im Justizvollzug eine E8 und E9 einzuführen, nicht erreicht werden. So werden dringend zu besetzende Arbeitsplätze weiterhin unbesetzt bleiben! Immerhin wird es zu diesen Punkten im Rahmen der sogenannten Tarifpflege, die sich nun an die Verhandlungen anschließen, noch weitere Gespräche geben. Hoffen wir das Beste für einen guten Ausgang.

  Auch zur Absicherung von Tarifbeschäftigten bei **Berufsunfähigkeit** wurde nicht verhandelt. Hier wird sich das Land im Rahmen seiner Fürsorgepflicht nun selbst um eine Lösung bemühen müssen.
- Im Übrigen findet der **monetäre Abschluss** weitgehend Zustimmung sowohl bei Tarifbeschäftigten als auch bei den Beamten- und Versorgungsempfängern. Jedoch gibt es hier aufgrund der unterschiedlichen Systeme **eine bedeutende Abweichung** bei dem sogenannten **Sockelbetrag**, der bei den Tarifbeschäftigten zum 1. November 2024 mit 200 Euro tabellenwirksam zum Tragen kommt. Bei den Beamten und Versorgungsempfängern wird es stattdessen zum 1. November 2024 eine **lineare Erhöhung der Bezüge um 3,6 %** geben. Im Ergebnis werden viele Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug keine 200 Euro Zuwachs erreichen. Nachvollziehbare Begründung ist, dass auf den Beamten- bzw. Versorgungsbereich nur übertragen werden kann, was auch rechtlich zulässig und systemgerecht ist. Das ist bei Sockelbeträgen nicht der Fall:

  Im Beamtenrecht gilt der Leistungsgrundsatz zwischen den Besoldungsgruppen, aus dem sich ein **Abstandsgebot** herleitet. Das Abstandsgebot muss auch bei allgemeinen Besoldungserhöhungen stets gewahrt bleiben. Ein Sockelbetrag widerspricht diesem Prinzip. Im Zusammenhang mit den früheren Bundesverfassungsgerichtsurteilen zur amtsangemessenen Alimentation wurde das Abstandsgebot besonders gewürdigt und hat in Bezug auf das Verhältnis zu Sozialversicherten erfreulicherweise im Dezember 2022 zur Umsetzung des 4-Säulen-Modells, zunächst für die mittleren Dienste, geführt. Das Abstandsgebot muss wegen des Leistungsgrundsatzes aber auch im Inneren zwischen den Besoldungsgruppen gelten. Es liegt auf der Hand, dass das Abstandsgebot nun nicht im Rahmen der Übernahme des Tarifergebnisses außer Acht bleiben kann.

  Aber **dennoch** hätte die Möglichkeit bestanden, den Sockelbetrag individuell in Linearanpassungen umzurechnen und damit systemgerecht auf das Beamtenrecht zu übertragen. **Hier hätten wir, mit Blick auf andere Bundesländer, von Baden-Württemberg mehr erhofft und sind entsprechend enttäuscht!**
- Mehr erhofft hätten wir auch für unsere Pensionäre, die die Inflationsausgleichsprämie **nur anteilmäßig** erhalten sollen. Eine lebenslange Alimentation bedeutet nach unserer Auffassung eine Gleichbehandlung wie die der aktiven Beamten.
- Nicht zuletzt hätten wir auch eine zeitnahe Umsetzung erwartet.

Zusammenfassend wurde aus Sicht des BSBD ein guter Kompromiss erreicht, bei dem die Beteiligten Erfolge verzeichnen können, aber auch Abstriche hinnehmen müssen.

Aber: Ohne Euer Mitwirken bei den Unterstützungsmaßnahmen für die Verhandlungsgruppe wäre selbst dieser Kompromiss nicht möglich gewesen!

Für die Bereitschaft, sich aktiv an den Aktionen zu beteiligen, den vielen Helfern bei den Vorbereitungen und allen anderen, die in dieser Zeit in den Anstalten Dienst verrichteten, um den Betrieb aufrecht zu halten und die Teilnahme der anderen zu ermöglich, an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön! Es war toll, zu erleben, was wir gemeinsam erreichen und bewirken können.

Man sieht: Wir brauchen Eure Unterstützung, um voranzukommen. Auch kleine Schritte führen nach vorne. Keine Beteiligung bedeutet Stillstand und das wollen wir nicht.

Mit den besten Grüßen

Euer
Michael Schwarz
Landesvorsitzender

Eure
Sabine Glas
Landesfachgruppenvertreterin Tarif



JVB setzte bei Protestaktionen deutliche Zeichen

DANKE an alle Teilnehmer!

Von Oktober bis Dezember 2023 beteiligten sich JVB Mitglieder an Aktionen und Demos zur Einkommensrunde. Wir sagen DANKE! Ihr wart spitze! Die JVB Landesleitung möchte sich ausdrücklich bei allen Teilnehmern und Unterstützern der Demonstrationen und Protestaktionen bedanken.

Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!

Und zwar eine Wertschätzung, die unsere Kolleginnen und Kollegen auch im Geldbeutel spüren. Gemeinsam haben wir den Justizvollzug und unsere Forderung nach fairer Bezahlung in die öffentliche Wahrnehmung transportiert. Das Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil tausende Menschen im öffentlichen Dienst gemeinsam auf die Straße gingen. Dieser Druck hat die Einigung erst möglich gemacht.





Dabei dankt der JVB ausdrücklich auch den Kolleginnen und Kollegen, die in den Justizvollzugseinrichtungen die Stellung gehalten haben, damit viele von uns Frei oder Urlaub für die Teilnahme an Protestaktionen nehmen konnten.

Mahnwache vor dem Finanzministerium in München

Gemeinsam mit vielen anderen Verbänden des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) brachte der JVB am 31. Oktober 2023 vor dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen unsere Forderung zum Ausdruck.

Protest bei der Justizministerkonferenz in Berlin

Der JVB forderte – gemeinsam mit dem BSBD – am 10. November 2023 in Berlin vor der Justizministerkonferenz eine faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Bayerns Justizminister Georg Eisenreich war sichtlich erfreut, dass er auf zwei JVB Vertreter aus dem heimischen Bayern traf (siehe Bild links).

Demo und Kundgebung vor dem Heimatministerium in Nürnberg

Vor der dritten und entscheidenden Runde der Tarifverhandlungen gingen am 29. November 2023 weit über 3.000 Demonstranten in Nürnberg auf die Straße sowie zur Abschlusskundgebung vor dem Bayerischen Heimatministerium. Der JVB war mit 200 Kolleginnen und Kollegen stark vertreten.

Kundgebung „Wir sind ausgelaugt 2.0“ in München

Unter dem Motto „Wir sind ausgelaugt 2.0” versammelten sich Anfang Dezember über 500 Mitglieder aus Verbänden des Bayerischen Beamtenbundes in München. Auf dem verschneiten Odeonsplatz beteiligte sich der JVB wieder aktiv an diesem wichtigen Protest.

Bericht: Thomas Benedikt

Bilder: Daniel Karmann, Jan Brenner und Thomas Benedikt ■




GUTES GELD FÜR GUTE ARBEIT!
Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!
ÖFFENTLICHER DIENST MUSS SEIN
dbb
GEWERKSCHAFT


dbb
Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!
GEWERKSCHAFT


Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!


Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!
GEWERKSCHAFT




dbb


dbb


dbb
dbbjugend


Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!
GEWERKSCHAFT
dbb: wir. für euch.
10,5 % 500 Euro mindestens


dbb: wir. für euch.
10,5
500 Eu
mindes
dbb.de/einkr
Justizvollzug Bayern
Justizvollzugsbedienstete verdienen Wertschätzung!
GEWERKSCHAFT

Neue JVA Passau nimmt Gestalt an

Hochdruck bei den Bauarbeiten

Die damalige Entscheidung der Staatsregierung, die neue Justizvollzugsanstalt Passau für Untersuchungs-, Straf- und Abschiebungshaft zu konzipieren, erweist sich als äußerst vorausschauend. Die Entstehung der Kombianstalt schreitet mit bemerkenswertem Tempo voran. Geplant ist, dass der Neubau im Jahr 2027 fertiggestellt wird und die bestehende JVA in der Passauer Innenstadt ablöst. Dann werden die dringend benötigten 450 Haftplätze bereitstehen. Von diesen werden 250 für den Strafvollzug und 100 für die Abschiebehaft genutzt, während weitere 100 variabel für beide Bereiche genutzt werden können.
Bei einem Besuch der Baustelle in der Königschaldinger Straße Anfang November 2023 hatte die JVB-Presse Gelegenheit, sich mit dem Leiter der JVA Passau, Hans Jürgen Amannsberger, und dem Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, Oliver Deisinger, auszutauschen.

Gigantische Baumaßnahmen und Herausforderungen

JVA-Chef Amannsberger zeigte sich froh, dass das Großbauprojekt, das auf der Gebäudeplanung des Architekturbüros Karl & P beruht, gut im Zeitplan liegt und zügig voranschreitet. Die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Bauamt Passau, das als Bauherrenvertreter für die Durchführung der Baumaßnahme verantwortlich ist, der Stadt Passau und anderen beteiligten Partnern verläuft sehr gut. Die Stadt hat eigens für den Neubau eine Zufahrtsstraße zur Baustelle erschlossen.

Trotz unerwarteter Herausforderungen, wie dem Fund von "junger Braunkohle", die aufwändig entsorgt werden musste, verlief die Geländemodellierung problemlos. Aufgrund der topografischen Gegebenheiten war es notwendig, das Grundstück zu terrassieren. Erheblicher baulicher Aufwand ergibt sich durch die räumliche Trennung von Straf- und Abschiebungshaft. Die Unterschiede in den Haftbedingungen, großzügigere Aufschluss-, Telefon- oder Besuchszeiten zwischen Straf- und Abschiebungsgefangenen spiegeln sich in der Ausgestaltung der Räume wider, wie etwa eine separate Krankenabteilung. Dies wirkt sich spürbar auf die verfügbaren Flächen aus. Optionen für Erweiterungen oder zusätzliche Bauten auf dem umfriedeten Anstaltsgelände sind nahezu ausgeschöpft.

Angesichts der aktuellen Lage auf dem Energiemarkt erklärte Amannsberger: „Die Energieversorgung haben wir natürlich auch im Blick“. Der gesamte Justizvollzug in Bayern hat sich in den kommenden Jahren Nachhaltigkeitsziele gesetzt. In Passau



Auf dieser Fläche entstehen Krankenabteilung, Verwaltung sowie ein eigenständiger Gerichtssaal für beschleunigte Verfahren.



Sieben Baukräne sorgen für einen beachtlichen Baufortschritt.



Von den rund 1400 Fenster wurden bereits die ersten Fenster eingebaut.

waren seit Beginn Photovoltaikanlagen Teil der Planung. Aktuell wird geprüft, ob die Anlagen vergrößert werden können.

Mit der Fertigstellung des Neubaus wird nicht nur die Belegungssituation in Passau erheblich entlastet, sondern auch die Arbeitsbedingungen und Sicherheit für das Personal grundlegend verbessert. Neben Sicherheitsstandards, wie PNA-Anlagen oder BOS-Funk gibt es beispielsweise unterirdische Verbindungsgänge zwischen den Gebäuden. Ein eigener Gerichtssaal in der JVA soll personalintensive Vorführungen zu den Gerichten und dabei sich ergebende Fluchtmöglichkeiten minimieren.

Der Justizvollzug leistet mit der Abschiebungshaft Amtshilfe für das Innenressort und somit einen wichtigen Beitrag im Ausländer- und Asylrecht in Bayern.

Stellen im Werkdienst besetzt, Krankenpflegedienst bereitet Sorgen

Der Bayerische Landtag hat rund 300 Stellen für die JVA Passau geschaffen. In Zeiten sinkender Bewerberzahlen im öffentlichen Dienst ist die Besetzung der Stellen keine einfache Aufgabe. Erfreulicherweise liegen bereits Versetzungswünsche aus verschiedenen Laufbahnen nach Passau vor, was Amannsberger zuversichtlich stimmt. Auch für den Werkdienst wurde Personal gefunden; die Nachwuchsbeamten beginnen ihre Ausbildung am 1. Februar 2024 mit dem Ziel der späteren Versetzung nach Passau. Große Schwierigkeiten hingegen sieht Amannsberger bei der Gewinnung von Gesundheits- und Krankenpflegern. „Bei der Gehaltshöhe können wir mit den Krankenhäusern kaum mithalten“, sagte Amannsberger.

Grenzkontrollen bringen „alte“ JVA Passau ans Limit

Die Zahl illegaler Grenzübertritte in Bayern steigt und damit einhergehend erhöhen sich seit Ende August 2023 die Belegungszahlen in Passau, das an einer Flüchtlingsroute aus den Balkanstaaten liegt. Die Kolleginnen und Kollegen in Niederbayern sehen sich angesichts des dramatischen Anstiegs von Schleuseraufgriffen mit einer Situation konfrontiert, die an das Jahr 2015 erinnert. Aufgrund der Überbelegung werden Gefangene bis nach Oberfranken oder Schwaben verlegt, da die Justizvollzugsanstalten in Südostbayern bereits ausgelastet sind.

Um illegale Einreisen und Schleuserkriminalität zu bekämpfen, verstärkte der Freistaat die Grenzkontrollen zu Österreich und Tschechien erheblich. In den vergangenen fünf Jahren haben bayerische Grenzfahnder rund 4.800 Haftbefehle vollzogen. Und es könnten noch mehr werden. Laut Koalitionsvertrag soll die bayerische Grenzpolizei bis 2028 von 1.000 auf 1.500 Stellen ausgebaut werden.



(v.l.) Thomas Benedikt (JVB), Hans Jürgen Amannsberger (Anstaltsleiter JVA Straubing und JVA Passau), Monika Horn (Leiterin Baustelle) und Oliver Deisinger (Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes JVA Passau)



Seit März 2023 stemmt die JVA Passau die Baustellenbewachung: Knapp 20 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen konnten hierfür zwischenzeitlich heimatnah versetzt werden.

Um diese Belastungsprobe zu bewältigen, wird sich der JVB auf politischer Ebene mit Nachdruck dafür einsetzen, die personelle Ausstattung und die Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug weiter voranzutreiben.

Bericht und Bilder: Thomas Benedikt
Luftaufnahmen: Matthias Kinateder, Staatliches Bauamt Passau ■

Justizminister Eisenreich: „Da haben Sie mich immer auf Ihrer Seite!“

Haushaltsgespräch im StMJ

Die JVB Forderungen für den Doppelhaushalt 2024/2025 umfassen mehr Personal, verstärkte Beförderungschancen, bessere Nachwuchsgewinnung und eine Zulagen-Steigerung. Das erste Gespräch fand mit Staatsminister der Justiz, Georg Eisenreich, am 20. November 2023 statt. Der Minister signalisierte klare Rückendeckung für die JVB Forderungen und nutzte die Gelegenheit, seinen Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug auszusprechen: „Es wird tolle Arbeit geleistet – vielen Dank! Ohne diese Arbeit würde unser Land zusammenbrechen.“

Eisenreich betonte zu Beginn des offenen Gesprächs: „Ihre Wünsche und unsere passen gut zusammen. Wir müssen als Arbeitgeber attraktiv bleiben.“ Der Maßnahmenkatalog des JVB sieht vor, etwa 600 neue Stellen und 450 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen. Daneben werden – nach Ansicht des JVB – Einstellungsberater für noch mehr Rekrutierungsmaßnahmen benötigt. Zudem fordert der JVB eine Erhöhung der Zulagen im Justizvollzugsdienst.
Finanzielle Anerkennung ist nicht nur eine Motivation für das bestehende Personal, sondern auch ein entscheidender Faktor, damit potenzielle Nachwuchskräfte sich für unseren anspruchsvollen Berufsweg entscheiden und bei uns bleiben, so Sammer. Eisenreich unterstützt die JVB Forderungen und sagte: „Generell muss der Staat besser bezahlen. Da haben Sie mich immer auf Ihrer Seite.“



Die Gesprächsteilnehmer: (v.l.) Mark Lempenauer, StMJ-Amtschef Prof. Dr. Frank Arloth, Kerstin Hofmann, StMJ-Personalreferent Horst Krä, Iris Rädlinger, Minister Georg Eisenreich, StMJ-Abteilungsleiter Justizvollzug Peter Holzner, JVB Chef Alexander Sammer und Thomas Benedikt.

JVB Landesvorsitzender Alexander Sammer gratulierte Eisenreich ebenfalls zur erneuten Berufung als bayerischer Justizminister. Der 52-jährige Jurist steht seit Ende 2018 an der Spitze des StMJ. In der vergangenen Legislaturperiode konnten mit Unterstützung Eisenreichs fast 300 neuen Stellen im Justizvollzug sowie Investitionen in Infrastruktur und Sicherheit erreicht werden.

Bericht und Bild:
Thomas Benedikt ■

Ländertreffen der BSBD Frauen

Kurz vor Jahresende sind die Frauenvertretungen des BSBD zu ihrem jährlichen Treffen zusammengekommen. In den zwei Tagen gab es viele Themen zu Besprechen.

Auf der Tagesordnung stand u.a. das Thema Teilzeitarbeit. Es wurde übereinstimmend festgestellt, dass im Rahmen der Familienfreundlichkeit, bundesweit eine zunehmende Tendenz der Beschäftigten in Teilzeit, wegen der Kinderbetreuung oder zur Pflege der Eltern beantragt wird und welche Folgen das für die Dienststellen im Alltag hat.
Grundsätzlich wurde festgestellt, dass es wichtig ist, dass hier freie Stellen oder aber auch Stellenreste zusammengefasst werden, um diese entsprechend zu besetzen. Bei der derzeitigen Personalausstattung vieler Dienststellen kann eine dauerhafte Neueinstellung erfolgen. Daher ist es wichtig, auf den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben, vor allem für Frauen.

Schichtzulagen werden bundesweit sehr unterschiedlich gezahlt, dabei wurde festgestellt, dass ein wichtiger Grundsatz immer noch nicht berücksichtigt, wird: Gleiches Geld für gleiche Arbeit, bundesweit!
Ein weiterer Schwerpunkt war die Verfahrensweise bei Probezeitverlängerungen in Mutterschutzzeiten und / oder Elternzeiten. Hier darf es keine Benachteiligung geben. Amtsarztvorstellungen in der Schwangerschaft gehen zu weit und sind diskriminierend.

Bis auf die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Bayern und Hamburg wurde festgestellt, dass es kein einheitliches Bild im Rahmen der Frauenförderung gibt. Es werden weiterhin zu wenig Frauen in Führungspositionen befördert. Hier fehlt es an entsprechenden Bewertungen im Anforderungsprofil. Vor allem im allgemeinen Vollzugsdienst entstehen Nachteile für Frauen. Weibliche Kompetenzen sind nicht gründlich erfasst und bewertet. Hier gilt es, eine Chancengleichheit herzustellen, um in Auswahlverfahren auch leistungsfähige Frauen zu fördern.

Ländertreffen der BSBD Frauen Die Forderung der Frauenvertretungen: Wir brauchen mehr Frauen im Justizvollzug, mehr qualifizierte Förderung! Auch im Umgang mit psychisch auffälligen Inhaftierten, wurden bei Übergriffen auf Bedienstete, viele einheitliche Probleme ausgemacht! Hier wird ebenfalls ein großer Handlungsbedarf festgestellt, der jetzt zusammengetragen werden soll. Unsere Feststellung ist, reden, hinschauen und helfen. Wir wollen aufzeigen, dass wir für ein gutes Miteinander stehen. Vor allem beim Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, wurden die unterschiedlichen Facetten diskutiert. Oft werden Vorkommnisse negiert, versucht diese unter dem Teppich zu kehren. Wegsehen, nicht reden und nichts hören.

Beim Thema Kindererziehung im Schichtdienst, die daraus entstehende Belastung ist groß. Ein Weg zur Beratung, z.B. des Mütter Genesung Werk fast aussichtslos, Mutter-Kindkuren schwierig. Hier gab der Partner, die Debeka, Auskunft über Möglichkeiten, auch bei der Beihilfe und bei den privaten Versicherungen.

Beschäftigte mit Migrationswurzeln und die berufliche Entwicklung, standen als letztes auf der Tagesordnung. Bundesweit konnte festgestellt werden, dass bis hin zu den Anstaltsleitungen das Thema feststeckt. Auf die Frage, woran das liegt, gibt es bundesweit kein einheitliches Bild. Das hier aber erheblicher Handlungsbedarf besteht, wurde klar bestätigt.

Diese umfangreiche Themensammlung gilt es nun anzupacken und umzusetzen. Dafür werden sich die Firmenvertretungen des BSBD einsetzen, damit die Berufsbilder im Justizvollzug auch weiterhin eine Zukunft haben.

Für den BSBD Berlin, haben die Kolleginnen Silke Jonas, stellvertretende Landesvorsitzende und Sengül Mazlum, stellvertretende Frauenvertreterin der JVA Moabit, teilgenommen ■





Foto: BSBD Berlin

BSBD Berlin:

Dein Berufsrechtschutzpartner

Angesichts der vielfältigen Risiken, die Berufe, rund um die öffentliche Sicherheit mit sich bringen, ist der behördliche Rechtschutz völlig unzureichend und private Rechtschutz für vorsätzlich begangene Amtsdelikte nicht versicherbar. Auch im Justizvollzug sind viele Kolleginnen und Kollegen immer wieder Opfer von Angriffen, Beleidigungen und leiden unter der besonderen psychischen Belastung im Vollzugsalltag. Der BSBD hat immer wieder auf diese Bedrohung hingewiesen und setzt sich intensiv für den Schutz seiner Mitglieder ein. Die Mitgliedschaft im BSBD Berlin schließt die Lücke im Rechtschutz mit dem Leistungsangebot durch die eigenen Anwälte des dbb Dienstleistungszentrum. Es gilt dabei Rechtschutzordnung des dbb beamtenbund und tarifunion. Der Berufsrechtschutz umfasst neben der Rechtsberatung auch den entsprechenden Rechtschutz. Zu den Voraussetzungen gehört die Mitgliedschaft (mind. ein halbes Jahr Mitgliedschaft), ein wirkliches Rechtschutzbedürfnis und hinreichende Erfolgsaussichten.

Wir lassen Dich nicht im Regen stehen bei:

- Arbeitsgerichts- und Tariffragen
- Disziplinarverfahren und Streitigkeiten im Dienstrecht BSBD Berlin: Dein Berufsrechtschutzpartner
- Kündigung / Entlassungen / vorzeitige Versetzung in den Ruhestand
- Dienst- und Wegeunfall
- Rechtsstreitigkeiten bei Beihilfe- und Versorgungsangelegenheiten
- Verfahrensrechtschutz und Schadensersatz sowie Schmerzensgeld
- Rechtschutz im Revisionsverfahren



Foto: BSBD Rechtschutz

Auch im Ruhestand gelten bei geringeren Mitgliedsbeiträgen die Rechtschutzgrundsätze! Natürlich ist bei uns der Rechtsschutz im monatlichen Mitgliedsbeitrag enthalten. Zudem hat der BSBD Berlin starke Partner, die auch im Privatleben helfen. ■

:(
Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...
Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

BSBD Berlin:

Positive Ergebnisse im Doppelhaushalt 2024/2025 – Haushalt trägt Handschrift des BSBD Berlin

Der BSBD Berlin begrüßt den Doppelhaushalt 2024 und 2025 und bewertet die Beschlüsse für den Justizvollzug positiv.

„Es ist uns gelungen, gemeinsam mit der neuen Hausspitze und dem Parlament, wichtige Signale für die Zukunft zu setzen. Das motoviert uns für die Zukunft und lässt hoffen, den Justizvollzug perspektivisch voranzubringen. Der Haushalt spiegelt den Bedarf durch den demografischen Wandel wider und setzt gleichzeitig die notwendigen Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre“, äußerte sich der BSBD Chef, Thomas Goiny, zu den Beschlüssen.

Die aktuelle weltpolitische Lage geht auch am Justizvollzug nicht vorbei. Während die Sicherheitsbehörden „aufrüsten“, darf hier die Justiz und vor allem der Justizvollzug nicht vernachlässigt werden. Für die verurteilten Straftäter und Terroristen muss der Justizvollzug vorbereitet und vernünftig ausgestattet sein.

Das Parlament hatte in seiner letzten Beratung am 15.12.23, richtungsweisende Beschlüsse für den Justizvollzug im Rahmen der Haushaltsaufstellung gefasst.

Der BSBD Berlin begrüßt:

1. Den Personalmehrbedarf der JVA 1. Den Personalmehrbedarf der JVA Heidering im allgemeinen Vollzugsdienst. Von Anfang an hatte der BSBD die Personalberechnung hinterfragt und für mehr Köpfe gekämpft. Die zukünftige Ausrichtung der Anstalt auch in Richtung langstrafiger Insassen, bedeutet weiterhin einen erhöhten Stellenbedarf. Von Seiten der Anstaltsleitung war der Bedarf dauerhaft um 30 zusätzliche Beschäftigte berechnet worden. Nunmehr wird mit fünf zusätzlichen Stellen ein Anfang gemacht.

2. Die Anwärtersonderzuschläge werden von jetzt 60% auf 70% angehoben. Das ist ein vertretbarer Betrag, der sowohl das Abstandsgebot beinhaltet, aber vor allem das Berufsbild im AVD auch weiterhin attraktiv hält! BSBD Berlin: Positive Ergebnisse im Doppelhaushalt 2024/2025 – Haushalt trägt Handschrift des BSBD Berlin

3. Die Werbekampagne für die Berufsbilder im Justizvollzug soll intensiviert und immer weiter angepasst werden. Für den BSBD Berlin war und ist die Bildungsakademie Dreh- und Angelpunkt für eine sinnvolle und intensive Aus- und Fortbildung im Justizvollzug, auch um sich den Veränderungen anzupassen.

4. Das Ziel der Senatorin, die Arbeitsbedingungen auch für den Justizvollzug umzusetzen, spiegelt sich u. a. im Neubau der Teilanstalt I in der JVA Tegel, wider und ist nun beschlossene Sache. Aus Sicht des BSBD Berlin ist diese Entscheidung längst überfällig. Baubeginn ist für 2025 vorgesehen. Die neue Teilanstalt wird den Justizvollzug in Gänze entlasten. Zusätzliche finanzielle Mittel für die Instandhaltung innerhalb der Anstalten wurden ebenfalls bewilligt.

5. Mit der Aufstellung einer eigenen Hundestaffel zur Eindämmung der Drogen in den Haftanstalten, wird auch hier endlich ein richtiger Weg eingeschlagen. Dabei wird zukünftig die Abhängigkeit vom Zoll und Polizei reduziert. Der BSBD Berlin begrüßt auch die weiteren finanzielle Mittel für die Anschaffung von zusätzlicher Sicherheits- und Schutzausstattung der Beschäftigten.

Diese fünf Schwerpunkte sind für den Justizvollzug eine große Herausforderung und werden die Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Themen in der Umsetzung arbeiten müssen, sicherlich erheblich beschäftigten. Dem BSBD Berlin ist das aus der Praxis bewusst. Daher bedankt sich der BSBD Berlin schon jetzt einmal bei den Kolleginnen und Kollegen für die Mühe.

Der BSBD Berlin wird sich in Zukunft weiterhin um die folgenden Schwerpunkte kümmern:

1. Umsetzung der im Gesundheitsamt vereinbarten Beschlüsse, zur Qualifizierung der Führungskräfte, einer sinnvollen und familienfreundlichen Arbeitszeit im Justizvollzug und der Anpassung der Laufbahn für den Justizvollzug. Dazu gehört auch die Überprüfung der Stellenbewertung aller Berufsgruppen und einer Anpassung an die Gegebenheiten, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben.

2. Verkürzung der Probezeit im AVD, um gute und sehr gute Noten der zukünftigen Probebeamten/innen zu berücksichtigen.

3. Der Wechsel zwischen Behörden muss vereinfacht werden, um im Rahmen des Gesundheitspaktes auch weiterhin für zusätzliche Arbeitszufriedenheit zu sorgen.

4. Den Krankenpflege- und Weckdienst, aber auch den Verwaltungsdienst in den Fokus von Stellenausschreibung, Stellenbesetzung und Aufstiegsmöglichkeiten zu nehmen! ■

Wir bleiben dran –
Wir für euch!



Foto: BSBD Berlin

Wählen gehen 2024 – für die Anwärter/innen

In der Zeit von April bis Juni 2024 werden wieder die Jugend- und Auszubildendenvertretungen in Berlin gewählt. Das gilt auch für den Justizvollzug!

Alle Anwärter/innen haben für den Zeitraum ihrer Ausbildung eine eigene Interessenvertretung! Die JAV. Dies gibt es je nach Aufgaben und Zuständigkeiten in drei Ebenen.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV)

Hier geht es um die Belange bei Fragen und Problemen innerhalb der örtlichen Dienststelle, mit der Ausbildungsleitung und der Ausbildung vor Ort.

Die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung der Berliner Justiz

Dieses Gremium kann aus bis zu neun Personen bestehen und hat die Aufgabe, alle übergeordneten Themen und Probleme aus den Anstalten, aber auch der übrigen Justiz anzusprechen, die von grundsätzlicher Bedeutung für alle Auszubildenden und Anwärter/innen sind. Also Fragen der Ausbildungsinhalte und zentrale Einstellungen, und sind bei allen Besprechungen auch des Gesamtpersonalrates einzubinden.

Die Hauptjugend – und Auszubildendenvertretungen

Hier geht es zentral um alle Vorgänge, die für alle Anwärter/innen und Auszubildenden gelt. Hier werden Rahmendienstvereinbarungen, z.B. zum Schutzvorschriften erarbeitet, um für eine erfolgreiche Ausbildung zu sorgen.

Grundsätzliches

Diese drei sogenannten Stufenvertretungen bilden keine Hierarchie und haben jeweils ihre eigenen Aufgaben! In allen Fällen geht es darum, darauf zu achten, dass die geltenden Rechtsvorschriften eingehalten bzw. entsprechend umgesetzt werden. Du bist auch nicht allein, da Du immer gemeinsam mit den anderen Interessenvertretungen, wie z.B. der Personalrat, mit dem zusammenarbeitest.

Wählen gehen 2024 – für die Anwärter/innen Voraussetzung für eine Wahl zu JAV/GJAV/HJAV

Das ist ganz einfach. Du musst am Wahltag (der wird noch festgelegt durch den zu bildenden Wahlvorstand) entweder in der Ausbildung sein, oder das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Du hast Interesse?

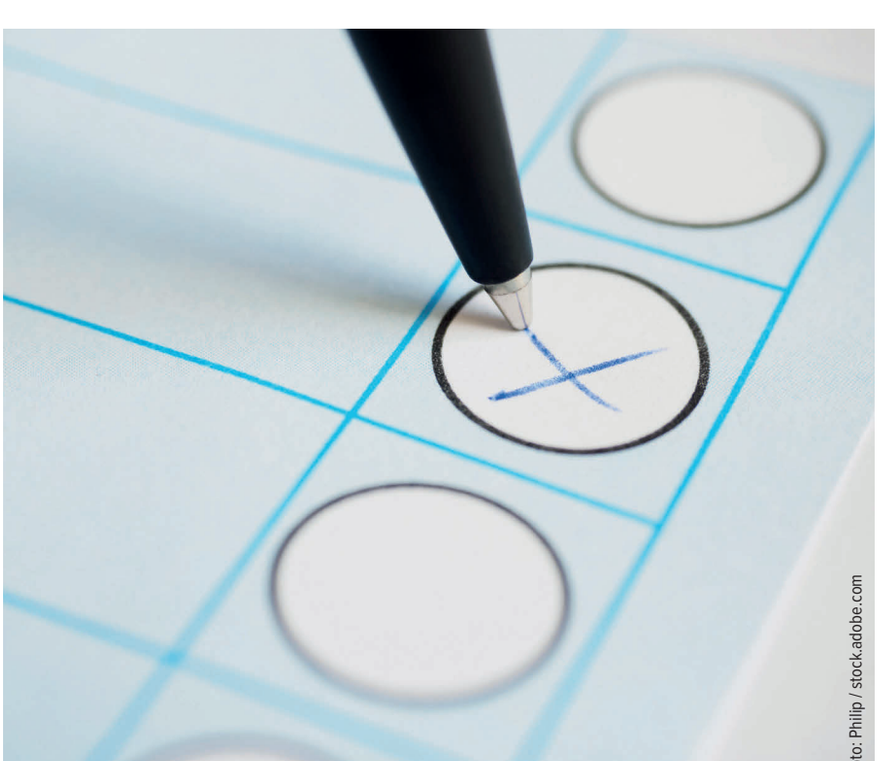
Wenn Du Interesse an der ehrenamtlichen Arbeit hast und Dich gerne für andere einsetzt, damit die Kolleginnen und Kollegen von morgen, die bestmögliche Ausbildung erhalten und nicht ohne Schutz sind, das ist das dein Job!

Was machen wir als BSBD

Der BSBD Berlin steht Dir hier als die Fachgewerkschaft für den Justizvollzug jederzeit zur Verfügung. Schreib uns einfach kurz eine E-Mail, wir nehmen sofort Kontakt zu Dir auf, um die Deine Fragen zu beantworten! **mail@bsbd-berlin.de**



Foto: Becher Justizvollzug


Foto: Philip / stock.adobe.com

BSBD sagt Danke zu Weihnachten

Mit kleinen Naschereien, hat der BSBD Berlin zur Weihnachtszeit, unter anderem in der Jugendstrafanstalt, in der JVA Heidering, in der JVA Tegel und in der JVA Moabit, den Kolleginnen und Kollegen, für den unermüdlichen und aufreibenden täglichen Einsatz in den Vollzugseinrichtungen, einen herzlichen Dank ausgesprochen! ■





Fotos (2): BSBD Berlin

Personalentwicklung im öffentlichen Dienst – 2030

Mit dem im Juli 2023 veröffentlichten Arbeitspapier zum Personalentwicklungsprogramm 2030 des Berlin Senats, will der Senat die kommenden Herausforderungen des demografischen Wandels, mit verschiedenen Vorhaben und einer Roadmap für die Behörden begegnen. Der BSBD Berlin ist auf die Ideen und Umsetzungen gespannt. Hier ist vor allem die Anpassung des Laufbahngesetzes und der Laufbahnverordnungen entscheidend.

Hier drei Zitate aus dem Strategiepapier

„Strategische Personalplanung bedeutet einerseits Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit zu hinterfragen und gleichzeitig mutig Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, die bei allen Veränderungen durch die dominierenden Megatrends vor allem nachhaltig und verantwortungsvoll die Ressource Personal im Blick behält“ (Prof. Dr. Jutta, Rump, Institut für Beschäftigung und Employability (IBE), im Auftaktdialog zu den Planungen des Senats im Juni 2023).

„Digitalisierung und Personalentwicklung müssen in der Verwaltung als Einheit gedacht und gelebt werden. Dabei gilt es auch, digitale Renditen für die Beschäftigten zu heben und Entlastung für die Verwaltung zu bewirken. Dieses Ziel sollte stärker in den Blick genommen werden“ (Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, BSBD sagt Danke zu Weihnachten Personalentwicklung im öffentlichen Dienst – 2030 Universität Potsdam, im Auftaktdialog zu den Planungen des Senats im Juni 2023).

„Es braucht einen ganzheitlichen strategischen Ansatz, um die vielfältigen Herausforderungen beim Erhalt der Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung zu adressieren und ein kontinuierliches Monitoring, um die Effektivität der Maßnahmen zu erheben und zu verbessern. Die Maßnahmen müssen sich an ihrer Wirksamkeit messen lassen.“ (Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid, Hertie School, im Auftaktdialog zu den Planungen des Senats im Mai 2023)

Für den BSBD Berlin sind die drei Zitate die entscheidende Grundlage bei der Anpassung der Aufgaben im Justizvollzug und der zukünftigen Ausrichtung.

Dabei ist es grundlegend wichtig, sich auch über die Ausrichtung des Justizvollzuges Gedanken zu machen. Welche Anstalt an welchem Standort, mit welchem Personal und welchen gesetzlichen Aufgaben. ■



Grafik: Kräfte bündeln

Gesundheitsmanagement

Unser Gesundheitstag ... ein erfolgreicher sportlicher Tag für unsere JVA Cottbus - Dissenchen!



Am 13.10.2023 arrangierte die JVA Cottbus-Dissenchen für deren MitarbeiterInnen einen Gesundheitstag, welcher im Sportpark Cottbus, OT Gallinchen, stattfand.
60 Teilnehmende aus den Bereichen Verwaltung, Fachdiensten und des allgemeinen Vollzugsdienstes durften sich mit viel Spaß u. a. am Minigolf / Spielgolf, Shuffleboard, Leitergolf, Cornhole, Tchoukball und Basketball versuchen.
Während der Pausen haben sich die Teilnehmer mit Begeisterung dem Beachvolleyball und dem Tennis gewidmet oder führten einfach entspannte Gespräche untereinander.
Das Highlight war natürlich das üppige Mittagsbuffet mit einer Vielzahl an gesunden Speisenangeboten.
Es war ein erfolgreicher und lustiger Tag, welcher mit einem tollen Gruppenbild endete!

Mandy Nitzsche,
OV-Cottbus ■

Miteinander etwas besinnliche Zeit verbringen

Es weihnachtet sehr

... von draußen vom Walde kam er dieses Mal nicht her

Am 9. Dezember 2023 veranstaltete die JVA Cottbus-Dissenchen mit Unterstützung des BSBD Ortsverbands Cottbus zum zweiten Mal eine Weihnachtsfeier im großen Saal des Sportlerheims in Döbbrick.
Eröffnet wurde der Abend mit einer Jahresabschlussrede durch den Personalratsvorsitzenden sowie einer Rede des Vorstandes des Ortsverbands Cottbus.
Im Anschluss ließ das frisch zubereitete Essen keine Wünsche offen.
Ein kleiner musikalischer Beitrag mit Gesang in Begleitung einer E-Gitarre, ermunterte zum gemeinschaftlich stimmungsvollen Weihnachtssingen.
Mit einem kühlen Getränk folgten entspannte und ausgelassene Stunden.
Abgerundet wurde dieser Abend mit einer ausgiebigen und fröhlichen Tanzeinheit zur Musik unseres „JVA-DJ“ Jens. Vielen lieben Dank dafür!
Die Weihnachtsfeier für das Jahr 2024 ist bereits in Planung.
Auch hier wird sich der BSBD OV - Cottbus finanziell beteiligen und freut sich über das kollegiale Beisammensein. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung.

Antje Reichenbach
OV Cottbus ■

Es ist uns gelungen!

Erhöhung der Gitterzulage kommt

... ab August 2024

In seiner 3. Lesung am 15. Dezember 2023 hat der Landtag Brandenburg im Gesetz zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher sowie weiterer beamtenrechtlicher Vorschriften 2023 eine Forderung des BSBD Brandenburg umgesetzt.

Im Nachgang zur Einigung bei den Attraktivitätsgesprächen vom Oktober 2023 hat der **BSBD Brandenburg** gefordert, dass neben der Polizeizulage auch die Vollzugsdienstzulage, besser bekannt unter dem Namen „Gitterzulage“, zu erhöhen ist.

Die Steigerung der Attraktivität betrifft auch den Bereich des Justizvollzugs. Daher hat der **BSBD Brandenburg** die Auffassung vertreten, dass bei den Zulagen Nr. 8.1, 9.1 und 10.1. gemäß Anlage 8 BbgBesG eine Gleichbehandlung zu erfolgen hat, wie wir sie nach der letztmaligen Anpassung erzielen konnten.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens wurde dem **BSBD Brandenburg** die Möglichkeit zu einer schriftlichen Stellungnahme gegeben, die wir natürlich genutzt haben. Sicherlich braucht es auch Fürsprecher*innen für die Umsetzung einer solchen Forderung. Aber hier hat sich die Fachgewerkschaft für die Interessen seiner Mitglieder eingesetzt und somit ein Zeichen gesetzt.

Was bedeutet diese Erhöhung nun genau?

Die schon bestehende Vollzugsdienstzulage wird zum 1. August 2024 erhöht:

- *nach einer Dienstzeit von einem Jahr um 36,31 Euro auf monatlich 100,00 Euro*
- *nach einer Dienstzeit von zwei Jahren um 72,62 Euro auf monatlich 200,00 Euro*

Dörthe Kleemann
Vors. Landesverband BRB ■

Und auch in 2024 bleibt die Frage ...

Warum Mitglied im BSBD?

... Gewerkschaft muss Zukunft haben

Ja – wir sind die größte Fachgewerkschaft für den Justizvollzug

Gewerkschaft muss Zukunft haben – auch bei jungen Menschen. Denn es gibt Aufgaben, die man in der Gemeinschaft viel besser meistern kann.

Wenn Du es noch nicht bist, werde Mitglied im BSBD Landesverband Brandenburg.



Wir sind ein Landesverband von vielen und der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) ist unser Dachverband für Beamte und Tarifbeschäftigte im Justizvollzug. Zudem gehören wir auch zum Kreis der 40 Mitgliedsgewerkschaften des dbb beamtenbund und tarifunion.

Zahlen allein reichen aber nicht aus. Es ist wichtig, dass wir uns noch mehr und immer wieder Gehör verschaffen.

Gern gestellte Fragen sind – Warum Gewerkschaft? Warum soll ich mich engagieren?

Weil wir eine Lobby brauchen!

Die Bediensteten im Justizvollzug müssen ihre verhältnismäßig geringe Zahlenstärke im Bereich des öffentlichen Dienstes, durch eine engagierte Gewerkschaftsarbeit ausgleichen. Kontakte mit Dienststellen und den Ministerien müssen gepflegt, Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben abgegeben und eigene gewerkschaftliche Projekte geplant und umgesetzt werden. Ja - Gewerkschaftsarbeit ist ein Ehrenamt, zumindest auf der Ebene, auf der wir uns engagieren. Unsere Berufsbilder im Justizvollzug und damit auch ganz konkret die Arbeitsbedingungen vieler Kolleginnen und Kollegen sind großen Veränderungen unterworfen. Aufgabenverdichtung durch Fachkräfte-/Personalmangel macht auch vor den hohen Mauern einer Justizvollzugsanstalt nicht halt.

Die Digitalisierung - Bestandteil des Justizvollzugs. Papier und Bleistift gehören schon lange der Vergangenheit an und somit verändert der Digitalisierungsfortschritt jeden Arbeitsplatz ebenso wie dessen Inhalte. Aber sind die derzeitigen Standards ausreichend und zeitgemäß? Wir wollen zukunftsfähig sein, denn die zukünftige Generation der Mitarbeitenden arbeitet mit anderen Standards.

Auch wurde durch die Föderalismusreform im Jahr 2006 den einzelnen Bundesländern in bestimmten Gebieten Raum für eigene gesetzliche Regelungen gegeben, wodurch es deutlich erkennbar zu einer Zersplitterung kommt. Landeseigene Justizvollzugsgesetze sind nur ein kleiner Bestandteil davon. Viel mehr zu spüren ist diese Reform im Bereich der Besoldung. Im Tarifbereich sind es TVöD und TV-L die den Unterschied beim Entgelt zwischen Bund, Kommunen und Ländern deutlich machen.

Die Tarifverhandlungen in 2023 haben es wieder gezeigt. Sie sind ein harter Kampf, bei denen nur wenige direkt am Verhandlungstisch mitwirken. Jedoch kann bei der Durchsetzung unserer Forderungen jeder einzelne in Form von Teilnahmen an Streiks, Demonstration oder anderen Aktionen (z. B. eine Aktive Mittagspause) rege mitwirken. Eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger ist ein wichtiger Bestandteil der Forderungen in Tarifverhandlungen.

Als Gewerkschaft wollen wir die Arbeits- und Lebensbedingungen, die durchgesetzt wurden und inzwischen selbstverständlich sind, sichern und weiterentwickeln.

Wir als Landesverband sind daher mehr als früher gefordert, in unserem Bundesland Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Gewerkschaft ist also auch ein wichtiges Sprachrohr zur Politik. Es gibt so viele Betätigungsfelder, die wir nur mit engagierten Mitgliedern bearbeiten können und müssen. Auf unserem Gewerkschaftstag im November 2024 sind Entscheidungen für die dann kommenden 5 Jahre zu treffen. Daher gilt - jede Mitgliedschaft zählt für ein wirkungsvolles WIR!

Jetzt Mitglied werden!

Dörthe Kleemann
Vors. Landesverband BRB ■

Fortbildungsfahrt nach Schwerin

Besichtigung eines Gerichts- und Gefängniskomplexes und Stadtführung

Dieser Ausflug nach Schwerin am 05.12.2023 war bereits der zweite Versuch. Der erste Ausflug musste wegen Corona leider ausfallen. Beinahe wäre uns in diesem Jahr der Schnee in die Quere gekommen. Doch der Schneefall sollte uns nicht aufhalten und so starteten wir mit leichter Verspätung kurz nach 08:00 Uhr in Hamburg.

Die erste Station im verschneiten Schwerin war die Besichtigung und Führung durch das Dokumentationszentrum.

Es handelt sich hierbei um einen Gerichts- und Gefängniskomplex mit sehr bewegter Geschichte während der jeweiligen politischen Epochen. 1916 erbaut, wurde es bis 1933 als Justizgebäude, bis 1945 von der NS-Justiz, bis 1953 als sowjetisches Untersuchungsgefängnis und bis 1989 als Stasi-Untersuchungsgefängnis genutzt. Seit 1990 dient es als Erinnerungsort, in dem nun Schulungen und Führungen zu diesen Epochen stattfinden.

Die Führung war sehr informativ und lädt zu einem weiteren Besuch ein.

Danach ging es dann weiter mit einer sehr interessanten Stadtführung und wie man sieht, ist u. a. das Schweriner Schloss auch verschneit ein wunderschöner Anblick.

In der verbliebenen Freizeit konnten die Teilnehmer Schwerin auf eigene Faust erkunden.

Einige von ihnen wurden bei dieser Gelegenheit schnell noch ihre Wünsche beim Weihnachtsmann los. Wir hoffen, dass ihre Wünsche in Erfüllung gehen werden.

Wetterbedingt starteten wir dann etwas früher den Heimweg und kamen so planmäßig gegen 19:00 Uhr in Hamburg heil und unversehrt an. Es war trotz des Wetters ein gelungener Ausflug.

Anke Bewarder-Schwarz
Fortbildungsbeauftragte



Dokumentationszentrum Schwerin





Fotos (5): BSBD Hamburg

Führung im Dokumentationszentrum



Schweriner Schloss



Weihnachtsmann

Weihnachtliche Lichterfahrt durch Hamburg

Seniorenbetreuung

Diesmal konnten die Seniorinnen und Senioren am 7. Dezember 2023 an einer weihnachtlichen Lichterfahrt teilnehmen. In dem verschneiten Hamburg, aber bei 6°C Außentemperatur, fanden alle reisewilligen Kolleginnen und Kollegen in dem vollklimatisierten Reisebus einen angenehmen Platz. Zunächst wurden – je nach Wunsch des Zustiegsortes – die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entweder am Busbahnhof in Bergdorf oder dem ZOB Hamburg begrüßt. Die Tour begann für unsere 12 Teilnehmenden in der festlich geschmückten Mönckebergstraße und führte in Richtung der Landungsbrücken zu dem „Restaurant Elbwarte“ im Augustinum. Dort erwartete uns eine gedeckte Kaffeetafel. Auf Wunsch erhielten die Gewerkschaftsmitglieder in dem Glaskuppel-Restaurant zusätzlich zum Kaffee ein weiteres Stück Obsttorte gereicht. Der Rundumblick von dem in der 11. Etage befindlichen Restaurant auf den Hafen der Hansestadt war fantastisch. Nach diesem beeindruckenden Aufenthalt von ca. einer Stunde wurde die Busfahrt bei einsetzender Dämmerung fortgesetzt. Wir fuhren unter sachkundiger Reiseleitung über die Köhlbrandbrücke und hatten einen sehr guten Blick auf die Containerterminals. Während der Rückfahrt bot sich den LVHS-Mitgliedern die Speicherstadt, die Hafen City und die Elbphilharmonie im weihnachtlichen Glanz. Nachfolgend beinhaltete die Lichterfahrt den Blick auf die festlich geschmückte Elbchaussee, dem Harvestehuder Weg und später die hell erleuchtete Alstertanne.

Nach der Ankunft am ZOB Hamburg konnten die Teilnehmer je nach Lust und Laune die weihnachtliche Stimmung der Weihnachtsmärkte in der Innenstadt zu Fuß „einfangen“.

Der Wunsch der Teilnehmenden, eine ähnlich festliche Fahrt, dann aber auf der Alster in 2024 durchzuführen, wurde von der Reiseleitung gerne aufgenommen.

Mit freundlichen Grüßen und bleiben Sie gesund.

Thomas Barendt
LVHS Seniorenvertreter



Hamburg Weihnachtsmarkt

Fotos (3): BSBD Hamburg



Blick auf die Elbe



Hamburg Weihnachtsmarkt

Tarifeinigung TV-L 2023

Schwierige Verhandlungsrunden wurden abgeschlossen

Am 09.12.2023 konnte die TV-L-Tarifrunde 2023 abgeschlossen werden. Hier kommen die wichtigsten Einigungspunkte in kürze:

Lineare Lohnerhöhung:

Die Entgelte der Beschäftigten werden in zwei Schritten erhöht:
Zum 1. November 2024 werden die Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 200 € angehoben.

Zum 1. Februar 2025 erfolgt dann eine weitere Anhebung um 5,5%. Wenn die Summe dieser Erhöhungen nicht 340€ erreicht, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 € gesetzt.

Übernahme für Beamte, aufgrund von notwendigen Bürgerschaftsbeschlüssen, noch ausstehend, wird jedoch als Formalie betrachtet.

Inflationsausgleich:

- Einmalzahlung in Höhe von 1.800 € (bei Vollzeit) zum frühestmöglichen Zeitpunkt
- Monatszahlungen in Höhe von 120 € (bei Vollzeit) für die Bezugsmonate Januar bis Oktober 2024
- bei Teilzeitbeschäftigungen erfolgt die Auszahlung anteilig
- die Zahlungen erfolgen jeweils steuer- und abgabenfrei

Die Zentralen Personaldienste der FHH versucht die Auszahlungen für Beamte, Pensionäre und Angestellte frühestmöglich, jedoch bis spätestens März 2024 vorzunehmen.

Pflegezulage für Pflegekräfte und Beschäftigte in Gesundheitsberufen im Justizvollzug ab 01.01.2024 (143,92 €)

Ergotherapeuten, Logopäden, medizinische Fachangestellte und zahnmedizinische Fachangestellte, medizinisch-technische Assistenten erhaltene eine Zulage in Höhe von 71,96 €

Die Laufzeit der Tarifeinigung beträgt 25 Monate bis zum 31. Oktober 2025.

Aktive Mittagspause vor der JVA Billwerder

Am 06.12.2023 fand für den Justizvollzug Hamburg die letzte Aktion vor der Tarifeinigung TV-L statt.

Mit einer Teilnehmerzahl von ca. 60 Mitarbeiter*innen wurde sich noch einmal geschlossen zu unseren Forderungen positioniert.

Die Landesleitung



Aktive Mittagspause JVA Billwerder

Zum Schutze aller

Optimierung der Eigensicherung

Im Hamburger Justizvollzug haben wir seit Jahren steigende Zahlen von psychisch auffälligen Gefangenen und geraten immer öfter in Situationen, die nicht mehr nur mit Worten entschärft werden können. Auch gibt es immer wieder Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen. Meist kommen diese aus dem nichts und treffen die Angegriffenen unerwartet. Daher ist es besonders wichtig, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht nur durch die Ausbildung auf solche Situationen vorbereitet werden, sondern auch fortlaufend an Weiterbildungen, Fortbildungen und freiwilligen Aktionen teilnehmen, welche durch die ETR-Trainer in den Anstalten aber auch durch das ETR-Ausbildungsteam angeboten werden. Regelmäßig treffen sich die Vorgenannten mit freiwilligen Kolleginnen und Kollegen aus allen Anstalten, um in Grenzsituationen handlungssicher zu sein. Dies kostet viel Hingabe, Energie, persönlichen Einsatz und auch mal einen blauen Fleck für Ausbilder und Teilnehmende. Daher geht seitens des Landesverbandes der Hamburgischen Strafvollzugsbediensteten ein großer Dank an dieses ganze Team.

Warum wir im Hamburger Justizvollzug aber seit Jahren nicht davon profitieren, dass wir Kolleginnen und Kollegen haben, die in Selbstverteidigungs- und Zugriffstechniken oder gerade bei besonderen Einsätzen (z.B. HSP) nicht nur ein besonderes Talent haben, sondern auch im Team eingespielt sind, ist für uns nicht nachzuvollziehen. So ist es in den meisten Justizvollzugsanstalten so, dass in Gefahrensituationen willkürlich Teams zusammengestellt werden, in denen die Bediensteten häufig noch keinen Einsatz gemeinsam hatten, geschweige denn üben konnten. Hierdurch entsteht nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen ein hohes Maß an Gefahrenpotenzial, auch die Gefangenen sind Verletzungen durch schlechtere Absprachen viel leichter ausgeliefert. Häufig ist es oftmals deeskalierend, wenn ein Gefangener auf seiner Station eben nicht den Kollegen wieder trifft, der ggf. einen Zugriff bei ihm durchführen musste. Denn unsere Professionalität können wir von den Gefangen nicht erwarten. Der LVHS schlägt die Bildung fester ETR-Teams in allen Anstalten und allen Schichten vor, denen die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb und außerhalb des Dienstes Einsätze und außerordentliche Vorkommnisse zu trainieren. Aus jedem Team muss eine Mindeststärke in jeder Schicht in den Anstalten sein. Kommt es zu Vorfällen, ist dieses Team der erste Ansprechpartner in der Anstalt, um Gefahrenlagen zu aufzulösen. Der LVHS erhofft sich einen deutlichen Rückgang von Verletzungen bei Kolleginnen und Kollegen, aber auch bei den Gefangenen. In der Folge müsste es zu deutlichen Rückgängen bei den Ausführungen kommen und sowohl die Ambulanzen, das ZKH und die Stationen entlasten. Die richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und entsprechende Strategien liegen beim ETR-Ausbildungsteam bereits in den Schubladen. So sollte die Behörde dringend mit den handelnden Bediensteten sprechen und auf deren Know-how zurückgreifen, solange dieses noch zur Verfügung steht. Denn auf das hier vorliegende Wissen und die Erfahrungen werden wir nicht ewig zurückgreifen können. Werden Sie aktiv!

Die Landesleitung ■

Tue Gutes und rede darüber

Justizvollzug und Seelsorge

Dicke Pötte, feiner Sandstrand und frische Meeresbrisen – daran denkt man, wenn man die malerische Stadt Travemünde im Kopf hat. Direkt an der Lübecker Bucht gelegen, reihen sich Fischrestaurants und gemütliche Cafés aneinander und bieten einen offenen Blick in die See.

Kaum ein anderer Ort an der Ostsee hat mehr Abwechslung zu bieten.

Vom 24. bis 26. November 2023 tagte die Synode der Nordkirchen in Travemünde und ebenso wie dieser Ort, gab die Synode einen offenen Blick über die Tätigkeiten der Kirche im kühlen Norden.

Innerhalb des Vollzugs leisten evangelische Seelsorgerinnen und Seelsorger einen wichtigen Beitrag bei der Resozialisierung von Gefangenen. Im Vollzug befinden sich Menschen, die vorher oftmals ein selbstbestimmtes Leben geführt haben. Sie leben plötzlich in völliger Abhängigkeit. Beziehungen nach „draußen“ sind nur schwer oder nicht aufrecht zu erhalten. Daraus ergibt sich ein großer Bedarf an seelsorglicher Begleitung, die in Gefängnissen viel Leid verhindert. Die evangelischen Seelsorgerinnen und Seelsorger sehen ihren Auftrag darin, für alle Gefangenen und Bediensteten ansprechbar zu sein, ohne dass die jeweilige Religionszugehörigkeit eine Bedingung darstellt.

Die Justizvollzugsbeamtin Vivian Wernert sprach über die Probleme der Insassinnen und Insassen in Haft und den Halt, den diese Seelsorge ihnen in mancher Stunde geben kann. Die Zusammenarbeit von Vollzug und Kirche ist innerhalb einer Anstalt ein stetiges Zusammenspiel von Vertrauen, Empathie und der weiteren Gewährleistung von Sicherheit von beiden Seiten.

Die Synode bot die Gelegenheit, die Mauern eines Gefängnisses für einen kurzen Moment transparent werden zu lassen und den Synodalen einen echten Einblick in das Leben innerhalb einer Anstalt zu geben. Die meisten Menschen haben sich ihre Vorstellung von der Institution „Knast“ nur durch Filme oder Schlagzeilen aus den Medien bilden können. Kaum jemand kann sich ein reales Bild frei von jeglichen Wertungen verschaffen.

Eine solche Versammlung führt zu Klarheit und bietet einen Raum für Antworten auf Fragen, die man sich selbst nie stellen würde.

„Tue Gutes und rede darüber.“,

(Matthäus 5, 14 – 16)

Nicht das Erzählte reicht, sondern das Erreichte zählt. Die Belohnung jeder guten Tat liegt in ihr selbst.

Die Landesleitung ■

Zum Abschied für Birgit Kannegießer eine ganz besondere Abschiedsrede

Liebe Birgit!!!

Die Vita, die Du im hessischen Justizvollzug seit 1986 nun hinter Dir lässt, ist geprägt von einem außerordentlichen Engagement für den Vollzug.

Du hast langjährige Führungsverantwortung in unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Von der Verwaltungsmodernisierung; Personalführung und Personalplanung bis hin zu Recht und Finanzen – bei keinem dieser Themenbereiche musstest Du passen. Der Stellenbesetzungsplan, die Personalkalkulation, die Dienstplanung. Der Vollzug war und – ich denke wird immer einen Teil Deines Herzens einnehmen. Du hast für uns alle im Vollzug gewirkt – gekämpft – gerungen. Wir haben Dir unglaublich viel zu verdanken. Du bist nicht zurückgegangen. Nein!!! Du standest ganz fest im Sturm.

Du hast mit Deinem Willen zu kämpfen für uns sehr viel erreicht. Durchsetzungsstärke (oder besser Wille) Dein Verhandlungsgeschick gepaart mit einer Art stoischen Geduld haben uns im Justizvollzug so manches Mal vor schlimmeren bewahrt. In der jüngeren Vergangenheit konnten – dank einer anderen Besetzung im Ministeramt, auf Deinen „letzten Metern" noch einige langjährige Ziele erreicht werden.

Du warst seit 2005 im Hauptpersonalrat. Seit 2012 die Vorsitzende. Gewerkschaftlich warst Du für den BSBD von 2005 – 2009 die Geschäftsführerin des BSBD Hessen.



Florian Haas und Birgit Kannegießer

Foto: BSBD – Hessen

Seit 2009 bist Du die Vorsitzende unsere Gewerkschaft. Im Hauptpersonalrat bist Du seit 2012 im Vorsitz. Von 2013 bis 2023 bist Du als stellvertretende dbb Vorsitzende mit Überzeugung und Tatkraft vertretenden gewesen. Von 2018 bis 2023 warst Du Mitglied in der Landespersonalkommission. Im dbb hast Du sogar ein Jahr, 2014 – 2015 als Landesgeschäftsführerin gewirkt.

Ich habe Dich wirklich sehr oft gefragt. „Birgit – wo nimmst Du bloß die Kraft her"??? Kraft um gegen Windmühlen zu kämpfen. Kraft, um für andere einzustehen. Für andere zu kämpfen. Genau das war und ist es bis heute.
Ich kenne keinen anderen Menschen, der immer und immer wieder auf den berühmten „Dreisatzfehler" bei der Berechnung der Ausfallquote aufmerksam gemacht hat. Der für uns – ganz besonders für den allgemeinen Justizvollzugsdienst gekämpft hat. Du hast gerungen. Als Klabauterfrau den Hammer geschwungen.

Deine Antwort: „Wer soll es denn sonst machen?" hat mich in der Tat sehr beeindruckt. Deine Beiträge für unsere Fachzeitschrift „der Vollzugsdienst werden sehr fehlen". Deine spitze Feder hat oft ins Schwarze getroffen. Ja, der Vollzugsdienst wird gelesen. Von der Politik bis ins Ministerium. So konnten einige Ziele verwirklicht werden.
Die Hebung der Vergütung von EG 4 auf 6, die Erhöhung der Ausfallquote, die Verkürzung der Ausbildung im allgemeinen Justizvollzugsdienst; den Anwärtersonderzuschlag für die Auszubildenden im mittleren Verwaltungsdienst, mit Sicherheit ist die Aufzählung nicht abschließend.

Einiges ist von Dir noch auf den Weg gebracht. Wir werden weiter darum ringen. Die deutliche Erhöhung der Meisterzulage; die Rücknahme des Feuerzeugerlass, die Einführung einer Ombudsperson; die Stärkung der mittleren Führungsebene – unsere Bereichsleitungen sollen wieder in der Lage sein, ihre Leitungsaufgaben auch wahrnehmen zu können. Ohne weniger als ihre Mannschaft zu verdienen.

Dein Wirken und Wollen waren stets für den Justizvollzug einzutreten. Nun verlässt Du bald den Vollzug. Du wirst als Bürgermeisterin von Seeheim – Jugenheim mit Sicherheit Geschichte schreiben.

Du wirst eine Bürgermeisterin, die mit vollem Einsatz für Ihre Gemeinde einstehen wird.
Liebe Birgit, vergiss uns nicht. Zum Glück bleibst Du uns als Ehrenvorsitzende erhalten.

Auf ein Wort:

IT im hessischen Justizvollzug fällt aus der Zeit

Seit mehr als einem Jahrzehnt befasst sich der BSBD Hessen kritisch mit der IT im hessischen Justizvollzug. Jetzt ist es wieder dringend, dass die Fachgewerkschaft das Wort ergreift.

Wie kann es sein, dass der Abruf einer simplen Information in Basis Web (wieder) Minuten dauert, sich nichts tut, außer dass sich auf dem Bildschirm der Kreisel dreht. Die Kolleginnen und Kollegen der Pforten, des Besuchs, der Stationen beschweren sich massiv über lange Wartezeiten.

Bei den Updates liegt der hessische Justizvollzug (angeblich) mittlerweile sogar zwei Jahre zurück hinter dem für Basis Web federführenden Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Zu was führt das? Es werden Hilfslisten und Subsysteme – meistens in Excel – geführt. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies mindestens doppelten Pflegeaufwand in unterschiedlichen Systemen. Das führende System ist in der Praxis dann die Exceldatei – nicht Basis Web. Die Bearbeitungsweise zwischen Abteilungen oder gar zwischen den hessischen Anstalten grätscht immer weiter auseinander. Aber niemand interveniert. Die unten ergeben sich in ihr Schicksal, die oben interessiert es nicht? Und die im Justizministerium wissen es nicht?

Wenn jetzt einem einfällt: dann schaltet doch Excel ab und löscht die Dateien, dem sei gesagt: sorgt erst einmal für ein gut funktionierendes und vollständig informierendes, praxisorientiertes – mit SoPart verknüpftes Basis Web. In dieser Reihenfolge bitte! Nur mal so als Zwischenruf. ■



Foto: polkadot / stock.adobe.com

Auf ein Wort:

Entbürokratisierung auch im hessischen Justizvollzug dringend

Mit der ersten Presseerklärung des neuen Jahres am 04.01.2024 forderte der hessische Justizminister Roman Poseck einen „grundlegen Mentalitätswechsel in der öffentlichen Verwaltung“ und kritisierte scharf den Bundesjustizminister Marco Buschmann. Den Schlüssel für den dringend benötigten Abbau von Bürokratie halte die Politik in der Hand, es sei ihre Aufgabe, so Poseck, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Verwaltungsverfahren schneller und effizienter durchgeführt und Unternehmen sowie Bürger entlastet werden. Buschmanns Forderung gegenüber der Verwaltung, fünfe gerade sein zu lassen, sei fehl am Platz, sie sei sogar gefährlich, weil sie im Widerspruch zur Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz und damit einer tragenden Säule unseres Staates stehe usw., usw.
Da bleibt nur, so der BSBD Hessen, gleich einmal vorbildhaft vor der eigenen Haustür zu kehren. Schon lange kritisiert der BSBD die vorgegebene – selbst gemachte – Dokumentationswut im hessischen Justizvollzug. Die Bediensteten der Fachdienste (Sozialdienst, psychologischer und pädagogischer Dienst) sind zu 80 % mit Schreibtischaufgaben beladen, anstatt sich direkt „am Mann“ mit den Gefangenen zu arbeiten. Warum? Weil Checklisten, umfassende Vollzugspläne, Stellungnahmen und Berichtspflichten die Arbeitszeit auffressen. In der Wahrnehmung, so der BSBD Hessen, wird die Berichtspflicht wichtiger als die Auseinandersetzung mit den Gefangenen selbst. Geht so, bitte schön, Resozialisierung?
In den Verwaltungsabteilungen sind es beispielsweise die Tertialberichte, die Balanced Scorecard, Controllingberichte, Konzepte und, und, und...., die die Zeit der Bediensteten frisst, ohne dass hierbei Steuerungsrelevanz entsteht.
Auf den Stationen sind es die Beobachtungsbögen, der Feuerzeugerlass, die verfünffachten Besucherüberprüfungen. Die Aufzählung hier ist unvollständig ;-)
Dazu kommt die Doppel- und Dreifachpflege einer Information in unterschiedlichen Systemen, seien es Datenbanken wie BASIS Web, SPExpert und Sopart oder die anstaltseigenen Kreationen, die befüllt werden müssen. Hinzu kommen die in Papier geführten Personal- und die Gefangenenpersonalakten.
Und über allem schwebt das Damoklesschwert der „Sorgfaltspflicht“. Der unangemessene Umgang bei der Bewertung von Fehlern, die Abhängigkeit der Bediensteten aus den daraus resultierenden Beurteilungen lähmen das System.
Es gibt also sehr viel Optimierungsbedarf und Nachsteuerungsmöglichkeiten im eigenen Beritt. Packen wir´s an! Nehmen wir die Besen und kehren gründlich vor der eigenen Tür. Oder besser noch: im eigenen Haus. ■

Mobiles Arbeiten – auch im hessischen Justizvollzug zulassen!

Es gibt kaum eine Arbeitsform und Technik, die sich in Coronazeiten mehr ausgebreitet hat als das mobile Arbeiten. Steuererklärungen, Beihilfeanträge, Erlasse aus dem HMdJ, vieles wird nicht mehr zwingend in einem Büro der hessischen Landesverwaltung bearbeitet, sondern von zuhause, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sitzen zuhause in ihrem Arbeitszimmer am Laptop zuhause und: arbeiten. Das spart natürlich Zeit für den Weg zur Arbeit, das spart Sprit, und es schont schließlich auch die Umwelt und das Klima. Fortschreitende e-Akten-Verwaltung und Digitalisierung des Antragwesens unterstützen diesen Prozess.

Dabei soll nicht verkannt werden, dass Zusammenwirken Begegnung, persönlichen Kontakt, Austausch und Auseinandersetzung braucht. Deshalb geht es bei den Anträgen auf Gewährung mobilen Arbeitens, die insbesondere von den Kolleginnen und Kollegen der Fachdienste und der Verwaltungsdienste gestellt werden, nicht darum, ausschließlich von zuhause zu arbeiten. In aller Regel geht es um ein bis zwei Tage in der Woche oder um die stundenweise Gewährung (z. B. am Nachmittag). Interessant ist, dass der § 14 Hessisches Gleichstellungsgesetz genau diese Formen des Arbeitens insbesondere, wenn es um familiäre Antragshintergründe geht, entsprechend deutlich unterstützt. Die Koalitionsverträge der letzten Jahre sind voll von den Bekenntnissen zu Familienfreundlichkeit und Homeoffice.

Dagegen steht der Widerstand aus der Anstaltsleitungs- und aus der Geschäftsleitungsebene der hessischen Justizvollzugsanstalten, wobei es auf Leitungs- oder Abteilungsleitungsebene immer schon mal Anträge gab, die genehmigt worden waren. In den Verwaltungsdiensten werden die meisten Anträge wohl im Dienstleistungszentrum für den hessischen Justizvollzug mit seinen VCCen bewilligt. Aber auch dort gibt es Sachgebiete, in denen – mit Verweis auf den Datenschutz – mobiles Arbeiten ausgeschlossen wird. Während Steuererklärungen und Beihilfe – soweit die Antragstellenden nicht widersprechen – ganz selbstverständlich von zuhause bearbeitet werden können, scheint das in Personalangelegenheiten des Vollzugs aus Gründen des Datenschutzes nicht zustimmungsfähig zu sein. Klingt wie eine Ungleichbehandlung, oder?

Es steht nun außer Frage, dass verschiedene Bedienstetengruppen wie der allgemeine Vollzugsdienst, der Krankenpflegedienst und der Werkdienst nicht von zuhause arbeiten können. Aber muss das auch für die Fachdienste gelten? Anstaltsleitungen verweisen stets auf notwendige Krisenintervention und die Arbeit am Gefangenen. Die betroffenen Bediensteten berichten allerdings, dass sie in ihrer Arbeitsrealität 80 % ihrer Arbeitszeit am Schreibtisch verbringen, um ihre Aufgaben zu erledigen. Das ist leider der mittlerweile aberwitzigen (!) Dokumentationswut im hessischen Justizvollzug geschuldet. Genau um diese Aufgabenerledigung geht es aber den Kolleginnen und Kollegen der Fachdienste; diese einfach mal ungestört und unterbrechungsfrei erledigen zu können, darum ringen die Betroffenen. Würde man sie doch einfach mal fragen, wie sie gemeinsam das Krisenmanagement organisieren würden, damit es funktioniert, statt über ihre Köpfe hinweg, grundsätzlich alles abzulehnen – allen wäre geholfen. Auch den Kolleginnen und Kollegen des AVDs.

Statt über Zielvorgaben und Aufgabenerledigung zu steuern, glauben viel zu viele auf der Führungsebene offensichtlich noch, sie könnten gute Ergebnisse nur durch Kontrolle der Betreffenden erreichen, zuhause werde sicher nichts gearbeitet. Wer glaubt, den hessischen Justizvollzug durch seinen/ihren Kontrollwahn (!!) weiterzubringen, dem empfiehlt der BSBD Hessen dringend die Lektüre und Umsetzung der Führungskräfterichtlinien der hessischen Landesverwaltung vom 18.07.2018 sowie das Personalentwicklungskonzept samt Führungskräfterichtlinien des hessischen Justizvollzugs. Schublade auf, Richtlinien raus – lesen! – anwenden! –

Und schließlich: wer mobil arbeitet, muss auch an den Gleitzeitregeln teilnehmen dürfen. Es kann nicht sein, dass im Justizressort Dienstvereinbarungen vorgeschlagen werden, in denen Arbeitstage im Homeoffice nur mit einem Fünftel der Wochenarbeitszeit bewertet werden, egal wie lange die Betroffenen gearbeitet haben. Der europäische Gerichtshof hat in seiner Rechtsprechung ausdrücklich gefordert, dass die Arbeitszeit präzise zu erfassen ist. Im Justizvollzug wird das seit Einführung des Arbeitens von zuhause genauso gelebt und wurde technisch vor vielen Jahren genau so umgesetzt. Warum also sollte der Hauptpersonalrat Justizvollzug nun einer Regelung zustimmen, die die Bedingungen für die Arbeitszeitbewertung verschlechtert? ■



Foto: MQ-Illustrations / stock.adobe.com

Tattoos und Uniform – passt?!

In ihrer Abschiedsrede am 01.12.2023 forderte Birgit Kannegießer, das offene Tragen von Tattoos nun auch im hessischen Justizvollzug zuzulassen. Das, so die scheidende Landesvorsitzende, kostet Justizminister Roman Poseck, nicht einen Cent, entlastet aber die Bediensteten des AVDs gerade im Sommer ganz massiv. Nach den aktuellen Regeln aus der Dienstkleidungsordnung für den hessischen Justizvollzug müssen Uniform tragende Bedienstete Tattoos bedeckt tragen. Bei 35 Grad in nicht klimatisierten Stationen sind Langarmhemden oder Abdeckpflaster aber tatsächlich kein Zuckerschlecken. Viele Betroffene appellieren immer wieder gerade an die Gewerkschaft und den Hauptpersonalrat, sich für sie einzusetzen und auf eine Änderung der Trageregeln zu pochen. Während Bedienstete der Verwaltung und Fachdienste (auch Vorgesetzte, ein Hoch auf die Vorbildfunktion) bei sommerlichen Temperaturen ganz selbstverständlich Tattoos offen tragen, wird das Verdecken im Justizvollzug bei den Uniformtragenden ziemlich rigoros durchgesetzt.

Ist es aber wirklich noch so, dass offene Tattoos Tür und Tor öffnen für die Fraternisierung zwischen Bediensteten und Gefangenen? Nein. Es kann einfach nicht mehr ausgeblendet werden, dass sich die gesellschaftliche Bewertung zu Tattoos in den letzten zwei Jahrzehnten massiv gedreht hat. Was vor Jahrzehnten als Erkennungszeichen für bestimmte gesellschaftliche Schichten galt, zählt heute als „Körperschmuck“. Deshalb ist es auch überhaupt nicht verwunderlich, dass Uniformtragende Tattoos tragen. Bei der Polizei wird offensichtlich sehr pragmatisch vorgegangen, kurzum das offene Tragen wird – so die Abbildungen nicht verfassungswidrig sind – einfach geduldet. Das sehen die Vollzugskollegen natürlich täglich, wenn beispielsweise Gefangene in die JVA verbracht werden etc. Das gar in Einstellungsverfahren die persönliche Eignung für den AVD in Frage steht, wenn Tattoos sichtbar sind, können wir uns mangels (geeigneter) Bewerberinnen und Bewerber schlicht gar nicht mehr erlauben. Damit erschweren wir für eigentlich geeignete und Interessierte den Weg in das Berufsfeld des AVDs, zumal die Zahl der Tätowierten in dieser Altersgruppe mittlerweile bei wenigstens 30 % (oder höher?) liegen dürfte. Das ästhetische Empfinden älterer Entscheidungsbefugter kann doch nicht dazu führen, dass der hessische Justizvollzug diesen Schritt in die heutige Zeit verweigert.

Warum, so fragt der BSBD Hessen, können die Regeln nicht auch im hessischen Justizvollzug gelockert werden? Justizminister Roman Poseck sagte beim Gewerkschaftstag 2023 jedenfalls zu, die Forderung prüfen zu lassen, um die Kolleginnen und Kollegen im nächsten Sommer zu entlasten. Wir bleiben dran, liebe Kolleginnen und Kollegen, versprochen! ■



Foto: MQ-Illustrations / stock.adobe.com



Foto: BSBD

Zugunsten krebskranker Kinder veranstalten Bedienstete Bubble-Soccer-Turnier in der JVA Butzbach

Ambulantes Kinder- und Jugendhospiz freut sich über hohe Spende

Die Belange der Kinder des Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes Gießen standen im Mittelpunkt beim Bubble-Soccer-Turnier am 01. Dezember in der JVA Butzbach. Organisiert wurde das Turnier und die große Spendenaktion von den **Kollegen Marco Märke und Michael Mündelein**. Mit sechs Mannschaften, darunter auch einer Gast-Mannschaft des Alloheims „Haus Neue Mitte“ aus Pohlheim, wurde die Sporthalle der JVA zum Austragungsort des lustigen Fußballspiels.
Die Spende der Bediensteten und Teilnehmer belief sich am Ende auf absolut großartige **1.856,66 Euro** für die krebskranken Kinder. Dafür bedankte sich Kollege Mündelein ganz herzlich bei allen Spendern und natürlich auch den Teilnehmern am Bubble-Soccer-Turnier.
Frau Dominika Ludwig, die als hauptamtliche Koordinatorin für den Hospizdienst tätig ist, und Zuschauerin der witzigen Spiele sein durfte, wurde die Spendensumme vom **Anstaltsleiter Uwe Röhrig** und der **stellv. Anstaltsleiterin Anja Müller** zusammen mit den Spielern überreicht. **Frau Ludwig** zeigte ihre volle Begeisterung und kündigte nach dem spaßigen Turnier an, im Folgejahr auch eine Gast-Mannschaft mit den Ehrenamtlichen des Ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienstes ins Gespräch bringen zu wollen.

Susanne Leib ■



Anstaltsleiter Uwe Röhrig und stellv. Anstaltsleiterin Anja Müller überreichen mit den Sportlern die Spende an Dominika Ludwig

Frischer Wind weht an Bord des Ortsverbandes JVA Dieburg.

Nach intensiven Gesprächen und Beratschlagungen konnte man in einer außerordentlichen Sitzung einen neuen Vorstand des OV Dieburg auf die Beine stellen.

Der ehemalige Vorstand mit dem Vorsitzenden Ralph Hoffmann, hatte sich durch Pensionseintritte und Versetzungen sowie Langzeiterkrankungen in seine Bestandteile aufgelöst.
Der Vorsitzende Ralph Hoffmann versuchte mit aller Kraft, den OV Dieburg trotzdem am Leben zu erhalten.

Deshalb wurde in einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung am 22.11.2023 um 15:00 Uhr im „neuen Freizeitraum der JVA Dieburg“ eben dieser neue Vorstand ins Leben gerufen.

Der Kollege Ralph Hoffmann gibt seinen Platz als 1. Vorsitzender gerne weiter an den Kollegen Kevin Gruber der sich dieser Aufgabe als 1. Vorsitzender stellen möchte. Der Kollege Schindel wird als 2. Vorsitzender aktiv werden.
Der Koll. Herteux übernimmt die Schriftführung und der Koll. Hoffmann läutet seine **letzte Runde** in der Vorstandschaft als Kassierer und weiterer Schriftführer ein.

In der heutigen Zeit ist es nicht mehr so einfach, Kolleginnen und Kollegen zu finden, die sich für solche wichtigen Ehrenämter einsetzen möchten. Deshalb hier ein großes Dankeschön an die neuen Mitglieder im OV Dieburg, die durch ihren Einsatz diesen Ortsverband und die Gewerkschaftsarbeit nun am Leben erhalten werden.

Hoffentlich wird sich diese Einstellung wieder zum positiven verändern.
Den jungen Kolleginnen und Kollegen sollte bewusst sein, das die Gewerkschaftsarbeit und die Vernetzung der Kolleginnen und Kollegen auf dieser Basis wichtig ist wie nie, um Forderungen im Bereich Lohnerhöhung und Verbesserungen in den verschiedensten Arbeitsbereichen durchzusetzen.
Wir Kolleginnen und Kollegen an der Basis vor Ort müssen unsere Probleme ansprechen und weitergeben an die Landesverbände.
Wenn sich niemand mehr einsetzt für uns … wird das Schiff untergehen!! Dann darf auch keiner mehr Jammern.

In diesem Sinne
Die neue Vorstandschaft des OV Dieburg
Stellvertretend
Ralph Hoffmann
Kassierer und weiterer Schriftführer ■

Frischer Wind weht an Bord des Ortsverbandes JVA Dieburg

Der Zahn der Zeit hat die Blanken unseres Schiffes durchlöchert.

Wir haben gehadert, beraten, geplant und nach zahlreichen Reden beschlossen unsere Mannschaft neu auszurichten.

Lange Zeit war ich im Vorsitz. Die Lücken in unserem Ortsverband sind nach und nach durch Pensionseintritte, Versetzungen und leider auch durch langfristige Erkrankungen immer größer geworden.

Verantwortung zu übernehmen ist nicht selbstverständlich. Aber die Mühen auf der Suche nach Nachfolgern hat sich wirklich gelohnt. Wir haben einen neuen Kapitän.

Am 22.11.2023 haben wir bei einer außerordentlichen Jahreshauptversammlung in dem neuen Freizeitraum der JVA Dieburg den Generationswechsel eingeläutet.

Kevin Gruber steuert mit tatkräftiger Unterstützung von Kollegen Schindel als 2. Vorsitzenden unseren Ortsverband. Unser Kollege Herteux wird die Schriften führen. Ich bleibe nun als Kassierer und weiterer Schriftführer dem Vorstand erhalten. Das wird vor meinem Ruhestand die letzte Amtszeit werden.



Foto: BSBD – Hessen

Mir fällt ein riesiger Stein vom Herzen. Gerade in der heutigen Zeit, wo niemand mehr Zeit zu haben scheint, ist es nicht selbstverständlich, sich im Ehrenamt einzusetzen. Ein Riesendankeschön an die neuen Mitglieder im Ortsverband, die nun den Ortsverband und damit die äußerst wichtige gewerkschaftliche Arbeit am Laufen halten werden.

Wir hoffen, dass sich unsere jungen Kollegen und Kolleginnen mehr und mehr für die Gewerkschaftsarbeit interessieren und gerne ihren Teil dazu beitragen. Nicht nur mit der Mitgliedschaft – sondern tatkräftig als Wirkende im Ortsverband. Gemeinsames Wirken, die Vernetzung untereinander und die aktive Mitarbeit im gewerkschaftlichen Sinne wird unseren Justizvollzug mitgestalten. Wir haben eine Stimme – lasst uns mit dieser gemeinsam sprechen. Unsere Probleme und Arbeitsbedingungen müssen angesprochen werden. Wer soll sich dafür einsetzen – wenn nicht wir!!!

Gemeinsam für unseren Justizvollzug. Ein Schiff darf schlingern – aber nicht sinken.

Moinzen…Euer Ralph Hoffmann
Kassierer und weiterer Schriftführer im Namen des neuen Vorstandes. ■

Ortsverband Hünfeld unter neuer Leitung

13 interessierte Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 30.11.2023 zur Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hünfeld im Kolpinghaus Hünfeld.
Die Vorsitzende Elke Flach eröffnete die Mitgliederversammlung und berichtete kurzweilig über die aktuellen Entwicklungen in den hessischen Justizvollzugsanstalten.
Nach dem Verlesen des Kassenberichts durch Kassenwartin Mareike Betz und der Entlastung des Vorstandes wurden Neuwahlen durchgeführt.

Gewählt wurden:
Vorsitzender: Luca Borello, zwei gleichberechtigte Vorsitzende: Andreas Havasi und Maurice Vestweber, Schriftführerin: Anika Döhring, Kassenwart und Vertretung: Niklas Laufer und Mareike Betz.

Nach der Wahl hat der neue Vorstand der bisherigen Vorstandsvorsitzenden Elke Flach für die geleistete Arbeit gedankt und ein Präsent überreicht.
Wir blicken gespannt auf die anstehenden Tarifverhandlungen und hoffen auf rege Teilnahme bei unseren Aktionstagen im Februar und März 2024.
Der neue Vorstand ist hochmotiviert und freut sich auf die Gewerkschaftsarbeit, um unseren Beruf noch schöner zu gestalten.

Mit kollegialen Grüßen
Luca Borello ■


Foto: BSBD – Hessen

Von links nach rechts: Kollege Niklas Laufer, Kollege Luca Borello, Kollegin Mareike Betz und Kollege Andreas Havasi

Frauenvertreterinnen der Länder tagten in Koblenz

Arbeitskreissitzung der Bundesfrauenvertretung des BSBD vom 13. bis 15.12.2023

Dieses Mal trafen sich die Frauenvertreterinnen des BSBD aus den Bundesländern Bayern (Elke Wiesbauer), **Hamburg** (Anke Bewarder-Schwarz), **Baden-Württemberg** (Manja Sommer), **Sachsen-Anhalt** (Anett Matz), Berlin (Silke Jonas und Sengül Mazlum), **Saarland** (Gabi Wollscheid) und **Hessen** (Susanne Leib) in den Geschäftsräumen der *Debeka Hauptverwaltung* in einer der ältesten Städte Deutschlands, dem wunderschönen **Koblenz**.

Begrüßt wurden sie von dem Bereichsleiter „öffentlicher Dienst“ der *Debeka Geschäftsstelle Koblenz* **Stefan Naumann,** der über die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit der Debeka informierte und um diese warb. Über die besonders aufmerksame Gastfreundschaft und die Einladungen zur Mittagskost in der Debeka-Kantine freuten sich die Teilnehmerinnen sehr. Er lud anschließend zu einem Besuch der Dachterrasse mit Blick auf die Mosel, den Rhein und die Festung Ehrenbreitstein ein.

Zu Gast war am Mittwoch ebenfalls der neu gewählte **Landesvorsitzende der JVB von Bayern, Alexander Sammer**. Bei den Gesprächen mit ihm zeigte sich, sehr zur Freude der Teilnehmerinnen, dass die Bundesleitung deutlich mehr offene Kommunikation mit den Frauenvertreterinnen anstrebt. Leider sind die Zahlen von weiblichen Bewerberinnen im Justizvollzug weiterhin rückläufig und auch die Gewerkschaft zählt nur noch 4.717 weibliche Mitglieder bundesweit. Die darauffolgende Einladung zu einem gemütlichen Gemeinschaftsessen im urigen Bistro *Hexenkessel* in Koblenz rundete den Besuch von Herrn **Sammer** bei der Arbeitstagung am Abend hervorragend ab.

Bei dem Treffen standen für die Frauenvertreterinnen diverse wichtige und aktuelle Themen auf der Tagesordnung, darunter die familienpolitische Teilzeit, die Beförderungssituation, sexuelle Belästigung allgemein und Frauen in Führungspositionen. Auffällig war, dass die Frauenvertreterinnen der einzelnen Bundesländer viele Themen gleichermaßen beschäftigen und die Personalknappheit ein mittlerweile massives Problem in den einzelnen JVAs darstellt. Der Kampf um die Gleichstellung der Frauen im Justizvollzug steht weiterhin bei allen besonders im Fokus.



V.r.n.l.: Silke Jonas, Susanne Leib, Elke Wiesbauer, Manja Sommer, Sengül Mazlum, Anke Bewarder-Schwarz, Gabi Wollscheid, Anett Matz und Alexander Sammer

Foto: BSBD Frauenvertretung

Einen sehr herzlichen Empfang bereitete am Donnerstag in der **JVA Koblenz Susanne Ernst**, die *Vorstandsvorsitzende des BSBD Ortsverbands Koblenz*. Schon während der interessanten Führung durch die Justizvollzugsanstalt, in der Frauen wie auch Männer untergebracht werden, offenbarten sich den Frauenvertreterinnen doch große Unterschiede zwischen den einzelnen Haftanstalten. Beim Rundgang führten die Einblicke in die Unterbringung und Gestaltung des Vollzugs in Koblenz zu hohem Redebedarf und angeregten Diskussionen. Beim abschließendem Gesprächskreis tauschten sich die Kolleginnen über die frauenspezifischen Probleme weiter aus und berichteten von ihren Erfahrungen. Am Ende der erfolgreichen Arbeitskreissitzung erfreuten sich die Frauenvertreterinnen an den liebevoll gestalteten Gastgeschenken.

BSBD Fachgruppenvertreterin der Frauen
Susanne Leib ■



Foto: BSBD – Hessen

Für den öffentlichen Dienst ist es fünf nach zwölf

Mit einer täglichen Protestaktion zwischen Finanzministerium und Staatskanzlei, immer um 5 nach 12, machten verschiedene dbb-Gewerkschaften vom 9. bis 16. November in Schwerin auf die angespannte Lage im öffentlichen Dienst aufmerksam.

Auch der BSBD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern beteiligte sich an dieser Aktion.

„Uns geht es vor allem darum, dass bei den Landesbeschäftigten, -beamtinnen und -beamten der Bezahlungsabstand zu den übrigen Arbeitgebern im öffentlichen Dienst endlich geschlossen wird," führte Dietmar Knecht, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern am gemeinsamen Schlusstag der Aktionswoche am 16. November 2023 aus, „die Werte sind schon erheblich. Wenn der öffentliche Dienst der Länder nicht stillstehen soll, muss sich schnell etwas ändern." ■



Fotos (5): BSBD M-V









Matthias Nicolai im Amt bestätigt

Am 17.11.2023 fanden sich in der JVA Bützow rund 50 Delegierte zum 9. BSBD Landesvertretertag Mecklenburg-Vorpommern zusammen, um satzungsgemäß den geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes für die kommenden fünf Jahre zu wählen.

Im Anschluss an die Begrüßung durch den Hausherren und Leiter der JVA Bützow, Frank Grotjohann, und einigen einleitenden Worten durch den BSBD Landesvorsitzenden, übernahm Tagungsleiter Michael Gutsmuths in bewährter Manier die Führung durch den nicht-öffentlichen Teil der Delegiertenkonferenz.

Unterstützt wurde er dabei durch die Mitglieder des Präsidiums Anja Katillus und Henning Petri, den Protokollantinnen Siegrid Brückner und Katrin Busch sowie durch die Mitglieder des Altestenrats Wolfgang Brückner, Helmut Halswahs und Uwe Grützmacher.

Nach verlesen des Rechenschaftsberichts durch den Landesvorsitzenden Matthias Nicolai, dem Kassenbericht des Schatzmeisters Bernd Raubold, dem Bericht der Rechnungsprüfer Katrin Wendler und Matthias Kleemann, informierte Tarifvertreter Renaldo Kalski zum aktuellen Tarifgeschehen und Wolfgang Brückner richtete einige mahnenden Worte, zum Thema Senioren, an die Delegierten. Danach wurde der Vorstand durch den Landesvertretertag entlastet und verabschiedet.

Im nächsten Schritt wurden diejenigen Mitglieder vor dem obersten Gremium des Landesverbandes ausgezeichnet, welche sich in den vergangenen Jahren im besonderen Maße um den BSBD Landesverband verdient gemacht hatten. Auf Vorschlag der Ortsverbände wurden Jeanette Wachlin, Heino Graaf, Hans-Jürgen Papenfuß, Uwe Wrosch und Michael Gutsmuths mit einer Urkunde und einem Präsent geehrt. Des Weiteren wurde Bernd Raubold durch den Landesvertretertag zum Ehrenmitglied ernannt.

Anschließend stimmten die Delegierten über zwei Anträge ab. Zum einen über die Einführung einer Ehrenordnung, deren Ziel ist es, im größerem Umfang als bisher besondere Verdienste um den BSBD Landesverband M-V in einer geeigneten Form zu würdigen.

Zum zweiten über mehrere Satzungsänderungen, da die praktischen Erfahrungen in der Verbandsarbeit der letzten Jahre, sowie die Einführung der Ehrenordnung diese notwendig machten.

Beide Anträge wurden durch den Landesvertretertag angenommen.
In der nun folgenden Wahl wurden alle durch den Landeshauptvorstand vorgeschlagenen Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Damit setzt sich der neue BSBD Landesvorstand M-V nun derart zusammen:

Vorsitzender:	Matthias Nicolai
Stellv. Vorsitzender:	Stanley Mengel
Vorstandsmitglieder:	Andreas Loeck und Alexander Mrowiec
Schatzmeister:	Matthias Kleemann

Zum **stellvertretenden Schatzmeister** wurde Thoralf Ickert und zu **Rechnungsprüfern** Andrea Meyer und Jörg Mangels gewählt.

Auf diese Weise endete der erste Teil der Veranstaltung und Delegierten und Gäste zogen zum Eingangsbereich der JVA Bützow, um sich dort den zu einer „aktiven Mittagspause" versammelten Kolleginnen und Kollegen anzuschließen. Die bis zu 150 Demonstranten nahmen dann auch lautstark die für den zweiten, öffentlichen Teil eintreffenden Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien und des Justizministeriums in Empfang. Auf der Kundgebung sprachen der BSBD Bundesvorsitzende René Müller und der dbb M-V Landesvorsitzende Dietmar Knecht zu den Teilnehmern, die mit dieser Aktion die Positionen der Gewerkschaften im aktuellen Tarifstreit mit der TdL unterstützten.

Zurück von der „aktiven Mittagspause" folgten nun im zweiten Teil der Veranstaltung die Grußworte des Staatssekretärs für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, Friedrich Straetmanns, des BSBD Bundesvorsitzenden René Müller und des dbb M-V Landesvorsitzenden Dietmar Knecht.



Wahlleitung, Ältestenrat und Protokollantinnen



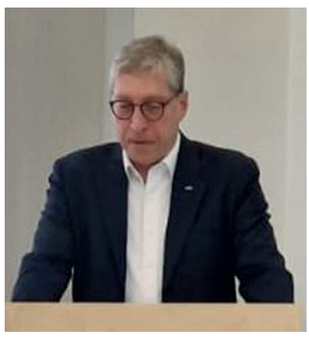
v.l.n.r.: Jörg Mangel, Matthias Nicolai, Stanley Mengel, Andreas Loeck, Matthias Kleemann, Andrea Meyer und Alexander Mrowiec



dbb-Landesvorsitzender Dietmar Knecht



BSBD-Bundesvorsitzender René Müller



BSBD-Landesvorsitzender Matthias Nicolai



Staatssekretärs für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz, Friedrich Straetmanns

Im Folgenden entspann sich eine Podiumsdiskussion zwischen den Vertretern der Interessenvertretungen und Gewerkschaften sowie den geladenen Vertretern der Landtagsparteien, Sebastian Ehlers für die CDU, Bernd Lange für die SPD, Rene´ Domke für die FDP und Stephan Hagemann, Abteilungsleiter 2 beim Justizministeriums M-V. Rückblickend konnte zwischen den Diskussionsteilnehmern ein Konsens gefunden werden, welcher besagte, dass Bedienstete und Beschäftigte im Justizvollzugsdienst, im Justizwachtmeisterdienst und des LaStar stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden müssen, wenn es um die Attraktivität der Berufsbilder, Personalausstattung, berufliche Entwicklungsperspektiven und monetäre Anerkennung geht.

Es wird Aufgabe des neuen BSBD Landesvorstand sein, diese Ziele voranzutreiben. ■



v.l.n.r.: Stephan Hagemann, René Domke, Sebastian Ehlers, Matthias Nicolai, Bernd Lange, René Müller und Dietmar Knecht



Fotos (8): BSBD M-V

IMPRESSUM

71. Jahrgang
Der Vollzugsdienst (VollzD)

Zeitschrift des
Bundes der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands **(BSBD)**

Herausgeber und Verlag
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Schrift- und Verlagsleitung, Anzeigenverwaltung
Martin Kalt
c/o Geschäftsstelle **BSBD**
Waldstein 50 – 21717 Deinste

Mobil: 0176 40509127
E-Mail: **martin.kalt@bsbd-bund.de**

Gerichtsstand und Erfüllungsort:
35576 Wetzlar

Erscheinungsweise
Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände" sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Gesamtherstellung:
Pauli Offsetdruck e. K.
Am Saaleschlößchen 6, 95145 Oberkotzau

www.pauli-offsetdruck.de
E-Mail: oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

Fortbildung „Krav Maga“

Vom 01. bis 03.03. und 22. bis 24.11.2023 fand für die Bediensteten des Justizvollzugs MV erstmalig die Fortbildung „Krav Maga” statt. Das Krav Maga ist bereits seit mehreren Jahren fester Bestandteil der Anwärterausbildung. Im Rahmen der Fortbildung wurden nun die Inhalte aufgefrischt bzw. an bisher nicht-geschulte Kolleginnen und Kollegen vermittelt. Ziel war das Erlernen effizienter Selbstverteidigungstechniken, die im Ernstfall einfach und intuitiv umgesetzt werden können. Eine Besonderheit stellt die Flexibilität des Systems dar, welches die individuellen Stärken und Schwächen der Teilnehmenden berücksichtigt und niemanden in starre Bewegungsabläufe zwingt: Krav Maga ist für jede/n geeignet, ob Frau, Mann, Kind, alt, jung, mit oder ohne körperliche Einschränkungen.

Aus dem endlosen Repertoire an Techniken wählten die engagierten und hochmotivierten Trainer die für die Arbeit im Justizvollzug sinnvollen Mechaniken aus. Dementsprechend lag der Schwerpunkt auf Techniken, die, neben der Eigensicherung, die Deeskalation der Situation und Vorbereitung vollzuglicher Maßnahmen gewährleisten. Die Trainer arbeiteten hierbei nach dem von KRAVolution entwickelten System, in welchem sie zuvor spezifisch und intensiv geschult wurden.

Den Beginn jeder Einheit, bildete eine spielerische Erwärmung. Neben der Freude an Bewegung und Stärkung der Gemeinschaft diente dies vor allem der Vorbereitung auf die folgende intensive körperliche Tätigkeit.
Anschließend wurden die Techniken detaillierte vorgeführt und besprochen.

Im Anschluss wurden die Mechaniken Schritt für Schritt mit wechselnden Partner/innen eingeübt, wobei die Trainer korrigierten und bei fortgeschrittenen Teilnehmer/innen zusätzliche spezifische Details vermittelten. Hierbei wurden alle Teilnehmenden auf ihrem individuellen Leistungsniveau abgeholt, wodurch der Spaß bei allen durchgehend an erster Stelle stand. Nach der Verinnerlichung der Techniken erfolgte ein sogenannter „Dynamic Drill”. Hierbei mussten die Teilnehmenden die gelernten Techniken auf eine spontane Konfrontation hin anwenden.

Den Abschluss bildete ein jeweiliges „Szenario”. Hierbei wurden die Teilnehmenden nach einer intensiven Belastung und dem Aussetzen körperlichen Stresses mit einer berufspraktischen Konfliktsituation konfrontiert. In dieser mussten sie die erlernten Techniken intuitiv zur Deeskalation der Situation einsetzen.

Neben den sportlichen Aktivitäten konnte die Veranstaltung auch für den interdisziplinären Austausch genutzt werden. So wurde die Fortbildung, welche als Zielgruppe vorranging den AVD anvisiert, aufgrund freier Plätze auch von anderen Berufsgruppen genutzt. Dadurch konnten sich Bedienstete aus dem allgemeinen Vollzugsdienst mit Psychologinnen und Psychologen, Sachbearbeiter/innen, Sozialarbeiter/innen, Führungskräften und Kolleginnen und Kollegen aus den Arbeitsbetrieben austauschen. Da die Fortbildung landesweit durch die Bildungsstätte Justizvollzug angeboten wurde, kamen Vertreter/innen aus allen Anstalten und dem LaStar zusammen. Dieses weitete den Blick für die Perspektiven



Fotos (4): BSBD M-V

anderer Berufsgruppen und Dienststellen und führte zu einem berufsgruppenübergreifenden Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl.

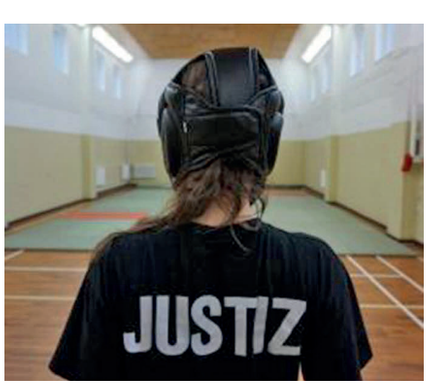
Zusammenfassend kann die Veranstaltung und das Krav Maga an sich jeder und jedem empfohlen werden, unabhängig von Alter, Geschlecht, Statur und Vorkenntnissen. Alle sind willkommen und können durch das Erlernte ihr Selbstbewusstsein und die Sicherheit im Berufsalltag stärken. Wir freuen uns schon auf weitere Angebote!

Abschließend auch nochmal ein besonderes Dankeschön an die Kursleiter, welche die Teilnehmenden mit Spaß, Witz und Verständnis motiviert durch die kräftezerrenden Tage begleitet haben und ein gutes Auge und Gespür für die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen bewiesen haben!

die Trainer und Philipp Orlowski ■





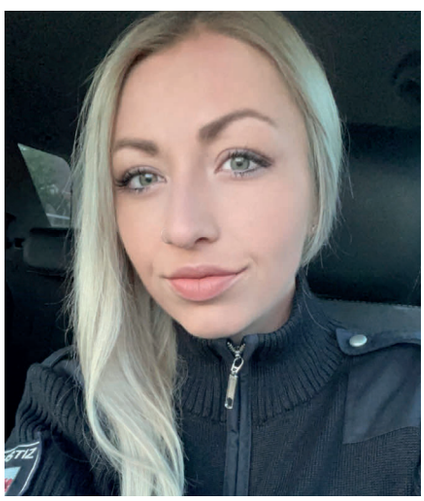


Beisitzer benannt

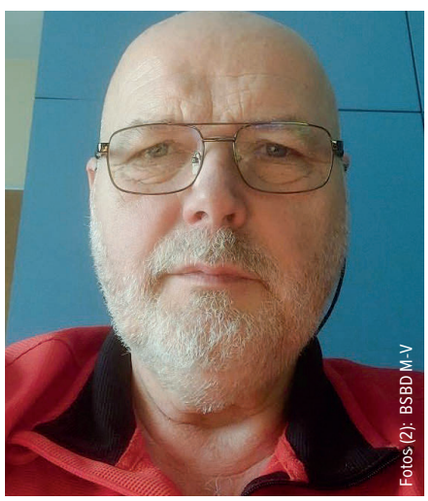
Bereits Mitte Dezember des vergangenen Jahres wurden die Aufgabenfelder der Vertretungen für die Jugend und die Senioren im BSBD Landesverbandes MV neu besetzt.

Auf seiner Sitzung am 10.12.2023 beschloss der Landesvorstand Julia Wolter als Jugendvertreterin und Bernd Raubold als Seniorenvertreter zu benennen.

Wir wünschen ihnen zukünftig ein „glückliches Händchen" bei der Bewältigung ihrer Aufgaben und danken gleichzeitig Alexander Mrowiec und Helmut Halwahs, als jeweilige Amtsvorgänger, für ihr jahrelanges Engagement in dieser Funktion. ■



Julia Wolter



Bernd Raubold

Regierung hält an Übertragung des Tarifergebnisses auf ihre Landesbeamten fest

Bei einem Gespräch der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit Finanzminister Dr. Heiko Geue, am 04.01.2024, bestätigte dieser die beabsichtigte Übertragung des TdL-Abschlusses auf die Besoldung und Versorgung. Dazu fühle sich die Landesregierung dem Koalitionsvertrag, der bereits gleichlautenden Passus enthält, verpflichtet.

Damit könnte möglicherweise die Auszahlung der Inflationskostenpauschale zeitgleich mit der Auszahlung für die Tarifbeschäftigten erfolgen, welche bereits durch das Landesamt für Finanzen Mecklenburg-Vorpommern für den 29.02.2024 bestätigt wurde.

Ein konkreter Gesetzentwurf soll den Gewerkschaften voraussichtlich Mitte Januar zur Beteiligung vorliegen.

Matthias Nicolai ■

Gedanken zum Abschied



Hans-Jürgen Papenfuß

Als ehemaliger Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft des Strafvollzuges BSBD in Mecklenburg-Vorpommern, möchte ich mich bei Ihnen/Euch und allen Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit bedanken. Es war mir eine Ehre, die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten und für ihre Rechte zu kämpfen.

Ich bin stolz darauf, was wir als Team erreicht haben. Wir haben uns für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Wahrung der Rechte unserer Mitglieder, also von Ihnen und Euch, eingesetzt.
Wir haben uns auch für die Verbesserung der Bedingungen im Strafvollzug eingesetzt, um sicherzustellen, dass die Insassen gesichert sind und menschlich behandelt werden.

Ich werde die Zeit, die ich als Gewerkschafter und Personalrat im Justizvollzug verbracht habe, immer in guter Erinnerung behalten.

Ich danke Ihnen/Euch noch einmal für Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen/Euch alles Gute für die Zukunft.

Lieber Helmut (Halwahs) ein großer Dank geht an Dich, der Du mich in die Gewerkschaftsarbeit hineingeholt hast. Natürlich werde ich der Gewerkschaft auch weiterhin verbunden sein, bin jedoch durch die Rente zu weit entfernt vom aktiven Geschehen.

Gruß
Hans-Jürgen (Papenfuß)

Auch zukünftig erreichbar per Email oder Handy! ■

Bowlingabend der Ortsgruppe der Justizwachtmeister im BSBD

Wie sagt man so schön bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, was mehr als drei Mal stattfindet ist Tradition.
Somit haben wir am 24.11.23 traditionell unser BSBD-Bowlingturnier durchgeführt.
Die Beteiligung war trotz krankheitsbedingter Ausfälle noch sehr hoch. Wir haben mit 12 Kollegen und Kolleginnen, verteilt auf zwei Bahnen in mehr als zweieinhalb Stunden die drei erst Platzierten heraus gespielt, nebenbei wurde lecker gespeist und sich rege bei dem ein oder anderen Getränk ausgetauscht.
Im Anschluss fand die Siegerehrung standesgemäß auf dem Siegertreppchen statt.
Der Vorstand des Ortsverbandes der Justizwachtmeister gratuliert nochmals herzlichst dem Kollegen Mark Fischer zum dritten, Sebastian Horn zum zweiten sowie Heiko Neumann zum ersten Platz.
Zusätzlich zu den Urkunden hat der Ortsverband für die drei erst Platzierten je einen Präsentkorb zur Verfügung gestellt.
Wir wünschen allen Mitgliedern des BSBD-Mecklenburg-Vorpommern ein Gesundes Neues Jahr und hoffen auch in diesem Jahr auf gute Zusammenarbeit. ■





Fotos (2): BSBD M-V

Weihnachtsfeier des OV Bützow

Traditionen müssen erhalten bleiben

Auch dieses Jahr hat der Ortsverband Bützow zur traditionellen Weihnachtsfeier in den Bützower Hof geladen.

Es wurden in der Vorweihnachtszeit drei Weihnachtsfeiern von unserer Schatzmeisterin Jeanette organisiert. So hatten auch unsere Mitglieder die im Schichtdienst tätig sind, die Möglichkeit an einer Veranstaltung teilzunehmen. Während den Veranstaltungen wurde bei Ente und Fisch geschmaust und getrunken. Dabei konnten viele gute Gespräche mit gewerkschaftlichen, dienstlichen und privaten Hintergrund geführt werden.

Am 06.12.2023 wurde unser ehemaliger Vorsitzender und langjähriges Mitglied Hans-Jürgen Papenfuß vom Landesvorsitzenden Matthias Nicolai geehrt und in den gewerkschaftlichen Ruhestand verabschiedet.

F. Lehmann ■



Fotos (2): BSBD M-V



Pressebericht DBB-Demo am 23.11.2023

Ortsverband Göttingen auf Demo-Tour

Der Ortsverband Göttingen ist dem Aufruf des DBB und NBB am 23.11.2023 gefolgt und hat die beschwerliche Reise auf dem Schienennetz der Deutschen Bahn angetreten. 42 demonstrationswillige Kollegen und Kolleginnen versammelten sich, wie es sich gehört, pünktlich am Bahnhof in Göttingen. Vor dem Finanzministerium angekommen, waren alle begeistert über die Menge an Kollegen und Kolleginnen, die sich aus den verschiedensten Fachgewerkschaften getroffen hatten, um der Forderung von 10,5% oder mindestens 500 € Nachdruck zu verleihen. Ein großes Lob geht hierbei an den NBB für diese tolle Organisation. Hütte, Mützen, Schals, Warnwesten und nicht zu vergessen, warme Getränke und, belegte Brötchen, wurden an die Demonstrierenden verteilt. Nach den wahren Worten des DBB-Vorsitzenden, Ulrich Silberbach, und dem NBB-Vorsitzenden, Alexander Zimbehl, trat der Finanzminister, Gerald Heere, auf die Bühne. Trotz der Worte von Ulrich Silberbach, dass wir das Wort „Wertschätzung“ nicht mehr hören können, begann unser Finanzminister mit genau diesen.



Ortsverband Göttingen – Demo 23.11.2024

Die Reaktion lies keine Sekunde auf sich warten und ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert begann.

Um ganz ehrlich zu sein, den Rest der Rede konnte ich dann auch nicht mehr mit ganzer Ernsthaftigkeit folgen.

Ein weiterer großer Dank geht an die beiden Kollegen des Finanzministeriums, die es einer kleinen Gruppe von uns gestattet haben, vom Balkon des Ministeriums Bilder zu machen.

Nach Abschluss der Demonstration taten wir, was wir immer machen. Wir ließen den ereignisreichen Tag in der Markthalle Revue passieren.

Die Rückreise gestaltete sich auf Grund eines Störfalls im Schienennetz leider etwas problematischer, so dass einige Kollegen erst spät in der Nacht zu Hause eintrafen.
Sollte bei der nächsten Verhandlungsrunde wieder nichts passieren, stehen wir, mit noch mehr Kolleginnen und Kollegen, wieder zur Verfügung. ■



beide Fotos: BSBD NS

Demo in Hannover

Am 23.11. traten acht Ostfriesen aus dem kleinen Emden ihren langen Weg nach Hannover an. Nach einer amüsanten Fahrt mit der Bahn pilgerten wir acht Ostfriesen zum Finanzministerium, um uns dort lautstark gemeinsam mit vielen anderen Gewerkschaftsvertretern gegenüber dem Finanzminister Gehör zu verschaffen.
Die Teilnahme an der Demo in Hannover war nur möglich, weil Kollegen und Kolleginnen in der Jugendarrestanstalt Verden, Abteilung Emden, trotz erhöhtem Krankenstand eingesprungen sind, um Dienste zu übernehmen. Dafür meinen herzlichen Dank. Damit wir uns stellvertretend für alle Ostfriesen an der wichtigen Aktion in Hannover beteiligen konnten. Ich möchte mich auch hier für die aktive Teilnahme an der Demo bei unseren Kollegen aus dem Ortsverband Ostfriesland bedanken. Kleiner Ortsverband, aber gemeinsam sind wir stark.

Michael Glinkowski



Ortsverband Ostfriesland – Demo



Demonstration in Niedersachsens Hauptstadt Hannover – Protestaktion zur Einkommensrunde 2023

Für den 7. bis 9. Dezember steht die dritte vereinbarte Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder an, nachdem zuvor zwei Verhandlungsrunden ergebnislos endeten. Klar, dass hier der Verband Nds. StrafvollzugsBediensteter mit von der Partie ist, wenn es darum geht, den Druck der Beschäftigten aus dem Niedersachsen Justizvollzug zu erhöhen, wenn der Dachverband, der dbb Beamtenbund und Tarifunion, zur Kundgebung aufruft. ‚Pech' für den **VNSB**-Ortsverband Uelzen, wenn man ein Landesvorstandsmitglied mit in den eigenen Reihen hat, welches unermüdlich die Werbetrommeln rührte und nicht locker lies, die Massen zu mobilisieren.

So kam es, dass sich am 23. November 2023 immerhin fünf Kollegen/innen aus dem OV UE in die Landeshauptstadt aufmachten, um mit über 2.000 Beschäftigten der verschiedenen Mitgliedsverbände gemeinsam vor dem Finanzministerium für ihre Forderungen nach 10,5 %, mindestens 500,- € mehr im Monat zu demonstrieren. „10,5 Prozent" wurde einheitlich und lautstark skandiert und machte somit gleich deutlich: „darunter geht eigentlich nichts...!"

„Kaum ein Tag vergeht, ohne dass Medien vom dramatischen Personalmangel im öffentlichen Dienst berichten. Überall zeigt sich das gleiche traurige Bild – der Staat wurde auf Verschleiß gefahren und die noch vorhandenen Kollegen/innen gehen auf dem Zahnfleisch. Zum Dank wollen die Länderchefs sie jetzt auch noch mit den Folgen der Inflation alleine lassen", so Volker Geyer, der dbb Fachvorstand Tarifpolitik. Und weiter: „Das ist keine Wertschätzung, das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und gegenüber der Bevölkerung, die sich gerade in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je einen handlungsfähigen Staat wünscht."

„Die Arbeitgeber haben in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt. Das ist keine Personalgewinnung, das ist Personalabschreckung!" So die deutlichen Worte von Alexander Zimbehl, dem Vorsitzenden des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, der damit den Blick auf die schwierige Gewinnung von Nachwuchs und Fachkräften für den öffentlichen Dienst verdeutlichte. Weitere starke Worte: „Wir erwarten vom niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere, dass das Ergebnis nach den Tarifverhandlungen ohne Wenn und Aber auf die Beamten/innen übertragen wird. Erst dann ist diese Einkommensrunde abgeschlossen!"

Finanzminister Heere macht den Demonstrierenden immerhin seine Aufwartung und gab eine Erklärung ab. „Wertschätzung..." und weiter braucht man an dieser Stelle auch nicht zu schreiben; die Anwesenden wissen Bescheid. Es bleibt abzuwarten, ob von o. g. Worten was mitgenommen wurde.

Ich komme auf den Anfang meines Berichtes zurück. Sind fünf mitreisende Kollegen/innen eigentlich eine ordentliche Zahl oder doch eher wenige? Man bedenke: es ging um UNSER Geld und Einkommen! Darüber darf sich jeder natürlich seine eigenen Gedanken machen. Gerne danke ich an dieser Stelle aber denjenigen Kollegen/innen, die für uns die Fahne auf der Dienststelle hochgehalten haben. Und man muss auch sagen – und da sind wir wieder bei der Personallage – vielmehr Entbehrlichkeit ist aktuell eben auch schon fast nicht mehr drin.

Fünf Kollegen/innen aus dem **VNSB**-Ortsverband Uelzen haben aber viel Spaß miteinander gehabt, den selbst das „Stranden" mit der Bahn aufgrund eines Oberleitungsschadens nicht trüben konnte. Die Rückfahrt mit dem „Taxi" bleibt legendär und wird in die Annalen des Ortsverbandes eingehen!

Danke für euren Einsatz – wir bleiben dran.

Für den OV Uelzen
Ralf Schlütemann – Vorsitzender ■

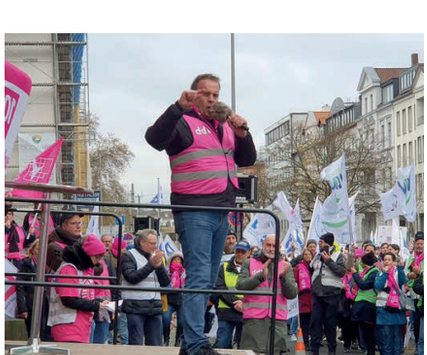


Fotos (4): BSBD NS

Ortsverband Uelzen - Demoteilnehmer



Ortsverband Uelzen - Niedersachsen FM G. Heere



Ortsverband Uelzen - NBB-Vorsitzender A. Zimbehl



Ortsverband Uelzen - BSBD-Sprecher Tarif E. Geyer

Tarifabschluss für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder erzielt

Am Sonnabendnachmittag, den 9. Dezember 2023, war es endlich soweit: In der dritten Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder hatten die Tarifparteien in Potsdam ein Ergebnis erzielt. Dieses Tarifergebnis entspricht im Kern dem Abschluss mit Bund und Kommunen aus April 2023.

Durch den nun erzielten Tarifvertrag erhalten die Beschäftigten der Länder eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung i. H. v. 3.000,- €. Bereits für den Dezember wird ein Betrag von 1.800,- € (netto) gewährt. Von Januar bis einschließlich Oktober 2024 gibt es monatliche Zahlungen i. H. v. je 120,- € (netto). Die Einkommen der Beschäftigten steigen ab dem 1. November 2024 tabellenwirksam um einen Sockelbetrag von 200,- €. Ab dem 1. Februar 2025 kommt darauf eine weitere Entgelterhöhung um 5,5 %. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 25 Monate bis zum 31. Oktober 2025. Durchschnittlich steigen die Gehälter der Beschäftigten der Länder während der Laufzeit um mehr als 11 %.

Bei den weiteren Regelungen konnte unter anderem die Ausweitung der bestehenden Pflegezulage auf den Justiz- und Maßregelvollzug erreicht werden.

Dual Studierende und Auszubildende erhalten nach dem Tarifabschluss im Dezember 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 1.000,- € sowie in der Zeit von Januar bis zum Oktober 2024 monatlich jeweils 50,- € (netto). Die Ausbildungsentgelte steigen ab dem 1. November 2024 um 100,- €, ab dem 1. Februar 2025 um weitere 50,- €. Außerdem konnte eine unbefristete Übernahme von Auszubildenden vereinbart werden, die eine Abschlussnote von 3 oder besser erzielt haben.

Die Vereinbarung sieht zudem vor, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Dank an alle VNSB-Mitglieder, die auf der Straße waren und Druck auf die Arbeitgeber gemacht haben. Dieser Druck und der, der Mitglieder unserer Dachverbände dbb / nbb war bei unseren Verhandlungsführern ein starkes Pfand und hat die Einigung erst möglich gemacht.

Für den VNSB-Landesvorstand
Ralf Schlütemann
-Landesschriftleitung-



Bilder (2): BSBD NS



Große Veränderungen in Nordrhein-Westfalen

BSBD NRW-Vorsitzender Horst Butschinek berichtet

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute haltet ihr die erste Ausgabe des „neuen“ Vollzugsdienstes in den Händen. Neu deshalb, weil sich mit dieser Ausgabe einiges verändert hat.
Nach Jahrzehnten der außerordentlich guten Zusammenarbeit mit Herrn Löffel und seiner Firma „Medien Partner“ haben wir mit dieser Ausgabe erstmalig einen neuen Partner. Die Firma „Pauli Offsetdruck“ wird ab sofort den Druck und das Layout des Vollzugsdienstes übernehmen. Dabei ist dies für die Firma Pauli nichts Neues, ist sie doch bereits seit vielen Jahren mit dem Druck der Zeitschrift unserer bayerischen Kollegen betraut.
Vielleicht habt ihr es schon bemerkt, auch das äußere Erscheinungsbild unserer Mitgliederzeitschrift hat sich gewandelt. Ziel war es, moderner und frischer zu wirken. Ob das gelungen ist, könnt ihr gerade selbst beurteilen.
Aber auch insbesondere für den Landesteil Nordrhein-Westfalen gibt es sehr große Veränderungen.

Künftig Redaktionsteam

Hat bislang Kollege Friedhelm Sanker die Verantwortung für unsere „NRW-Seiten“ innegehabt, ist nun ein Redaktionsteam, bestehend aus Mitgliedern der Landesleitung und euch, unseren Leserinnen und Lesern, verantwortlich für die Inhalte der kommenden Ausgaben.
Uns allen ist bewusst, dass wir in große Fußstapfen treten. Die NRW-Seiten werden sich verändern, inhaltlich und thematisch. Sicherlich ist es Aufgabe des „Vollzugsdienstes“ kritisch vollzugliche Themen zu beleuchten und zu kommentieren.
Das werden wir auch in Zukunft mit Engagement und Hingabe versuchen. Wir sind dabei auf eure Mitarbeit und Kommentare zu den Inhalten angewiesen. Lob und konstruktive Kritik sind gerne gesehen.
Der „Vollzugsdienst“ ist eine Mitgliederzeitschrift und deshalb soll sich unser neuer Leitsatz „von euch, für euch, mit euch“ auch hier wiederfinden. Unter der E-Mail-Adresse vollzugsdienst@bsbd-nrw.de könnt ihr ab sofort mitwirken. Schickt uns Themenvorschläge, die wir behandeln sollen. Schickt uns Artikel, die ihr verfasst habt. Nennt uns Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht schon Erfahrungen in diesem


Foto: BSBD NRW

Bereich haben und sich eine Mitarbeit vorstellen können. Kurzum, wirkt einfach mit. Dies ist eure Zeitung! Nur eins solltet ihr beachten: anonym verfasste Einsendungen jeglicher Art werden wir nicht berücksichtigen.
Apropos neuer Leitsatz. Als eine der ersten Maßnahmen hat sich die Landesleitung kurz nach dem Gewerkschaftstag mit den Ortsverbandsvorsitzenden und dem Landesvorstand zu einem zweitägigen Workshop getroffen. Ziel war es, noch näher als bislang zusammenzurücken. Solidarität und Gemeinsamkeit waren und sind die Stärken des BSBD NRW. Der Workshop sollte hierfür eine neue Basis schaffen und das „Wir-Gefühl“ neu beleben. Aus Sicht der Landesleitung, aber auch nach Teilnehmerrückmeldungen, ist dies in einem ersten Schritt gelungen. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass dies der richtige Ansatz ist. Wir werden diesen Weg weitergehen.
Die Landesleitung hat ihre Arbeit aufgenommen. Alle Mitglieder sind motiviert und engagiert zu Werke gegangen, denn es gab und gibt viel zu tun.

Neue Leitfäden

Sei es der Leitfaden für Ortsverbandsvorsitzende, der in neuer und aktueller Ausgabe erscheinen soll, der Werbeartikelkatalog, der aktualisiert werden soll oder unsere Leitfäden für Dienstanfänger. Die neue Homepage erstellt sich auch nicht von allein und die Personalratswahlen im Sommer 2024 stehen vor der Tür. Ihr seht, Langeweile wird nicht aufkommen. Wir bitten aber auch jetzt schon um Nachsicht, wenn nicht alles jetzt und sofort passiert. Die Kolleginnen und Kollegen, die damit befasst sind, erledigen dies im Ehrenamt. Das bedeutet, dass sie hauptsächlich in ihrer Freizeit für den BSBD tätig sind. Dies kann nicht hoch genug gewürdigt werden, bringt allerdings auch mit sich, dass manches etwas mehr Zeit braucht, als wünschenswert wäre. Es hat bereits einige Treffen zu diesen Themen gegeben. Wir berichten in dieser Ausgabe darüber.
Neben all diesen internen Dingen, die dringend erledigt werden müssen, steht selbstverständlich auch weiterhin die Entwicklung des Vollzuges im Sinne unserer Mitglieder im Fokus.

Mitglieder bestimmen Stärke

Eine Gewerkschaft ist immer nur so stark wie die Anzahl ihrer Mitglieder. Deshalb muss es unser gemeinsames Ziel sein, die Mitgliederzahlen weiterhin positiv zu entwickeln. Denn nur, wenn wir eine große Gruppe von Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahnen repräsentieren, hat unsere Stimme in der Landespolitik und im Ministerium der Justiz Gewicht. Die Gespräche mit der Landespolitik werden so schnell wie möglich wieder aufgenommen. Denn nur der Landtag hat die Möglichkeit, tatsächlich etwas für den Vollzug zu verbessern. Dabei stehen für uns die Entwicklung der Laufbahnen, die Aufstiegsmöglichkeiten und natürlich auch die monetäre Weiterentwicklung im Fokus.
Hier gibt es nahezu in allen Laufbahnen Verbesserungsbedarf. Die Nachwuchsgewinnung und der Fachkräftemangel sind in aller Munde. Dies allerdings nur in Sonntagsreden zu verbalisieren, aber tatsächlich keine Weiterentwicklung zu betreiben, kann auf Dauer nicht gutgehen.
Es gäbe sehr viele Beispiele, die hier angeführt werden könnten. Lasst mich hier nur das Eine oder Andere erwähnen, ohne einen Anspruch auf Vollzähligkeit zu erheben. Wie kann es sein, dass in kleineren Anstalten, in denen der Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes nach A9Z besoldet wird, der Leiter des Krankenpflegedienstes in der gleichen Anstalt durch die Pflege-

dienstzulage, die im Übrigen völlig zu Recht gezahlt wird, besser besoldet wird?
Wie kann es sein, dass wir seit über einem Jahrzehnt die Werkdienstzulage fordern, ohne auch nur einen Schritt weiter gekommen zu sein? Immer und immer wieder sprechen wir dieses Thema in der Politik an. Immer und immer wieder versichert man uns, dass man dies auch so sieht. Allerdings passiert ….nichts.
Wie kann es sein, dass uns so viele junge und bestens ausgebildete Kolleginnen und Kollegen der Laufbahngruppe 2.1, also des gehobenen Dienstes, nach kurzer Zeit in Richtung Kommune oder andere Landesverwaltungen verlassen?
Wie kann es sein, dass im Verwaltungsdienst der Laufbahngruppe 1.2 die Eingangsbesoldung immer noch bei A6 liegt und das Endamt bei A9Z?
Auch hier gab und gibt es verständnisvolles Kopfnicken in der Politik. Ihr ahnt es schon, es passiert ….nichts.

Gespräche im Landtag

Es gäbe noch einiges aufzuzählen, aber seid sicher, dass wir all dies bei unseren Gesprächen im Landtag immer wieder erwähnen werden. Bei einem unserer Gespräche fragte uns einer der teilnehmenden Landtagsabgeordneten, weshalb wir denn immer wieder die gleichen Themen besprechen wollten? Die Antwort war eindeutig: weil diese Themen immer noch nicht erledigt sind!
Wir haben uns vorgenommen, zu unseren Gesprächen im Landtag neben den Mitgliedern der Landesleitung auch immer einen Fachschaftsvertreter einzuladen. Diese Kolleginnen und Kollegen können aus eigenem Erleben die Bedarfe und Probleme ihrer jeweiligen Fachgruppe am besten beschreiben und darstellen. Außerdem hoffen wir so, noch mehr Transparenz als bislang zu schaffen.

Ihr seht also, es gibt Einiges zu tun. Wir, und damit meine ich nicht nur den Landesvorstand, sondern uns alle, sind motiviert. Lasst uns diesen Schwung nicht verlieren, sondern im Sinne all unserer Mitglieder am Ball bleiben.

Ich bin sicher, gemeinsam können wir viel bewegen!

Euer
Horst Butschinek

Autor: Horst Butschinek
(Vorsitzender BSBD NRW) ■

Neu aufgestellt in die Zukunft

Die Landesleitung des BSBD NRW stellt sich vor



Die neue Landesleitung im Gruppenbild.

Dass Horst Butschinek als neuer Vorsitzender des BSBD NRW auf Teamarbeit und Vielfalt setzt, hatte er schon auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag des BSBD NRW am 7. September 2023 im Bochumer RuhrCongress verkündet.

Entsprechend breit aufgestellt ist die neu gewählte Landesleitung nun in die kommenden vier Jahre gestartet. Mit den Kolleginnen Katja Huckenbeck, Eva Lehmann und Birgit Westhoff sowie den Kollegen Achim Hirtz und Stefan Leif besteht die Landesleitung nicht nur aus ebenso vielen Frauen wie Männern, sondern setzt sich auch aus verschiedenen Fachrichtungen zusammen. Bereits im Vorfeld seiner Wahl hatte Horst Butschinek deutlich gemacht, dass er erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit in einem gleichberechtigten Team leisten möchte, das die unterschiedlichen Berufsgruppen im Strafvollzug repräsentiert und mit Nachdruck vertreten kann.

Eva Lehmann
(stellv. Landesvorsitzende BSBD NRW)

Achim Hirtz



Achim Hirtz

Mein Name ist Achim Hirtz, ich bin 49 Jahre jung und seit dem 1. September 1998 in der JVA Münster beschäftigt. Einen Monat später bin ich dem Ortsverband Münster beigetreten und habe die ersten Jahre meiner Vollzugszeit im Abteilungsdienst der Untersuchungshaft verbracht. Ich wurde auch zeitlich befristet in der Zweiganstalt Coesfeld eingesetzt.

Nach dem Gewerkschaftstag 2007 in Münster gab es einen personellen Umbruch im Ortsverband Münster und so durfte ich bei den Neuwahlen im Jahre 2011 den Vorsitz im Ortsverband Münster übernehmen, den ich bis zum heutigen Tage noch innehabe. Bei den Personalratswahlen 2012 bin

ich dann ohne nennenswerte Erfahrung in der Personalratsarbeit zum Vorsitzenden des Gremiums in Münster gewählt worden. Die ersten Jahre waren sicherlich auch Lehrjahre, aber ich habe durch die BSBD-Gemeinschaft sehr schnell gemerkt, dass man mit einem guten Netzwerk und einer hervorragenden Teamarbeit auch vor großen Herausforderungen nicht zurückschrecken darf und auch nicht sollte. Gleichzeitig wurde ich als stellvertretender Kandidat auf die BSBD-Liste für den Hauptpersonalrat aufgestellt und durfte ab 2014 ziemlich regelmäßig an den Sitzungen des Hauptpersonalrats beim Ministerium der Justiz teilnehmen. Seit dieser Zeit bin ich ständiges Mitglied des HPR-Justizvollzug und habe dadurch schon frühzeitig sehr viel Erfahrung auch auf überörtlicher Ebene sammeln können.
In den Landesvorstand des BSBD NRW bin ich auf dem Gewerkschaftstag in Köln 2016 gewählt worden und habe mich in die Mitgliederverwaltung unseres Verbandes eingearbeitet und die Verantwortung dafür 2019 übernommen.

In meine jetzige Funktion als stellvertretender Landesvorsitzender des BSBD bin ich auf dem Gewerkschaftstag 2019 in Paderborn gewählt worden und vor kurzem in Bochum bestätigt worden. Ebenfalls seit 2019 bin ich Mitglied im Vorstand unseres Dachverbandes, dem DBB NRW, und ein Jahr später habe ich den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Justiz, einem Zusammenschluss aller Justizfachgewerkschaften, übernommen. Die AGJ NRW setzt sich für die gemeinsamen Angelegenheiten aller Justizfachgewerkschaften ein und führt hierzu regelmäßig auch Gespräche mit den rechtspolitischen Sprechern der Fraktionen im Landtag NRW. Mit diesem berühmten Blick über den Tellerrand hinaus, bringe ich oftmals auch andere Impulse in die Gewerkschaftsarbeit des BSBD NRW mit ein und das aufgebaute Netzwerk hilft speziell auch bei der Lösung von individuellen Problemen von Kolleginnen und Kollegen.

#voneuchfüreuchmiteuch ist eine gemeinsam mit zahlreichen Ortsverbänden erarbeiteter Hashtag, der schon bei der Zusammensetzung der aktuellen Landesleitung inhaltlich der wichtigste Aspekt für eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ist.
Mein Motto in den vergangenen Jahren war immer und wird immer sein: „Man kann nicht alles wissen, man muss nur wissen, wen man fragen muss“. Meine Ziele für die anstehende Amtsperiode sind, dass wir gemeinsam unsere Netzwerke zusammenfügen, ausbauen und für die Interessen unserer Mitglieder nutzen. Dass wir uns weiter gemeinsam für Verbesserungen im Umgang mit Übergriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen und das nicht nur tätliche Übergriffe erfasst und ausgewertet werden, sondern auch Beleidigungen und Bedrohungen entsprechend erfasst und geahndet werden. Wenn hierzu Zahlen vorliegen, können wir uns dafür einsetzen, mit entsprechenden Maßnahmen die Lage zu verbessern und auch die Haltungsfrage, dort wo es nötig ist, zu verändern.

Ich freue mich auf die neue Amtsperiode und blicke sehr zuversichtlich in die Zukunft, denn gemeinsam können wir den Herausforderungen des Justizvollzuges entgegentreten.

Katja Huckenbeck

Ich bin Katja Huckenbeck, 53 Jahre alt, verheiratet und Mutter von zwei inzwischen erwachsenen Kindern.



Katja Huckenbeck

In den Vollzug bin ich 1993 gerutscht, als ich auf der Suche nach einem Beruf war, der sowohl abwechslungsreich als auch sicher ist. Hier bot sich in der JVA Essen die erste Station in meinem vollzuglichen Leben.
Da ich aus einem Elternhaus stamme, in dem gewerkschaftliche Arbeit selbstverständlich gelebt wurde, war es für mich keine Frage, einer Fachgewerkschaft beizutreten. Auch hier war der BSBD die logische Anlaufstelle.
Aus familiären Gründen wechselte ich 2004 in die JVA Remscheid. Dort konnte ich auf meinem weiteren vollzuglichen Weg lernen, mit den vielfältigen Herausforderungen umzugehen. Dabei habe ich immer auch die Stärken dieses anspruchsvollen Berufsfeldes im Blick behalten. Ich bin stets motiviert und versuche diese positive Energie auch mit den Kolleginnen und Kollegen zu teilen, die manchmal hadern. Dieses Engagement geht über den beruflichen Kontext hinaus – ich setze mich aktiv in der Schwerbehindertenvertretung ein. Hier ist es mir ein großes Bedürfnis, auch aus eigenen Erfahrungen, die Belange und Rechte meiner Kolleginnen und Kollegen aufzugreifen und bei Bedarf Unterstützung zu bieten.

Meine Rolle innerhalb der BSBD-Familie sehe ich als Verpflichtung, eine positive und unterstützende Atmosphäre zu schaffen. Mein Ziel ist es, zu einer starken Gemeinschaft beizutragen, in der sich jeder respektiert und unterstützt fühlt. Hier geht es mir wie meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Landesleitung: Das Wir ist entscheidend!

Ich freue mich darauf, meine Erfahrungen und meine Leidenschaft für die Belange der Kolleginnen und Kollegen innerhalb unserer Gemeinschaft einzubringen.

Stefan Leif

Mein Name ist Stefan Leif und ich bin 56 Jahre alt. Seit 2001 bin ich im Justizvollzug tätig und dort in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes verankert.
Ich selbst würde mich als einen sozialen Menschen beschreiben, der sich gerne für die Belange seiner Mitmenschen einsetzt.
Daher erscheint es mir im Nachhinein folgerichtig, dass mein gewerkschaftliches Leben gleich zu Anfang seine Wurzeln bei unserer sozialen Gemeinschaft, dem BSBD, gefunden hat.



Stefan Leif

Über die Liste des BSBD OV Rheinbach durfte ich im Jahr 2004 mit der Personalratsarbeit beginnen. Im Laufe der Jahre wurde ich dort stellvertretender Vorsitzender und 2012 Vorsitzender dieses Gremiums.
Weitere Personalratsarbeit leiste ich seit 2018 im Hauptpersonalrat Justizvollzug im Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen.
Verantwortlich gewerkschaftlich tätig wurde ich im Jahr 2006 in der Rolle des stellvertretenden Ortsverbandsvorsitzenden. Das Amt des Ortsverbandvorsitzenden hatte ich dort von 2008 bis 2022 inne.
Im Jahr 2012 wurde ich Teil des Vorstandes des Sozialwerk BSBD NRW und bin seit 2016 dessen Vorsitzender.

Beim Gewerkschaftstag 2020 wurde ich zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden unseres Landesverbandes gewählt und beim Gewerkschaftstag im September 2023 in diesem Amt bestätigt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Ansichten, Ideen, Forderungen und auch Probleme nur durch mitgliederstarke Fachgewerkschaften, wie der BSBD eine ist, in die Politik und damit auch in die Gesellschaft transportiert werden können.
Insbesondere in unserem Berufsstand halte ich dies für unerlässlich. Sind wir häufig doch nur dann im öffentlichen Leben ein Thema, wenn etwas nicht ganz so optimal gelaufen ist. Unser Dienst an der Gesellschaft geht weit über die sichere Unterbringung inhaftierter Menschen hinaus. Viel weitreichender ist doch die Aufgabe durch Behandlung weitere Straftaten zu verhindern und somit die Gesellschaft auch nach der Haftentlassung vor erneuten Straftaten zu schützen. Dies in die Öffentlichkeit zu transportieren ist mein Ziel. Nur so können wir, aus meiner Sicht, gemeinsam mehr erreichen. Dabei spielt das „Wir“ für mich eine besondere Rolle.

Durch meine Tätigkeit als Seminarleiter des BSBD NRW habe ich ständigen Kontakt zu einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen aus allen Anstalten des Landes. Dies macht mir auch deshalb viel Freude, weil ich dort die Möglichkeit habe, mich über alle Ebenen hinweg auszutauschen. In vielen dort geführten Gesprächen sind Probleme aufgezeigt und gleichzeitig viele Lösungsmöglichkeiten erarbeitet worden. Dort, wo ich um Rat gefragt werde, bin ich gerne bereit mein Möglichstes zu tun, um an einer Lösung mitzuarbeiten.

Ich freue mich auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit im Kreis der BSBD Vollzugsfamilie.

#voneuchfüreuchmiteuch… dieses Motto spiegelt meine Motivation komplett wieder!

Eva Lehmann

Auch ich möchte mich kurz denjenigen vorstellen, die mich noch nicht näher kennen. Mein Name ist Eva Lehmann und ich bin seit mehr als 15 Jahren im Sozialdienst der JVA Bochum tätig.



Eva Lehmann

Angefangen hat alles mit einem Praktikum im Rahmen meines Studiums der Sozialwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Nach Beendigung meines Studiums und nach einem kurzen Abstecher in den offenen Vollzug der JVA Bochum-Langendreer konnte ich recht schnell in Vollzeit im geschlossenen Vollzug der Krümmede starten.

Als Sozialwissenschaftlerin war ich allerdings ein Sonderling, der zwar schnell eingestellt war, aber erst nach Jahren verbeamtet wurde. Lange war ich also als Tarifbeschäftigte im Vollzug unterwegs. Das änderte sich erst, als ich das Glück hatte, auf einen Verwaltungsleiter zu treffen, der sich nicht mit der erstbesten Antwort des Systems zufriedengeben wollte.
Wenn ich jedoch im beruflichen Alltag nicht auf die Schützenhilfe altgedienter Kolleginnen und Kollegen hätte zählen können, wäre mein Weg im Vollzug sicher auch schnell wieder beendet gewesen. Ungeschriebene Gesetze und die Praxis des Vollzuges lernt man eben an keiner Schule und auch nicht an der Uni!

Ich habe selbst erfahren, wie wichtig es ist, sich innerhalb der Belegschaft füreinander einzusetzen und was Engagement und Zusammenhalt bewirken können. Dass Gewerkschaftsarbeit und Personalratsarbeit bedeuten, die Lebens- und Arbeitswelt aktiv mitzugestalten, habe ich auch bei meinem Vater schon miterleben können. Keine Frage also, dass ich dem BSBD beitrat und erste Gehversuche im Ortsverband unternahm. Mittlerweile bin ich stellvertretende Vorsitzende des BSBD Ortsverbands Bochum sowie stellvertretende Personalratsvorsitzende und froh, mich dort in tollen Teams für unseren Vollzug einsetzen zu können.

Auf dem Gewerkschaftstag des BSBD bin ich nun zu einer der Stellvertretungen unseres neuen Vorsitzenden Horst Butschinek in den Landesvorstand des BSBD NRW gewählt worden und Ansprechpartnerin für unsere Jugendvertretungen sowie für die Fachschaft des gehobenen Dienstes.

Es braucht gemeinsames Engagement, um unsere Anwärterinnen, Anwärter und Auszubildenden beim Start in die Herausforderungen unseres vollzuglichen Alltags tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Nachwuchskräfte brauchen im beruflichen Alltag erfahrene Ratgeber. Es braucht Vorbilder, Möglichkeiten zum kollegialen Austausch, Erprobungsfelder und Rückmeldungen!

Erste Ideen zur Ausrichtung der Jugendarbeit des BSBD NRW haben wir bereits am 8. Dezember 2023 bei einem Treffen in der Düsseldorfer Geschäftsstelle erarbeiten können. Eingeladen waren Mitglieder der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung, die Bezirksjugendsprecherinnen und Bezirksjugendsprecher sowie Katharina Archipow – die als Landesjugendsprecherin auch als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand mitarbeitet.

Wir wollen und werden der Jugend eine Stimme geben! Über unseren engagierten Nachwuchs und Inhalte des ersten Zusammentreffens mit der BSBD Jugend erfahrt ihr daher auf den nächsten Seiten schon mehr!

Unser Vollzug ist vielfältig und lebt von interdisziplinärer Zusammenarbeit mit gemeinsamen Aufträgen und Zielen. Umso wichtiger erscheint es mir, allen Berufsgruppen gerecht zu werden.

Mein dienstlicher Alltag macht mir immer wieder klar, warum es sich lohnt, für Verbesserungen zu kämpfen. Obwohl wir es im Vollzug täglich mit großen Herausforderungen zu tun haben, der Arbeitsdruck steigt und Belastungen zunehmen, so halten wir durch unseren Zusammenhalt doch den Laden am Laufen. Das verdient nicht nur Anerkennung und Wertschätzung, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlohnung.

Ich bin überzeugt davon, dass gute Gewerkschaftsarbeit immer nur im Team gelingen kann, der kleine Dienstweg häufig schneller zum Ziel führt und sich die Vielfalt unserer Vollzugslandschaft widerspiegeln muss.

Also: auf gute Zusammenarbeit, für Vielfalt und Zusammenhalt oder einfach:
#voneuchfüreuchmiteuch

Birgit Westhoff

Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich an dieser Stelle kurz vorzustellen:
Mein Name ist Birgit Westhoff. Ich bin 59 Jahre, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder.



Birgit Westhoff

Im Justizvollzug unseres Landes bin ich seit 34 Jahren tätig. Als Verwaltungsbeamtin gehöre ich dem Verwaltungsdienst der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (ehemals mittlerer Verwaltungsdienst) an.
Meine ersten Erfahrungen in der Verwaltung einer Justizvollzugseinrichtung habe ich als tarifbeschäftigte Mitarbeiterin sammeln können. Nach einer zweijährigen Tätigkeit habe ich mich schließlich entschieden, in das Beamtenverhältnis zu wechseln und die Ausbildung in der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt für den allgemeinen Verwaltungsdienst bei Justizvollzugsanstalten zu absolvieren.

Meine Stammdienststelle war zu diesem Zeitpunkt die Justizvollzugsanstalt Moers Kapellen, in der mir schließlich die Leitung der Vollzugsgeschäftsstelle übertragen wurde.
Neben meiner dienstlichen Verwendung bin ich in dieser Einrichtung zur Vorsitzenden des örtlichen Gremiums gewählt worden. Diese Aufgabe habe ich neben meiner weiteren ehrenamtlichen Tätigkeit als BSBD-Ortsverbandsvorsitzende bis 2020 wahrgenommen.
Meinen gewerkschaftlichen Erfahrungsschatz konnte ich als stellvertretende Bezirkssprecherin im Bezirk West des BSBD-Landesverbandes NRW weiter deutlich ausweiten. Schließlich wurde ich im Jahr 2019 auf dem Gewerkschaftstag in Paderborn zu einer der stellvertretenden Landesvorsitzenden des BSBD NRW gewählt. Über das mir entgegengebrachte Vertrauen habe ich mich an dieser Stelle nicht nur sehr gefreut, vielmehr hat es mich in meiner gewerkschaftlichen Aufgabenwahrnehmung gestärkt.

Mein Aufgabengebiet in der damaligen Landesleitung umfasste die Interessenvertretung der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen in unserem Verband. Darüber hinaus wurde mir nach Anpassung der Verantwortlichkeiten der Landesleitung die Zuständigkeit in Fragen der Frauenvertretung übertragen. Diesen beiden Aufgabenbereichen habe ich mich in der Folgezeit mit großem Engagement gewidmet, damit die betroffenen Kolleginnen und Kollegen größtmögliche Unterstützung in allen gewerkschaftlichen Problemfeldern erfahren konnten.
Im Zuge der Personalratswahlen bin ich im Jahr 2020 in den Hauptpersonalrat Justizvollzug beim Ministerium der Justiz in Düsseldorf als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden. Hier bringe ich seither nicht nur meine bereits gesammelten Erfahrungen im Tarifrecht ein, sondern lasse auf diese Weise auch gewerkschaftliche Sichtweisen in die Personalratsarbeit einer Stufenvertretung mit einfließen.

Schließlich habe ich mich auf dem Gewerkschaftstag im September 2023 in Bochum erfolgreich der Wahl einer der Stellvertretenden Vorsitzenden in der Landesleitung gestellt. Insoweit werde ich mein bereits erworbenes Wissen auch weiterhin für die Tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Dabei kommt mir meine Tätigkeit als Mitglied in der Tarifkommission bei unserem Dachverband, dem DBB NRW, an dieser Stelle sehr entgegen.
Aber auch die Präsenz unserer neu gewählten Landesfrauenvertretung beim DBB NRW ist für mich ein wichtiger gewerkschaftlicher Baustein der beruflichen Fortentwicklung unserer Kolleginnen im Justizvollzug.

Als Angehörige der Fachschaft „mittlerer Verwaltungsdienst“ liegt mir diese Laufbahn selbstverständlich besonders am Herzen. In Anbetracht des Fachkräftemangels muss die Weiterentwicklung und die Attraktivität dieser Laufbahn nicht nur aus gewerkschaftlicher Sicht einen hohen Stellenwert erfahren.

Es macht mir Spaß, mich weiterhin für alle Kolleginnen und Kollegen unseres Berufsverbandes zu engagieren getreu dem Motto #voneuchfüreuchmiteuch ■

Fotos (6): BSBD NRW



Die BSBD Jugend NRW stellt sich vor

Neue Bezirksjugendsprecher gewählt

Auf den Gewerkschaftstagen am 7. und 8. September 2023 wurden in Bochum die neuen Bezirksjugendsprecher der BSBD Jugend gewählt. Anfang Dezember folgten sie dann der Einladung der Landesleitung in die Geschäftsstelle nach Düsseldorf für ein erstes Kennenlernen zum Start in die gemeinsame Arbeit.

Wer sind wir? Wir kommen aus Euren Reihen – aus dem Allgemeinen Vollzugsdienst. Wir arbeiten täglich auf der Abteilung, auf der Kammer, im Krankenpflegedienst, in den Arbeitsbetrieben, in der Verwaltung oder in den Wohngruppen. Wir sind nah dran an den Fallstricken und Konflikten im Vollzugsalltag.

Was machen wir? Jeder Einzelne von uns ist bereits seit längerem in den Ortsverbänden organisiert. Ab sofort setzen wir uns als Bezirksjugendsprecher überregional und fachschaftsübergreifend für die Belange der jungen Bediensteten und Anwärter ein. Dazu treffen wir uns mehrmals im Jahr in der Geschäftsstelle des BSBD NRW und besprechen dringliche, bekannte, aber auch neu aufkommende Themen. Die enge Zusammenarbeit mit der (Haupt-)Jugendausbildungsvertretung geht damit einher. Die Themen werden nach Prioritäten geordnet, in Arbeitsgruppen verteilt oder gemeinschaftlich bearbeitet und vorangetrieben. Weitere Themenfelder wie beispielsweise: „Was sind Maßnahmen für eine zielgerichtete und effektive Nachwuchsgewinnung?“ oder „Welche Veranstaltungen können insbesondere für die Dienstanfänger und jungen Kolleginnen und Kollegen interessant sein, um ein Netzwerk und einen gemeinsamen Austausch zu schaffen?“

Der Auftakt der Zusammenarbeit

In einem ersten Zusammentreffen der neu gebildeten BSBD Jugend mit der Hauptjugendausbildungsvertretung und Horst Butschinek (Vorsitzender BSBD NRW) sowie Eva Lehmann (stellv. Vorsitzende BSBD NRW und Ansprechpartnerin der BSBD Jugend) als Vertreter der Landesleitung wurden wichtige Meilensteine für das Jahr 2024 gelegt. Ganz oben auf der Agenda stehen dabei der enge Informationsaustausch mit den Jugendsprechern der Ortsverbände, die Ausgestaltung von Informationsbroschüren für Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger und die Mitwirkung am Social Media-Auftritt.

Ziel ist es, unsere Mitglieder bestmöglich über die Jugendarbeit zu informieren, indem wir Transparenz und Aktualität schaffen. In Zeiten von Social Media sollte es ein Leichtes sein, einen Austausch ohne große bürokratische Hürden zu erreichen.

Nach einem ausführlichen Brainstorming wurde die Ausrichtung unserer Jugendarbeit festgelegt. Im ersten Schritt wurden Arbeitsgruppen gebildet, die die bestehende Informationsbroschüre für zukünftige Anwärterinnen und Anwärter überarbeiten. Herausgekommen ist die Idee der „Guidelines – Dein Weg durchs Gefängnis“. Dort werden die wichtigsten Fragen kurz und knapp auf den Punkt gebracht und beantwortet. Wer kennt es nicht? Besonders in der Anfangszeit findet man sich in den behördlichen Strukturen noch nicht zurecht. Was haben wir uns in den ersten Monaten im Strafvollzug für Fragen gestellt? Wie genau läuft’s mit Beihilfe-Anträgen, der Private Krankenversicherung, den Beurteilungen und Leistungseinschätzungen? Und wie war das noch mit Nebentätigkeiten? Bis die neuen Anwärterinnen und Anwärter im Sommer ihren Dienst antreten, soll die Broschüre fertiggestellt sein. Damit wollen wir bei den ersten Hürden im Vollzugsalltag helfen.

In Zeiten der personellen Umstrukturierung des Landesverbandes wollen auch wir frischen Wind in die Gewerkschaftsarbeit bringen. Jünger, innovativer, näher dran an unseren jungen Kolleginnen und Kollegen, um deren Wünsche und Bedürfnisse bestmöglich vertreten zu können.

Auf eine gute Zusammenarbeit!
#voneuchfuereuchmiteuch
Eure BSBD-Jugend

Autor: Matt Krahl (Bezirkssprecher BSBD NRW Jugend Bezirk West) ■

Fotos (4): BSBD NRW

Die BSBD Jugend stellt sich namentlich vor:



Katharina Archipow
(Bezirk Ost) Justizvollzugsanstalt Münster - AVD
„Ich möchte heute etwas bewirken, was in Zukunft Relevanz hat!“



Tobias Steimer
(Bezirk Süd) Justizvollzugsanstalt Heinsberg - AVD (Haus der intensivpädagogischen Betreuung)
„Nichtstun hilft auch nicht!“



Laura Schmidt
(Bezirk Mitte) Justizvollzugsanstalt Hagen - AVD
„Nicht quatschen. MACHEN.“



Matt Krahl
(Bezirk West) Justizvollzugsanstalt Moers-Kapellen - AVD
„Du bist erst gescheitert, wenn du aufhörst, es zu versuchen.“

Neue Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung

Überörtliches Personalvertretungsorgan beim Justizministerium stellt sich vor

Ihr habt uns gewählt - Wir danken Euch! Nun wollt Ihr mit Sicherheit wissen, wer die Leute sind, die ihr gewählt habt und was überhaupt ihre Aufgaben sind.

Neben dem Hauptpersonalrat gibt es noch uns, die HJAV, als überörtliches Personalvertretungsorgan. Unsere Anträge stellen wir über den Hauptpersonalrat und arbeiten generell eng mit ihm zusammen. Dadurch können wir viele Dinge "auf dem kurzen Dienstweg" erledigen. Auch alle Vorhaben und Projekte werden regelmäßig mit Mitgliedern des Hauptpersonalrats besprochen.
Wir können also Eure Meinungen oder Anliegen direkt im Hauptpersonalrat vortragen und unterstützen.

Wen vertreten wir?

Wir vertreten Auszubildende, Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter sowie Praktikantinnen und Praktikanten, wie auch alle weiteren Behördenangehörigen unter 18 Jahren.

Was machen wir?

Wir wachen darüber, dass die Euch betreffenden Vorschriften und Tarifverträge von den Ausbildenden eingehalten werden. Wir nehmen an den Sitzungen des Hauptpersonalrates teil und besprechen Eure Interessen und Belange in den Vierteljahresgesprächen mit dem Minister der Justiz des Landes. Zu unseren Aufgaben gehört auch, uns darum zu kümmern, dass die Ausbildungsqualität gesichert und weiterentwickelt wird. Man könnte uns also als „Sprachrohr“ bezeichnen. Habt ihr Verbesserungsvorschläge oder brennt euch etwas auf der Seele? Dann meldet Euch gerne bei uns!

Wie und wann könnt Ihr uns erreichen?

Ihr könnt uns jederzeit telefonisch oder per E-Mail kontaktieren. Teilt uns gerne Eure Sorgen und Belange mit oder gebt uns Anregungen.

Autorin: Anika Schröder
(Vorsitzende HJAV NRW) ■

Fotos (6): BSBD NRW



Julian Vieten
Justizvollzugsanstalt Heinsberg, AVD

„Durch ein gutes Vorbild und einen respektvollen Umgang zu resozialisieren ist mein tägliches Ziel."



Anika Schröder
(Vorsitzende)
Justizvollzugsanstalt Münster,
AVD-Krankenpflegedienst

„Jeder Einzelne ist ein Tropfen, gemeinsam sind wir ein Meer.“



Jason Claßen
(stellv. Vorsitzender)
Justizvollzugsanstalt Aachen, AVD

„Resozialisierung und Sicherheit - Der Weg ist das Vollzugsziel!“



Phillipp Klabes
Justizvollzugsanstalt Münster, AVD

„Die konsequente Verfolgung der Vollzugsziele ist untrennbar mit der Schaffung optimaler Arbeitsbedingungen für die Bediensteten verbunden. Das ist eine Mission, der ich mit entschiedener Hingabe gewidmet bin.“





Anastasia Paul
Justizvollzugsanstalt Düsseldorf, AVD

„Mein Ziel ist es, den Menschen zu helfen, ein geordnetes Leben zu führen. Da kann ich mich wirklich als Person einbringen und aus jedem das Beste herausholen. Und wenn ich ihnen an der Stelle durch meine Arbeit eine Chance bieten kann, sich neu zu beweisen, dann ist das schon ein erfüllender Beruf.“

Anerkennung und Dank für herausragendes Engagement

Nach 38 Jahren schreibend im Ehrenamt übergibt Friedhelm Sanker die Verantwortung für den „Vollzugsdienst“

Mit Veröffentlichung der letzten Ausgabe der Mitgliederzeitschrift im Jahr 2023 endete nach 38 Jahren eine Ära im BSBD NRW. Friedhelm Sanker war Herzstück der Redaktion und hat mit überwältigendem Engagement die Verantwortung für über 200 Ausgaben getragen.

Mit feinem Gespür für relevante Themen und unerschütterlichem Streben nach journalistischer Qualität hat Friedhelm Sanker den nordrhein-westfälischen Teil der Mitgliederzeitung zu einer Quelle informativer, unterhaltsamer und inspirierender Inhalte gemacht. Dabei reichte sein Einsatz weit über die bloße Redaktionsarbeit hinaus. Friedhelm Sanker hat eine Plattform geschaffen, die die Vielfalt unseres Verbandes widerspiegelt und verbindet.
Friedhelm Sanker wollte den Vollzugsdienst an die Landtagsabgeordneten bringen. Und das ist ihm gelungen! Der „Vollzugsdienst“ wird nicht nur von unseren Mitgliedern gelesen, sondern ist auch eine beliebte Lektüre im Landtag und im Ministerium der Justiz. So hat Friedhelm Sanker unserer Fachgewerkschaft über Legislaturperioden hinweg eine Stimme verliehen.
Der BSBD NRW dankt Friedhelm Sanker von Herzen für seinen jahrzehntelangen Einsatz und seine vielen wertvollen Tipps, die er den Mitgliedern der Landesleitung des BSBD NRW im Rahmen der Übergabe am 15. Dezember 2023 in der Düsseldorfer Geschäftsstelle hat zuteilwerden lassen.

Eine beachtliche Vollzugskarriere

Am 1. April 1968 trat Friedhelm Sanker in den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst bei der JVA Herford ein. Nach erfolgreich absolvierter Laufbahnprüfung war er zunächst bei der JVA Essen tätig, um dann 1972 „heimatnah“ in die Jugendstrafvollzugsanstalt in Herford versetzt zu werden. Dort wurde er 1994 zum Verwaltungsleiter und stellvertretenden Anstaltsleiter bestellt, 2002 erfolgte seine Übernahme in den höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst unter gleichzeitiger Ernennung zum Regierungsrat. Von 2005 bis 2006 war er mit der kommissarischen Leitung der JVA Detmold betraut. Nach einer kurzen Rückkehr in die JVA Herford wurde er 2008 als stellvertretender Leiter der JVA Bielefeld-Senne tätig. 2014 erfolgte seine Versetzung von dort in den Ruhestand.


Foto: BSBD NRW

Friedhelm Sanker und sein rasanter Aufstieg im BSBD

Von 1976 bis 1981 war Friedhelm Sanker stellvertretender Vorsitzender des BSBD-Ortsverbandes Herford, bis 1986 war er sodann als Vorsitzender für den Ortsverband tätig. 1985 wurde er zum stellvertretenden Landesvorsitzenden in NRW gewählt und nur ein Jahr später erfolgte seine Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden.
1995 übernahm Friedhelm Sanker die Verantwortung und volle Redaktionsarbeit für den nordrhein-westfälischen Landesteil im „Vollzugsdienst“.

Friedhelm Sanker wirkte nicht nur ehrenamtlich in der Gewerkschaftsarbeit, sondern engagierte sich auch als ehrenamtlicher Richter und in Schulpflegschaften. Für die im Ehrenamt wahrgenommenen Aufgaben und Funktionen wurde ihm im Jahr 2003 durch den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Einen Friedhelm Sanker gibt es nicht ohne Ehrenamt!

Friedhelm Sanker ist als Gründungsvorsitzender einer der Initiatoren des Vereins MG Minerva. Als Betroffener hat er es sich zur Aufgabe gemacht, verständliche und patientengerechte Beratungs- und Aufklärungsarbeit zu chronischen Erkrankungen im Internet zu leisten. Auf der Homepage www.mg-minerva.de finden sich nicht nur umfangreiche und verständlich aufbereitete Informationen, sondern dort bietet sich Betroffenen und Angehörigen auch die Chance der Vernetzung. Ob auf der Suche nach Erläuterungen, Rat, Unterstützung oder Zuspruch. Friedhelm Sanker kennt die Problemlagen aus eigener Erfahrung und bietet mit dem Verein unkompliziert Hilfe.
„Wir möchten (...) medizinische Beratung und erprobte Bewältigungsstrategien für alle denkbaren Problemstellungen in patientengerechter Sprache barrierefrei transferieren und dabei in besonderer Weise die unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Krankheit berücksichtigen. (...)

Wir möchten die Basis für den aufgeklärten chronisch erkrankten Menschen legen, der das Ziel haben sollte, Spezialist und Experte in eigener Sache zu sein. Die Betroffenen sollen in die Lage versetzt werden, auf Augenhöhe mit den Ärzten den besten individuellen Weg der Krankheitsbewältigung zu entwickeln. Sie sollen zudem befähigt werden, ihr privates Umfeld und die Krankheit in eine positive Lebensplanung zu integrieren. (...)“

www.mg-minerva.de

Und auch hier kommt Friedhelm Sanker sein Schreibtalent zugute. Ist doch das Internet heute das verbindende Medium und ein Ort der unmittelbaren Kommunikation.
Der für jeden Interessierten zugängliche Ratgeber ist eine Sammlung von sachdienlichen Informationen. Er enthält wertvolle Tipps zur persönlichen Unterstützung und zu einschlägigen Rechtsfragen.

Wir – der BSBD NRW – möchten die Lebensleistungen von Friedhelm Sanker nicht nur wortreich würdigen, sondern auch sein Wirken aktiv fördern.
Gespendet werden kann an den gemeinnützigen Verein „MG Minerva e.V.“ auf das Konto:

Kontonummer: 13 888
Bankleitzahl: 49 450 120
IBAN: DE43 49450120 0000013888
BIC: WLAHDE44XXX
Sparkasse Herford

Autorin: Eva Lehmann
(stellv. Vorsitzende BSBD NRW) ■

#VON EUCH, FÜR EUCH, MIT EUCH

Strategie-Workshop als gelungener Auftakt in die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit

Eine erste Möglichkeit zur aktiven Teilhabe an der gewerkschaftlichen Arbeit bot sich vom 24. bis 25. November 2023 im Mercure Hotel in Hagen. Der ersten Einladung der neuen Landesleitung des BSBD NRW zur Teilnahme an einem Strategieworkshop folgten zahlreiche Ortsverbandsvorsitzende.



Foto: BSBD NRW

Die Veranstaltung bot nicht nur Möglichkeiten zum Austausch und Kennenlernen, sondern auch die Chance, die inhaltliche Ausrichtung der gewerkschaftlichen Arbeit mitzugestalten.
Schnell wurde deutlich: Transparenz, Teamwork und (digitale) Modernisierung gehören auf die gemeinsame Agenda!

Was in Hagen seinen Ursprung nahm, bringt es auf den Punkt:
#voneuchfüreuchmiteuch

Dieser neu erdachte Hashtag soll zukünftig nicht nur in den sozialen Medien die Schlagwortsuche erleichtern, sondern für das stehen, was Gewerkschaftsarbeit auszeichnet: von der Basis, für die Basis, mit der Basis!

In verschiedenen Arbeitsgruppen widmeten sich die Teilnehmer aktuellen Gewerkschaftsthemen. Ideen zur Ausgestaltung der anstehenden Personalratswahlen wurden ebenso gesammelt wie die Erwartungen an moderne Gewerkschaftsarbeit und an die verschiedenen Mandatsträger innerhalb unserer Fachgewerkschaft.
Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen bieten nun eine gute Grundlage, um unseren BSBD NRW mitgliedernah noch erfolgreicher werden zu lassen. Zur Fortführung der aufgenommenen Arbeit ist nun für Anfang des Jahres die Einrichtung eines regelmäßigen „Online-Stammtischs“ vorgesehen.

Eva Lehmann
(stellv. Vorsitzende BSBD NRW) ■

Wichtiges Ehrenamt Schwerbehindertenvertretung

Alle mitnehmen, keinen auf dem gemeinsamen Weg vergessen…

In Zeiten des anhaltenden Personalmangels ist es von entscheidender Bedeutung, uns für die Belange aller Menschen einzusetzen. In diesem Beitrag möchte ich auf ein besonders wichtiges Thema eingehen, das uns alle betrifft: unser Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund von gesundheitlichen Herausforderungen möglicherweise nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit erbringen können.

Die örtlichen und überörtlichen Schwerbehindertenvertretungen haben es sich zur Verpflichtung gemacht sicherzustellen, dass niemand in unserer Gemeinschaft aufgrund von Einschränkungen, sichtbare und nicht sichtbare, an den Rand gedrängt wird. Insbesondere in Zeiten von Personalmangel müssen wir gemeinsam einen Weg finden, wie wir auch die Kolleginnen und Kollegen mit besonderen Bedürfnissen in den Berufsalltag einbinden können. Wenn wir eine inklusive Arbeitsumgebung schaffen, in der jeder Einzelne – unabhängig von etwaigen Einschränkungen – seine Fähigkeiten und Stärken einbringen kann, profitieren wir alle davon. Eine Unterstützung der Schwerbehindertenvertretungen, die diese Aufgabe im Ehrenamt ausüben, muss daher in unser aller Interesse sein.

Die Zusammenarbeit aller in unseren Einrichtungen Tätigen hat viele Auswirkungen sowohl für die Betroffenen als auch für die Vorgesetzten. Die rechtlichen Vorgaben sicherzustellen, flexible Arbeitsmodelle zu finden, Aufklärung zu betreiben, beraten und unterstützen, Förderung der Vielfalt und Inklusion sind nur einige der Aufgabengebiete, die von unseren engagierten Schwerbehindertenvertretungen – gerne in Zusammenarbeit mit der Dienststelle – geleistet werden.
Es ist üblich, dass die meisten Menschen gesund in das Berufsleben starten. Gesundheit spielt aber während des gesamten Lebens eine bedeutende Rolle. Es können im Laufe der Zeit verschiedene Faktoren auftreten, die diesen Zustand verändern können.

Es kann jeden treffen!
Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.

Autorin: Katja Huckenbeck
(Stellvertretende Vorsitzende BSBD NRW) ■

Unzählige Streiks und Demonstrationen führten zu Kompromiss

Dritte Runde der Tarifverhandlungen bringt Ergebnis

Auch wenn eine einzelne Tarifrunde nicht die Versäumnisse der letzten Jahre ausgleichen kann, so tragen die getroffenen Vereinbarungen doch dazu bei, die seit vielen Monaten gestiegenen Preise abzufedern und mit dem Verhandlungsergebnis für Bund und Kommunen gleichzuziehen. Aus Sicht des BSBD NRW ist der aktuelle Abschluss mit Blick auf die angespannte Haushaltslage als ordentlicher Tarifkompromiss zu betrachten.



Trotz dieser tragfähigen Einigung wird jedoch auch zukünftig druckvoller gewerkschaftlicher Einsatz nötig sein, um den berechtigten Interessen der Tarifbeschäftigten Gewicht zu verleihen. Um Beschäftigte im Landesdienst zu halten oder überhaupt erst dorthin zu locken, muss der öffentliche Dienst kontinuierlich an Attraktivität gewinnen!

Dass Blockaden der Arbeitgeberseite nur durch ausdauernden Zusammenhalt der Arbeitnehmer abzubauen sind, hat sich während der zähen Tarifverhandlungen deutlich gezeigt.
Allein bei der Großdemonstration in Düsseldorf waren fast 800 Mitglieder des BSBD NRW lautstark vertreten. So zeigt sich, dass der Vollzug zusammenhält.

BSBD-Vorsitzender Horst Butschinek äußerte sich wie folgt: „Das erklärte Ziel der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist gewesen, deutlich unter diesem Abschluss zu bleiben. Dass die Arbeitgeber dieses Ziel aufgeben mussten, ist das Ergebnis von Zehntausenden von Kolleginnen und Kollegen, die mit Warnstreiks und Demonstrationen den erforderlichen Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt haben. Dafür danke ich allen Vollzugsbediensteten, die sich so zahlreich an diesen Aktionen beteiligt haben“.

Tarifergebnis auch für Beamte und Versorgungsempfänger

Die Einigung in den Tarifverhandlungen der Länder vom 9. Dezember 2023 wird auf Beamtinnen und Beamte bzw. Richterinnen und Richter übertragen.
Das Gleiche gilt für den Tarifvertrag über Sonderzahlungen zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise. Die Anspruchsberechtigten erhalten im Januar 2024 somit zunächst einmalig einen Betrag von 1.800 Euro. Für die Monate Januar bis Oktober 2024 sind zudem Zahlungen in Höhe von 120 Euro monatlich vorgesehen.
Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude: „Die deutliche Ansage und Positionierung der Landesregierung zur 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich sehen wir als wichtiges Zeichen und Ausdruck der Wertschätzung aller Landesbeschäftigten sowie der Lebensleistung der pensionierten Kolleginnen und Kollegen.“ Versorgungsempfängerinnen und -empfängern werden die jeweiligen Beträge in Abhängigkeit des jeweils maßgeblichen Ruhegehalts- und Anteilssatzes gewährt (entsprechend des Gesetzentwurfs des Bundes zur Umsetzung des TVöD).

Roland Staude: „Die anteilige Auszahlung der Inflationsausgleichspauschale für Versorgungsempfänger ist für den DBB NRW zwar nicht der Idealfall, jedoch unseren Mitgliedern durchaus vermittelbar.“ Empfängerinnen und Empfänger von Anwärterbezügen und Unterhaltsbeihilfen erhalten Sonderzahlungen in Höhe von einmalig 1.000 Euro und im Zeitraum von Januar bis Oktober 2024 in Höhe von monatlich 50 Euro.

Stefan Leif (stellv. Landesvorsitzender) / Eva Lehmann (stellvertretende Landesvorsitzende) ■

Fotos (3): BSBD NRW





Herausforderungen und Perspektiven

Psychiatrisch Intensivierte Behandlung (PIB) in Nordrhein-Westfalen

Im August 2021 erließ das Ministerium der Justiz in Nordrhein-Westfalen einen wegweisenden Erlass zur Einführung der „Psychiatrisch Intensivierten Behandlung" (PIB) in sämtlichen Anstalten des Landes. Dies umfasste die Einrichtung von PIB-Beauftragten, erfahrene Pflegefachkräfte, die sich um die psychiatrische Intensivbehandlung der Insassen kümmern sollten.

Das Vorhaben wurde mit einem eigens konzipierten Curriculum unterstützt, das vier Schulungen zu zwei Tagen für die PIB-Beauftragten beinhaltete. Diese Schulungen deckten verschiedene psychische Störungsbilder, rechtliche Grundlagen und Psychohygiene ab. Ein ehrgeiziges Unterfangen, bedenkt man, dass 36 Anstalten in NRW solche Beauftragte implementieren sollten.



Kevin Schüpp

Die Kernaufgabe der PIB-Beauftragten besteht in der Organisation der genutzten Module und der Vermittlung zwischen verschiedenen Instanzen wie AVD, Fachdiensten, Anstaltsleitung und dem medizinischen Dienst. Doch bereits hier stoßen sie auf erste Probleme, da Anstalten unterschiedliche Ressourcen und Angebote haben. Ein zentrales Problem ist der Mangel an Räumlichkeiten und externem Personal für die Therapiemaßnahmen. Einige Anstalten bieten Musiktherapie an, während andere mit Programmen wie COGPACK® arbeiten. Der Bedarf an PIB-Beauftragten ist hoch. Jedoch sind nur wenige Stellen geschaffen worden und lediglich ein paar wenige Anstalten haben bisher eine unbefristete Stelle erhalten.
Ein weiteres Dilemma zeigt sich in der begrenzten Dauer der Stellen. Anstalten wie die JVA Bochum haben ab 2024 offiziell keine Stelle mehr für den PIB-Beauftragten, obwohl die Aufgaben einen vollen Stellenanteil erfordern.



Die Zuständigkeit der PIB-Beauftragten liegt beim medizinischen Dienst, der jedoch selbst mit Problemen zu kämpfen hat. Die Beauftragten sollen ihre Aufgaben nebenher erledigen und weiterhin ambulante Dienste übernehmen. Dies führt zu Konflikten, da sie nicht ausreichend von anderen medizinischen Tätigkeiten freigestellt sind, was eine professionelle Beziehungsarbeit mit den Gefangenen beeinträchtigt.
Insgesamt bleibt die Umsetzung der PIB in NRW eine komplexe Herausforderung, die eine sorgfältige Ressourcenallokation und eine nachhaltige Personalpolitik erfordert, um den therapeutischen Bedürfnissen psychisch auffälliger Gefangener gerecht zu werden.

Das Ministerium der Justiz muss in diesem Fall eindeutig Handlungsbedarf nachweisen. Um der stetig wachsenden Herausforderung hinsichtlich der Behandlung psychisch auffälliger Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten gerecht werden zu können, bedarf es personeller Ressourcen, gesicherter Stellenanteile für die PIB-Beauftragten und sachlicher sowie finanzieller Mittel. Fehlen hingegen Mittel und Möglichkeiten, wird das Konzept des Ministeriums der Justiz in den Justizvollzugsanstalten nicht gewinnbringend umgesetzt werden können.

Eins zeigt das PIB-Programm in den Anstalten ganz deutlich: Die Maßnahmen, die durch die PIB-Beauftragten erschaffen wurden und umgesetzt werden, führen zu einer verbesserten Versorgung und helfen psychisch erkrankten Insassen. Ebenso helfen die Maßnahmen auch sämtlichen Justizvollzugsbediensteten beim Erledigen ihrer Kernaufgaben und führen zur Entlastung im Alltag. Doch wirken kann nur, was sich durch den Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen auch langfristig etablieren kann.

Autor: Kevin Schüpp ■
PIB-Beauftragter der Justizvollzugsanstalt Bochum und für den Fachausschuss Krankenpflegedienst für den BSBD NRW zuständig

Überzeugend auftreten und wirken

Seminar der Frauen im BSBD NRW

Auch wenn die Chancengleichheit im öffentlichen Dienst durch Gesetze und Vorschriften geregelt ist, ergeben sich für Frauen noch häufiger besondere Herausforderungen im beruflichen Alltag. Denn obwohl der Anteil an weiblichen Bediensteten im Vollzug kontinuierlich wächst, sind männliche Kollegen weiter in der Überzahl. Noch gilt es also, die Rechte und Interessen von Frauen gesondert zu stärken.

Die Frauenvertretung im BSBD NRW tritt für die Rechte und Interessen aller weiblichen Beschäftigten im Strafvollzug ein, bündelt und transportiert diese und weist auf Defizite in der Gleichstellung hin.
Die Vertreterin für Frauenfragen fungiert dabei als direkte Ansprechpartnerin für alle weiblichen Mitglieder unserer Fachgewerkschaft.

Ziele und Aufgaben der Frauenvertretung im BSBD NRW:

- Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst
- Stärkung und Integration von gewerkschaftlich interessierten Frauen
- Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf
- Sicherheit am Arbeitsplatz

Arbeitsweisen der Frauenvertretung im BSBD NRW:

- Bildung und Durchführung von Arbeitskreisen
- Zusammenarbeit auf örtlicher sowie überörtlicher Ebene
- Kooperation mit anderen Gewerkschaften

Da auch Männer von familienpolitischen Themen betroffen sind, setzt sich der BSBD NRW grundsätzlich für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Auf dem ordentlichen Gewerkschaftstag des BSBD NRW am 7. September 2023 im Bochumer RuhrCongress wurde Sonja Belz aus der JVA Rheinbach zur Vertreterin für Frauenfragen im BSBD NRW gewählt.

Sie ist erreichbar unter
sonja.belz@jva-rheinbach.nrw.de

Exklusives Seminarangebot für weibliche Mitglieder des BSBD NRW

In der Zeit vom 12. bis 14. Dezember 2023 fand im Hotel „LEONARDO ROYAL“ in Köln am Stadtwald das diesjährige Seminar der BSBD-Frauen zum Thema „Überzeugend auftreten und wirken“ statt.

Die Seminarleiterin und neue Vertreterin für Frauenfragen, Sonja Belz, begrüßte gemeinsam mit der Dozentin Constanze von Poser (Kommunikations- und Bewusstseinstrainerin) elf Kolleginnen des Allgemeinen Vollzugsdienstes sowie eine Kollegin aus dem Werkdienst.

Leider war es aus unterschiedlichsten Gründen noch zu Abmeldungen gekommen, die so kurzfristig auch nicht mehr nachbesetzt werden konnten, aber das tat dem Tatendrang der somit verkleinerten Gruppe keinen Abbruch.

Zu diesem begehrten Seminarangebot reisten die Teilnehmerinnen aus ganz NRW an. Man freute sich ebenso auf ein Wiedersehen mit vertrauten Gesichtern wie auch auf ein Kennenlernen neuer Kolleginnen.

Vom Beginn bis zum Ende der Veranstaltung herrschte eine fröhliche und angenehme Atmosphäre, in der oft gelacht, aber auch viele Themen konzentriert erarbeitet wurden. Die Dozentin verstand es kompetent, die Frauen in ihrem Auftreten und Wirken zu bestärken und zu festigen. Sie verhalf dazu, manche „alte Gewohnheit“ abzulegen und die individuelle Körpersprache durch Veränderung von Haltung, Gestik, Mimik und durch Anwendung von



Fotos (2): BSBD NRW



Atemtechniken zu verbessern. Das theoretische Wissen wurde dann in mehreren Rollenspielen und Gruppenarbeiten in praktischen Übungen umgesetzt. Bei Einschätzungen und Rückmeldungen in Bereichen der Selbst- und Fremdwahrnehmung fiel dann auf, dass diese zum Teil erheblich voneinander abwichen. Dies führte für die Teilnehmerinnen zu manch neuer Erkenntnis und sorgte bis in den Abend hinein, für lebhafte und gute Gesprächsrunden.

Unmittelbar am Hotel gelegen gab es einen kleinen Weihnachtsmarkt, der an einem der beiden Abende zu Glühwein, Eierpunsch, heißem Kakao mit Schuss oder einfach einem leckeren Kölsch einlud.

Am Donnerstagvormittag überraschte der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Leif die Seminarteilnehmerinnen mit einem spontanen Besuch und informierte die Kolleginnen über aktuelle Themen aus der Gewerkschaft wie z.B. die Modalitäten des Seminarwesens und berichtete auch noch mal über den aktuellen Tarifabschluss.

Zum Ende der Veranstaltung am Donnerstagnachmittag waren sich alle Kolleginnen einig, dass es erneut ein gelungenes und bereicherndes Seminar war.

Autorin: Sonja Belz
(Vertreterin für Frauenfragen
im BSBD NRW) ■

Einblicke in die Unterhaltungsindustrie

Mitgliederversammlung der Landesvereinigung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes

Der freundlichen Einladung zur Mitgliederversammlung der Landesvereinigung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes im nordrhein-westfälischen Strafvollzug e.V. am 21. Dezember 2023 ist der BSBD NRW gerne gefolgt. In den Vorstand wurden Janine Keller (1. Vorsitzende), Anika Schwefel (2. Vorsitzende), Martin Marny (1. Beisitzer), Lina Wagener (2. Beisitzerin), Jens Schulte (Schriftführer) und Sophie Voß (Kassenwartin) gewählt.



Lydia Benecke



Fotos (2): BSBD NRW

Auf dem Foto (von links): Katja Huckenbeck, Janine Keller, Martin Marny, Jens Schulte, Sophie Voß

Nach einem deftigen Grünkohlessen folgte ein informativer und spannender Vortrag der bekannten Kriminalpsychologin Lydia Benecke. Der sperrige Titel „Ein multidimensionales psychologisches Modell zur Unterscheidung zwischen inklinierenden und periculärem sexuellen Sadismus“ wurde kurzweilig mit Geschichten aus dem wahren Leben, der Gruppe der BDSM'ler und der Unterhaltungsindustrie beleuchtet und erweiterte den Horizont für dieses ungewöhnliche Thema. Der BSBD NRW bedankt sich für die Gelegenheit, sowohl diesen Vortrag erleben als auch dem neuen Vorstand unsere herzlichen Glückwünsche aussprechen zu dürfen.

Autorin: Katja Huckenbeck (stellvertretende Vorsitzende BSBD NRW) ■

Jürgen Rassmann tritt in die Fußstapfen von Achim Nießen

Jahreshauptversammlung des BSBD OV Willich

Die Jahreshauptversammlung des BSBD OV Willich fand am 29. November 2023 im Brauhaus Schmitz Mönk in Anrath statt. Die Teilnehmer freuten sich über die Möglichkeit, sich wieder in Präsenz und ohne weitere Beschränkung aufgrund der Corona-Pandemie in angenehmer Atmosphäre treffen zu können.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte Achim Nießen die Ehrengäste, den Landesvorsitzenden Horst Butschinek sowie den Bezirkssprecher West Marco Schwierzy und alle anwesenden Mitglieder.
Horst Butschinek erwähnte in seiner Ansprache insbesondere die Pensionäre. Er sei stolz darauf, dass sich so viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen auch nach ihrem aktiven Dienst weiter für den BSBD engagieren und das gewerkschaftliche Wirken mit ihrem Erfahrungsschatz bereichern. Er berichtete von aktuellen gewerkschaftlichen und politischen Themen und verwies auf zukünftige Herausforderungen für die gewerkschaftliche Arbeit.

Nachdem die Sitzung nach Unterbrechung mit einer hervorragenden Gulaschsuppe nebst Beilage weitergeführt werden konnte, schritten die Teilnehmer frisch gestärkt zur Entlastung des alten Vorstandes und zur Neuwahl.

So wurde dann der Kollege Jürgen Rassmann zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt in die Fußstapfen von Achim Nießen, der ebenso wie der Kollege Stefan Hiltrup zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Im Amt des Kassierers wurde Frank Schülke bestätigt und Philip Eichhorn übernimmt die Aufgaben des Schriftführers.

In seinen ersten Worten als frisch gewählter Vorsitzender motivierte Jürgen Rassmann die Mitglieder des Ortsverbandes zur aktiven Teilnahme an Gewerkschaftsaktionen und bedankte sich für die Beiträge und das Engagement der Mitglieder seines Ortsverbandes.
Nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung tauschte man sich noch rege über den BSBD und über Neuigkeiten aus den Anstalten Willich I und II sowie der Zweiganstalt Mönchengladbach aus.

Ehrungen im Ortsverband

In Willich konnte sich der Ortsverband in den letzten drei Jahren gleich über vier Jubilare freuen, die für 60 Jahre gewerkschaftlichen Wirkens geehrt werden konnten.

Ein herzlicher Dank für die jahrzehntelange gewerkschaftliche Treue gilt:

Eberhard Behling (aktuell bereits 62 Jahre lang Mitglied im BSBD)
Hubert Hüpperling (aktuell bereits 61 Jahre lang Mitglied im BSBD)
Manfred Kieslat (aktuell bereits 61 Jahre lang Mitglied im BSBD)
Karl Heinz Schüring (aktuell bereits 62 Jahre lang Mitglied im BSBD)
Für ihre 40-jährige Mitgliedschaft wurden die Pensionäre **Peter Zimmermann** und **Zoni Wirtz** in der Jahreshauptversammlung geehrt.

Heinrich Houben wurde für seine langjährigen Tätigkeiten in der Betreuung der Pensionäre zum Ehrenmitglied im Ortsverband ernannt. Bei der Vertretung und Betreuung der Pensionäre kamen ihm Erfahrungen und Arbeitsbeziehungen zugute, die er aus seiner langjährigen Tätigkeit als Personalratsvorsitzender hat gewinnen können.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Ortsverbandsvorsitzenden Achim Nießen besuchte Heinrich Houben die Jubilare aus dem Jahr 2021 anlässlich ihrer Ehrung im heimischen Haushalt.

Autor: Achim Nießen ■



Foto: BSBD NRW

Wilhelm Reitzki für 60 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet

Ortsverband Hövelhof ehrt seine Jubilare

Gewerkschaftsarbeit bedeutet, bereit zu sein, die Lebens- und Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Die Jahreshauptversammlung im Staumühler Wintergarten bot im November 2023 eine gute Gelegenheit, um die Jubilare des Ortsverbandes Hövelhof in gemütlicher Atmosphäre für ihren jahrzehntelangen Einsatz angemessen zu würdigen.

Wie auch der Landesvorsitzende des BSBD NRW, Horst Butschinek, treffend feststellte, lebt es sich in Hövelhof offensichtlich gut und lang.

Wilhelm Reitzki konnte für seine 60-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Karl-Heinz Bucher, Franz-Josef Göke, Gerhard Hansmeyer sowie Wilhelm Tölle sind seit 50 Jahre treue Gewerkschafter im BSBD. Janette Schütte, Holger Drews, Thomas Korte sowie Norbert Thiel freuten sich über die Anerkennung ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft.

Auch der Landesverband bedankt sich an dieser Stelle bei allen Jubilaren für Ihre langjährige Treue und dem damit verbundenen Engagement und Vertrauen.

In seiner Rede informierte der Landesvorsitzende Horst Butschinek die aktiven und pensionierten Kolleginnen und Kollegen des Ortsverbandes über aktuelle Gewerkschaftsthemen, über die sich beim abschließenden Wintergrillen in geselliger Runde weiter ausgetauscht wurde.

Autorin: Blandina Akman ■







Fotos (3): BSBD NRW

Ortsverband Schwerte zu Gast im Landtag NRW

Abgeordneter kommt zum Gegenbesuch in die JVA

Mit 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besuchte der BSBD Ortsverband Schwerte am 14. Dezember 2023 den heimischen SPD-Landtagsabgeordneten Hartmut Ganzke im Düsseldorfer Landtag.

Die Anreise erfolgte mit der Bahn. Dies erwies sich als abenteuerlicher als gedacht, da die geplante Verbindung an dem Morgen ersatzlos gestrichen wurde. Die einzige Möglichkeit nach Düsseldorf zu kommen bot sich dann erst eine volle Stunde später. Trotz verspäteter Abfahrt traf die Gruppe punktgenau zur vereinbarten Einlasszeit am nordrhein-westfälischen Landtag ein.
Nach einer sorgfältigen Einlasskontrolle blieben ein paar Minuten Zeit, um sich im Café ein wenig aufzuwärmen und Kraft zu sammeln.
Nachdem unsere Gruppe in einen Nebenraum geführt wurde, erwartete uns eine Mitarbeiterin des Landtags, um uns in einer kurzen Präsentation sowohl über die Entstehung und Geschichte des Landtags als auch über die aktuelle Zusammensetzung


Foto: BSBD NRW

und Verteilung der Sitze zu unterrichten
Gut informiert wurden wir im Anschluss daran zum Plenarsaal geführt und konnten von der dortigen Tribüne eine Sitzung verfolgen.
Hiernach empfing uns der Abgeordnete Hartmut Ganzke persönlich. Er freute sich spürbar über das große Interesse an der Arbeit des Landtags und bot Einblicke in seinen herausfordernden Arbeitsalltag in Düsseldorf sowie in seinem heimischen Wahlkreis.
Eine gute Diskussionsgrundlage für aktuelle und fachpolitische Themen der Justiz bot sich schon deshalb, da Herr Ganzke ehemals innenpolitischer Sprecher war und aktuell Mitglied des Rechtsausschusses ist. Da unser lebendiger und konstruktiver Austausch durch die Ankunft der nächsten Besuchergruppe viel zu schnell ein Ende zu nehmen drohte, bot Herr Ganzke an, uns in 2024 zur Fortführung des Gesprächs in unserer Anstalt zu besuchen.
Unseren Landtagsbesuch beendeten wir in der Kantine mit Kaffee und Kuchen. Um den informativen Tag in gemütlicher Atmosphäre abzurunden, besuchten wir gemeinschaftlich noch die Düsseldorfer Altstadt, um ein oder zwei Altbier zu genießen.

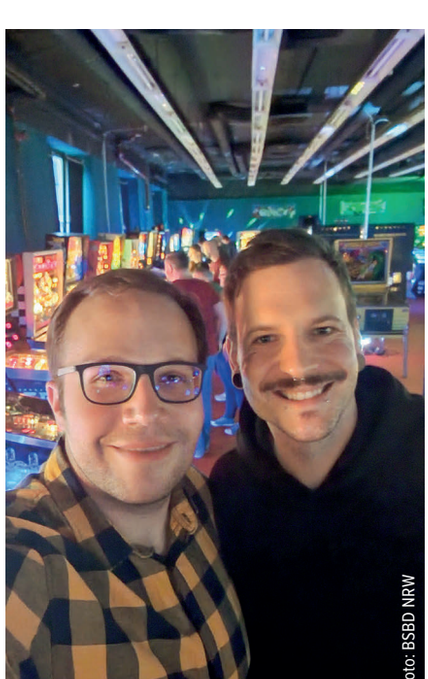
Uwe Hohmann (Vorsitzender Ortsverband BSBD Schwerte) ■

Videospielkultur meets Gewerkschaft

Mitglieder des Ortsverbands Bochum besuchen mit ihren Kindern den Verein Insert Coin

Der BSBD OV Bochum lud seine Mitglieder sowie deren Angehörige zu einem eher außergewöhnlichen Termin ein. Der Vorstand des Ortsverbandes hatte die Räumlichkeiten des Vereins Insert Coins in Herne angemietet. Der Verein wurde mit der gemeinnützigen Idee gegründet, die Entwicklung und den Erhalt der Videospielkultur zu fördern. Hierzu zählen die Dokumentation der Geschichte von Videospielgeräten und Videospielen, deren Einbettung als Kunst- und Kulturobjekt sowie Unterhaltungs- und Sportgerät in einen historischen, gesellschaftlichen sowie technischen Kontext. Für die Mitglieder des Ortsverbandes und deren Angehörige bot sich eine gelungene Abwechslung.
An über 40 Flippern, zehn verschiedenen Racing- sowie unzähligen Videospielautomaten konnte vier Stunden lang gespielt werden. Aber nicht nur große Spielautomaten hat der Verein im Angebot. Auch die beliebten Spielekonsolen wie Atari, die Playstation 1-5 sowie Nintendo luden ebenso zum kurzweiligen Vergnügen ein wie der Computer Commodore C64, der Amiga 500 oder die neuesten High-End-PCs. Ein besonderes Highlight ist die Mario-Kart-Wall, an der acht Personen bequem sitzend in Kinosesseln gegeneinander spielen können.
Viele Kolleginnen und Kollegen waren zusammen mit ihren Kindern gekommen, um das Areal mit Spielgeräten aus mehreren Jahrzehnten zu entdecken und auszuprobieren. Auch einige Pensionäre folgten der Einladung und verbachten Zeit an Spielgeräten von damals. So vergingen die angesetzten vier Stunden viel zu schnell. Der Vorstand des BSBD OV Bochum sowie alle Teilnehmer waren mit der Veranstaltung rundherum zufrieden.

Markus Dahlbeck (Bezirkssprecher Mitte und Vorsitzender Ortsverband Bochum) ■


Foto: BSBD NRW

Demonstration und Streik zur Einkommensrunde 2023

BSBD Rheinland-Pfalz mit beeindruckendem Aufritt bei der dbb-Veranstaltung

Auch der BSBD-RLP beteiligte sich an der Demonstration bzw. dem Streikaufruf des dbb-RLP am 04.12.2023 in unserer Landeshauptstadt Mainz. Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf zur Veranstaltung in Mainz und konnten so den beeindruckenden Protestumzug mitgestalten. Mit Fahnen, Schildern, Trillerpfeifen, Rasseln und einigen anderen Utensilien „bewaffnet“, hat sich auch der BSBD-RLP mit auf den Weg durch das verschneite Mainz gemacht. Mit sehr eindrucksvollen „Mahnschildern“ wurde hier auch auf die besondere Situation im Justizvollzug hingewiesen. Die berechtigten Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen in Potsdam wurden lautstark kommuniziert. Die Landesleitung bedankt sich hier nochmals bei allen Teilnehmern/innen für die Teilnahme, unserer Tarifvertreterin Frau Jurgielewicz und dem dbb-RLP für die tolle Organisation. ■





Fotos (2): BSBD-RLP

Übernahme Tarifergebnis auf Beamte

Landesregierung ließ sich Zeit, hat aber richtig gehandelt.

BSBD-RLP zeigt sich sehr erfreut über den Beschluss der Landesregierung, das Tarifergebnis auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Ministerpräsidentin Frau Malu Dreyer und Finanzministerin Frau Doris Ahnen gaben am 19.12.2023 bekannt:
„Wir werden das Tarifergebnis vollumfänglich auf unsere Beamten übertragen.“
„Heute haben wir im Kabinett entschieden, das Tarifergebnis für die Beschäftigten der Länder 1:1 auf den Beamtenbereich zu übertragen. Das ist ein gutes Signal für rund 71.000 unmittelbare Landesbeamtinnen und Landesbeamte, Richterinnen und Richter sowie die rund 10.000 Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamten“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Für den Landes- und Kommunalbeamtenbereich bedeutet der Kabinettsbeschluss:
Zahlung einer steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsauszahlung einmalig in Höhe von 1.800 Euro sowie für die Monate Januar bis Oktober 2024 zudem jeweils monatlich in Höhe von 120 Euro. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erhalten die Zahlungen entsprechend ihres jeweiligen individuellen Ruhegehaltssatzes.
Zum 1. November 2024 erfolgt eine Erhöhung der Grundgehälter um 200 Euro. Zum 1. Februar 2025 ist eine weitere Anhebung um 5,5 Prozent vorgesehen.

Für Anwärter und Anwärterinnen soll gelten:
Zahlung einer steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsauszahlung in Höhe von 1.000 Euro, für Januar 2024 bis Oktober 2024 jeweils Monatszahlungen in Höhe von 50 Euro. Zum 1. November 2024 erfolgt dann eine Erhöhung der Anwärterbezüge um 100 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro.

Die Umsetzung soll so schnell wie technisch möglich erfolgen, die Tarifzahlungen will das Land Ende Januar starten, die Besoldungs- und Versorgungszahlungen spätestens Ende März 2024.

Der BSBD Rheinland-Pfalz:
„Mit der Zusage, dass Tarifergebnis auch auf die Beamtinnen und Beamten, sowie die Versorgungsempfänger zu übertragen, wird das Land seiner Verpflichtung gegenüber seinen Beamten und ehemaligen Beamten gerecht. Jetzt gilt es, das Gesagte zügig umzusetzen. Gleichzeitig bleiben aber unsere Forderungen nach weiteren finanziellen Aufwertungen, u.a. im Zuge einer Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung, natürlich bestehen.“

Nur gemeinsam sind wir stark, daher bedankt sich der BSBD-RLP hier nochmal ausdrücklich bei allen, die durch ihre Teilnahme an Demonstrationen und Verhandlungen dazu beigetragen haben dieses Tarifergebnis zu erzielen. ■

Frauenseminar zum Jahresende

Seminarangebot ist nach wie vor beliebt und wird gut angenommen

Am ersten Tag des Seminares präsentierte die Physiotherapeutin Elena Remp ein „Rund-Um“-Programm. Hier wurde unter anderem ein Rückentraining, für den Arbeitsplatz, für die komplette Wirbelsäule vorgestellt. Abgerundet wurde der erste Tag, auch von Frau Remp angeleitet, mit Entspannungsstrategien zur Stressbewältigung.

Am zweiten Tag referierte, aus dem Ministerium der Justiz kommend, der Abteilungsleiter Abt. 5, Herr Messer, über die relevanten Vollzugsthemen. Hierbei entstand ein guter und reger Austausch über die Ausbildung, Personalsituation, mobiles Arbeiten und „Lebenslagen-Coaching“.

Die anwesenden Damen waren sowohl von der Unterkunft sowie von der Seminarausgestaltung sehr angetan und wünschen sich im nächsten Jahr wieder eine solch gelungene Veranstaltung. ■



Die Teilnehmerinnen am Frauenseminar

Rheinland-Pfalz zu Gast in Hessen

Landesvorsitzender Mark Schallmo besuchte den Landesgewerkschaftstag im Nachbarland

Der befreundete und benachbarte BSBD-Landesverband-Hessen hatte zum Landesgewerkschaftstag 2023 eingeladen.

Als Teil der neuen Doppelspitze im BSBD-RLP konnte Mark Schallmo der Veranstaltung beiwohnen. Der Landesvertretertag am 01.12.2023 des BSBD-Hessen wurde im schönen Butzbach vollzogen und stand im Zeichen des angekündigten Wechsels innerhalb der Führungsspitze. Die langjährige Vorsitzende des BSBD-Hessen, Kollegin Kannegießer, verkündete an diesem Tag offiziell ihren Rücktritt als Vorsitzende.
Auch wenn dies schon länger bekannt gewesen ist, so wurden an diesem Tag doch einige „Tränen“ bezüglich ihres Abschiedes vergossen.
Alle Redner/innen, auch aus der hessischen Politik, an diesem Tag sparten nicht mit lobenden Worten gegenüber der Kollegin Kannegießer.

Zum Abschluss wurde die Kollegin mit „Standing Ovation“ von allen Anwesenden verabschiedet.

Der Nachmittag stand im Zeichen der Beschlussfassungen und der Wahl einer neuen Landesvorsitzenden.
Hier wurde die Kollegin Wilma Volkenand zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Der BSBD-RLP wünscht nochmals der Kollegin Kannegießer alles Gute für ihren weiteren spannenden Lebensweg und der neu gewählten Landesspitze Frau Volkenand viel Erfolg bei ihren zukünftigen Aufgaben.
Ebenso hoffen wir, dass die guten Kontakte, zwischen RLP und Hessen, weiterhin so freudig und informativ aufrechterhalten werden. ■



Mark Schallmo (Landesvorsitzender RLP) und Wilma Volkenand (Landesvorsitzende Hessen)

Staffelstab in Rohrbach übergeben

Mark Schallmo übergibt den Vorsitz des Ortsverbandes an Enrico Böhme

In diesem Jahr fand die BSBD-Ortsverband-Rohrbach Jahreshauptversammlung wieder bei unserem „Stammgriechen“ in Alzey statt. Eine Vielzahl von Mitgliedern (leider nicht so viele wie in den vergangenen Jahren) des Ortsverbandes sind der Einladung des Vorsitzenden Mark Schallmo gefolgt und trugen so zu einem sehr guten Gelingen der Versammlung bei.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und zeigte sehr erfreut darüber, dass der neue Landesvorsitzende im BSBD-RLP, Kollege Stefan Wagner und vom befreundeten BSBD Ortsverband Schifferstadt der Kollege Andreas Mark der Veranstaltung beiwohnten. Bemerkenswert ist, dass der Ortsverband Roba seine Mitgliederzahl auch im Jahr 2023 wieder einmal leicht steigern konnte!!!

Daneben wurde auch die im vergangenen Jahr ausgelobte „Sonderprämie 2023“ für den besten „Neumitgliedswerber“ des OV-Roba bekanntgegeben. Der Preis wurde an gleich zwei Kollegen vergeben, die sich besonders stark ins Zeug gelegt hatten. Es handelt sich um die Kollegen Patrik Brendamour und Tobias Jud. In diesem Zusammenhang wurde nochmals auf die einzelnen Mitgliederwerbeaktionen hingewiesen.

In seiner Rede über das vergangene Geschäftsjahr verdeutlichte der Vorsitzende einmal mehr, wie wichtig der gewerkschaftliche Zusammenhalt ist. Dies wurde in den gerade zu Ende gegangenen Tarifverhandlungen sehr gut sichtbar. Durch dieses Beispiel konnte er sehr deutlich veranschaulichen, dass man nur mit einer starken und großen Gemeinschaft etwas bewirken kann!!!
Man lies das vergangene Geschäftsjahr nochmal Revue passieren. Die kommenden Ziele wurden eindrücklich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende verdeutlichte nochmals, wie gut der BSBD-OV-Roba im Land hier im HPR, im BSBD-Landesvorstand sowie bei den einzelnen Arbeitsgruppen des BSBD-RLP vertreten ist. Er bedankte sich ausdrücklich bei allen, die sich hier aktiv an der Verbandarbeit beteiligen. Des weiteren wurde der Landesgewerkschaftstag, mit den Neuwahlen und Satzungsänderungen, im BSBD-RLP thematisiert.
Zum Ende seiner Rede bedankte sich der Vorsitzende nochmals bei allen und legte nach erfolgter Erklärung seinen Vorsitz als Vorsitzender des Ortsverbandes nieder.
Nach dem Ablegen des Kassenberichtes, und dem Bericht der Kassenprüfer, wurde nach Beantragung, der gesamte Vorstand einstimmig entlastet.



Geehrte Mitglieder und Vorsitzende des Ortsverbandes
v.l.n.r.: Werner Schäfer, Ingfried Klahr (45 Jahre), Johannes Theobald (35 Jahre), Enrico Böhme (neuer Vorsitzender) und Mark Schallmo (bisheriger Vorsitzender OV)

Danach wurden die Ehrungen für treue Mitgliedschaft im BSBD vollzogen.

Folgende Kollegen wurden geehrt:

65 Jahre: Theo Wilhelm

60 Jahre: Werner Sourisseaux

50 Jahre: Walter Druck

45 Jahre: Ingfried Klahr, Bruno Nieke und Werner Schäfer

40 Jahre: Bruno Müller

35 Jahre: Johannes Theobald

Im Anschluss an die Ehrungen berichtete der BSBD-Landesvorsitzende Stefan Wagner über die aktuellen Themen und Neuigkeiten aus der Gewerkschaftsarbeit und der Landespolitik.
Er sprach eindringlich sowohl die kommenden Aufgaben als auch aktuelle Probleme an. Er versprach, dass der BSBD-RLP weiterhin alles unternehmen wird, um hier Verbesserungen zu erzielen.

Nachdem der bisherige Vorsitzende sein Amt ja niedergelegt hatte, musste ein neuer Vorsitzender gewählt werden.
Als Wahlleiter wurde der BSBD-Landesvorsitzende Stefan Wagner bestellt.

Die Wahl ergab folgendes:

Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig der Kollege **Enrico Böhme** gewählt.
Durch dessen Wahl wurde auch ein neuer 2. Stellvertreter benötigt.
Hier wurde sodann, einstimmig, der Kollegen **Mark Schallmo** zum neuen 2. Stellvertreter gewählt.

Nachdem sich der neue Vorsitzende für seine Wahl und das ausgesprochene Vertrauen bedankt hatte, wurde die Versammlung nach den Schlussworten offiziell geschlossen.

Der neue Vorsitzende, Enrico Böhme, wünschte allen noch ein paar gesellige Stunden, frohe Festtage und ein „Gutes-nach-Hause-kommen“. ■

Mitgliederversammlung im Ortsverband Wittlich

Mitgliederentwicklung im größten Ortsverband bleibt konstant – zufriedenstellende Kassenlage

Die Mitgliederversammlung des größten Ortsverbandes in Rheinland-Pfalz fand wieder im Winzerhofcafé Görgen in Platten statt. Mittlerweile kann man das Winzerhofcafé als „Stammsitz" bezeichnen.
In gemütlicher Atmosphäre ergaben sich sofort anregende Gespräche. Insbesondere für unsere Pensionäre stellt die Mitgliederversammlung immer wieder eine gute Gelegenheit dar, alte Bekannte zu treffen.

Der Vorsitzende Stefan Wagner unterbrach dieses gemütliche Beisammensein nur äußerst ungern, aber es galt schließlich zunächst die Tagesordnung abzuarbeiten und beim anschließenden Buffet wieder zum gemütlichen Teil überzugehen.

Nach der offiziellen Begrüßung gedachte die Versammlung zunächst der verstorbenen Kolleginnen und Kollegen. In seinem Tätigkeits- und Vorstandsbericht konnte Stefan Wagner von einer konstanten Mitgliederzahl berichten. Dennoch warb er insbesondere bei den anwesenden aktiven Mitgliedern dafür, immer wieder Werbung für die Mitgliedschaft im BSBD zu machen.
Auch die Umstrukturierung im Jugendvollzug Rheinland-Pfalz im Jahr 2022 und die damit verbundene Verkleinerung der Jugendstrafanstalt Wittlich war ein Thema. Die Umstrukturierung soll im kommenden Jahr vom Ministerium evaluiert werden, hier warten wir die Ergebnisse mit Spannung ab. Die (damals) anstehenden Tarifverhandlungen nahmen einen großen Teil seines Berichtes ein.

Im Anschluss berichtete der Schatzmeister Walter Junk über eine erfreuliche Kassenlage. Das Weihnachtsgeschenk 2022, ein 20 Euro Gutschein in der Gärtnerei der JVA Wittlich, wurde von den Mitgliedern sehr gut angenommen. Die Kassenprüfer bescheinigten dem Schatzmeister wiederum eine ordnungsgemäße Kassenführung, so dass der Schatzmeister und der Vorstand von der Versammlung entlastet wurden.

Nun standen Neuwahlen des Vorstandes auf der Tagesordnung und brachten folgendes Ergebnis:

Vorsitzender: **Stefan Wagner**
(Wiederwahl)

Stellv. Vorsitzender: **Manfred Beringer**
(Neuwahl)

Stellv. Vorsitzende: **Manuela Schmitt**
(Neuwahl)

Schriftführer: **Jochen Berg**
(Wiederwahl)

Schatzmeister: **Walter Junk**
(Wiederwahl)

Die Fachgruppen (FG) wurden in großen Teilen zusammengefasst. Hier gab es bei den Wahlen folgende Ergebnisse:

FG AVD der JVA: **Lena Oeffling**
FG Werkdienst der JVA: **Andreas Müller**
FG Fachdienste der JVA:
Nadine Demarteau
FG AVD/Werkdienst der JSA:
Marcel Wagner
FG Fachdienste der JSA:
Alexander Kahren
FG Justizvollzugsschule: **Milagros Manavi**

Stefan Wagner dankte als alter und neuer Vorsitzender für das Vertrauen und sprach auch noch seinen Dank an die bisherigen Stellvertreter Bruno Vogt und Rainer Bastian aus.
Ein fester Bestandteil der Mitgliederversammlung ist die Ehrung langjähriger Mitglieder, die nun stattfanden.
Aus gesundheitlichen Gründen konnte der Landesvorsitzende Winfried Conrad nicht an der Versammlung teilnehmen, hier übernahm Bruno Vogt als stellv. Landesvorsitzender das Verlesen des Grußwortes und des Berichts.

Nun war es endlich an der Zeit, das Buffet zu eröffnen und wieder zum gemütlichen Teil der Veranstaltung übergehen zu können. Es wurden noch einige schöne Stunden verbracht und viele verabschiedeten sich mit den Worten: „War schön – bis nächstes Jahr". ■



Die aus gesundheitlichen Gründen verhinderten Mitglieder wurden von Stefan Wagner zu Hause besucht, links Richard Hower (60 Jahre), rechts Karl Köpper (55 Jahre)



Fotos (2): OV Wittlich

Geehrte Mitglieder und Vorstand Ortsverband
v.l.n.r.: Heinz Dellinger (50 Jahre), Walter Junk (Vorstand), Hans-Kurt Neukirch (40 Jahre), Joachim Demps (50 Jahre), Hans-Peter Loch (50 Jahre), Ingeborg Schultz (25 Jahre), Stefan Wagner (Vorsitzender)

Festveranstaltung zum Abschluss des Gewerkschaftstages

Zuspruch für die Arbeit des Justizvollzugs und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Im Rahmen der Arbeitssitzung des Gewerkschaftstages am 15. November hat sich der BSBD Rheinland-Pfalz mit einer neuen, grundüberarbeiteten Satzung, der Wahl einer neuen Landesleitung und der Installation einer Doppelspitze auf neue Wege begeben. Nicht umsonst stand der Gewerkschaftstag unter dem Titel: „Gutes bewahren – Neues wagen". (Bericht zur Arbeitssitzung des Gewerkschaftstages s. Vollzugsdienst 6/2023).



Fotos (6): BSBD-RLP

Bundesvorsitzender René Müller

Zum Abschluss des Landesgewerkschaftstages fand dann am 15. November im Festsaal des Erbacher Hofs in Mainz eine Festveranstaltung statt. Neben den Delegierten der Ortsverbände konnten einige besondere Gäste aus Politik und Gewerkschaft begrüßt werden.

Besonders erfreut waren wir darüber, dass unser Bundesvorsitzender René Müller den Weg aus Hamburg auf sich genommen hat um unserer Veranstaltung beizuwohnen. Mit seiner Rede über die Probleme und Herausforderungen im bundesdeutschen Justizvollzug traf er sofort den Nerv der Delegierten.
Leider konnte der Staatsminister der Justiz in Rheinland-Pfalz, Herbert Mertin, diese Rede nicht mehr hören, denn er selbst musste sich im Anschluss an seine eigene Ansprache wegen der Fraktionssitzung der rheinland-pfälzischen FDP vorzeitig von der Festveranstaltung verabschieden, ebenso seine Fraktionskollegin, Cornelia Willius-Senzer. Ein Umstand, den die Delegierten mit großem Kopfschütteln und Unverständnis zur Kenntnis nahmen.

Somit blieb, nachdem die Fraktion der Grünen von vornherein keinen Vertreter zur Veranstaltung entsenden konnten, von der regiereden Ampelkoalition nur noch Christoph Spies, Strafvollzugspolitscher Sprecher der SPD, übrig.



Das Holzbläserensemble des Landespolizeiorchesters Rheinland-Pfalz

Robert Tophofen, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb in Rheinland-Pfalz, überbrachte zunächst die herzlichsten Grüße der Landesvorsitzenden Lilli Lenz und unterstrich in seiner Rede die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für die Allgemeinheit. Er ging auch auf die zu dieser Zeit noch laufenden Tarifverhandlungen ein und appellierte hier, wie auch zuvor René Müller, an die Verhandlungspartner der TDL, die Forderungen der Gewerkschaften ernst zu nehmen und vernünftig zu verhandeln.
Als weitere Vertreter aus dem politischen Raum nahmen Dennis Junk und Dirk Herber von der CDU sowie Lisa-Marie Jeckel von den Freien Wählern an der Veranstaltung teil – trotz ebenfalls stattfindender Fraktionssitzungen bis zum Ende.

In einem etwas anderen, aber durchaus lebendigen Grußwort nahm die Beigeordnete der Stadt Mainz, Manuela Matz, die Delegierten mit auf eine kurze, aber interessante Reise in die Geschichte des Justizvollzugs in Mainz.

Die Bürgerbeauftragte von Rheinland-Pfalz, Barbara Schleicher-Rothmund, stellte in ihrer Rede ebenfalls die Bedeutung des Justizvollzugs und hier ganz besonders die Arbeit der dort Beschäftigten Menschen für das Gemeinwohl heraus.

Die beiden Landesvorsitzenden des BSBD, Mark Schallmo und Stefan Wagner, sparten



Staatsminister der Justiz Rheinland-Pfalz, Herbert Mertin



Landesvorsitzender BSBD RLP Mark Schallmo



Landesvorsitzender BSBD RLP Stefan Wagner



Robert Tophofen, stellv. Landesvorsitzender dbb RLP

natürlich ebenfalls nicht mit Forderungen und Kritik an die politisch Verantwortlichen. Die aktuellen Probleme, aber auch die zukünftigen Herausforderungen wurden angesprochen und den anwesenden Fraktionen angekündigt, dies in weiteren Gesprächsrunden zu vertiefen.

Musikalisch umrahmt wurde die Festveranstaltung vom Holzbläserquintett des Landespolizeiorchesters Rheinland-Pfalz. ■

Wechsel der Schriftleitung des Vollzugsdienstes

Michael Becker gibt Zuständigkeit ab – Dank der Landesvorsitzenden für die gute Zusammenarbeit

Nach mehr als 20 Jahren hat der Kollege Michael Becker seine Zuständigkeit für die Schriftleitung des Vollzugsdienstes und das Pressereferat des BSBD Rheinland-Pfalz abgegeben.
Die Landesvorsitzenden Mark Schallmo und Stefan Wagner bedankten sich beim Kollegen Becker mit einem kleinen Präsent für die geleistete Arbeit.
Michael Becker war darüber hinaus viele Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied im Landesvorstand tätig, außerdem leitete er mehrere Jahre den Ortsverband Wittlich als Vorsitzender.
Für seinen weiteren beruflichen und privaten Weg wünschten ihm Mark Schallmo und Stefan Wagner alles erdenklich Gute.
Künftig wird der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ternes die Schriftleitung des Vollzugsdienstes übernehmen. ■

Beiträge zur Veröffentlichung im Vollzugsdienst bitte an

Stefan.Ternes@bsbd-rlp.de
oder die zentrale Mailadresse
mail@bsbd-rlp.de senden.

Erfolgreicher Ausbildungsabschluss

Jetzt gilt es Erfahrung zu sammeln und das Gelernte anzuwenden

Kurz vor Weihnachten konnte der rheinland-pfälzische Justizvollzug 34 neue ausgebildete Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte in seinen Reihen willkommen heißen.

Zum Abschluss der Ausbildung stand die mündliche Laufbahnprüfung auf dem Plan, die alle Anwärterinnen und Anwärter bestanden haben und anschließend von Justizminister Herbert Mertin zu Justizvollzugsobersekretärinnen und -sekretären ernannt wurden.
Für Minister Mertin ist die Lossprechungsfeier an der Justizvollzugsschule in Wittlich ein fester Bestandteil in seinem Terminplan. In seiner Ansprache hob er einmal mehr die Bedeutung der Arbeit aller im Vollzug Tätigen, aber insbesondere die des allgemeinen Vollzugsdienstes hervor.
„Die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im allgemeinen Vollzugsdienst ist der Grundstein für die Funktionsfähigkeit des Justizvollzugs, denn ohne geordnete Abläufe und sichere Strukturen kann die Resozialisierung nicht funktionieren“, so der Minister.
Der BSBD Rheinland-Pfalz gratuliert allen Absolventen zum Erhalt ihrer Ernennungsurkunden und wünscht ihnen für ihre berufliche Laufbahn alles Gute. ■



Foto: BSBD-RLP

BSBD Sachsen beteiligt sich an bundesweiten Protestaktionen vor der JVA Leipzig

Fachgewerkschaft für den Strafvollzug
SACHSEN
BSBD
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands e.V.
– Landesverband Sachsen –

Am 06.12.2023 wurde, als Teil einer bundesweiten Protestaktion, auch in Sachsen eine "Aktive Mittagspause" vor der JVA Leipzig durchgeführt. Die Aktion diente der Unterstützung der Tarifforderungen der Länder für die am 07.12.2023 beginnende dritte Verhandlungsrunde.

Dank der Unterstützung des Ortsverbandes Leipzig und der Kollegin Wiesel als Tarifbeauftragte des BSBD e.V. LV Sachsen konnten bis zu 20 Kollegen/innen dazu motiviert werden ihre Mittagspause trotz Kälte und Nässe vor der Anstalt zu verbringen und somit zu zeigen, dass auch die Tarifbeschäftigten des sächsischen Justizvollzuges es als unverschämt empfinden, dass die Arbeitgeber noch immer kein Angebot vorgelegt haben, aber die Forderungen des DBB und seiner Interessenvertretungen vollständig ablehnen.

Mit dieser Art von Protestaktion wurde zudem die Waage zwischen der Verärgerung der Kollegen/innen und der Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung und somit auch der Sicherheit der Kollegen in der JVA Leipzig geachtet, da sich der BSBD auch dieser Verantwortung bewusst ist.



Foto BSBD v.l.n.r Gisbert Ludwig, Mandy Wiesel, Thomas Porr

Der BSBD Sachsen bedankt sich auf diesem Weg bei allen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Protestaktion unterstützt haben, indem sie aktiv vor dem Tor Präsenz gezeigt haben oder die Arbeit für die protestierenden Kollegen übernommen haben. Das Ergebnis zeigt die Wirksamkeit solcher Aktionen. Gerade der massive bundesweite Protest hat den Arbeitgebern deutlich gemacht, dass die Geduld der Beschäftigten am Ende ist. Eine neue Erfahrung war die Teilnahme von Vertretern des Justizvollzuges direkt vor ihren Arbeitsstätten und die Teilnahme von **nicht oder besser noch nicht im BSBD** organisierten Kolleginnen und Kollegen. Eine Aktion, die Achtung verdient.

Unser Dank gilt auch dem Führungsteam der JVA Leipzig, insbesondere dem Anstaltsleiter Herrn Jacob, für die Genehmigung dieser Protestaktion, die letztlich auch im Interesse aller erfolgreich war.
Der BSBD Sachsen fordert die Politik auf, einer ersten Aussage, dass das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten und Pensionäre übertrage zu wollen, Taten folgen zu lassen.

Redaktion Vollzugsdienst ■



Auszug aus dem Grußwort – Kirschen und Kuchen – zur Ernennung der Anwärter des Ausbildungsjahrgangs 2022

Mein erster Gruß geht an Sie, die Absolventen und Absolventinnen.
Glückwunsch zur bestandenen, anspruchsvollen Laufbahnprüfung des Justizvollzugsbediensteten. Seien Sie stolz, dies war keine Kleinigkeit, Sie haben einen sehr anspruchsvollen Beruf ausgesucht, der oft auch nach Dienstschluss noch nachwirken wird. Meine Rede hat ein ungewöhnliches Motto, nämlich Kirschen und Kuchen.

Zur Erklärung will ich Ihnen kurz zwei Beispiele anführen:

Im September 1989 war ich bei einer Demo in meiner Geburtsstadt. Es ging dabei um (heute) so selbstverständliche Dinge wie Rede- bzw. Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit, die Wahrheit über die Verschmutzung durch die uralte Industrie und so weiter. Zu diesem Zeitpunkt glaubte noch niemand an einen Fall der Mauer, dafür hatten wir aber Angst; Angst zusammengeknüppelt zu werden, Angst vor der kasernierten Volkspolizei, Angst vor den Kampfgruppen der SED, vor der sehr realistischen Möglichkeit auf einen LKW gezerrt zu werden und in einem Schnellverfahren zu einer absurd hohen Haftstrafe verurteilt zu werden.

Am 31. August des letzten Jahres hatte ich ebenfalls die Möglichkeit, ein Grußwort an die Absolventen der Ausbildung zum Justizvollzugsbediensteten zu richten. Ich habe damals einige Punkte, die nach meiner Wahrnehmung nicht richtig funktionieren, sehr kritisch angesprochen. Es ging um Fragen der Wertschätzung, Fragen der technischen Ausstattung bei der theoretischen Ausbildung oder der sehr hohen Kosten für den/die Anwärter/in und deren Vorausleistung hier in Niederbobritzsch des Bild eines modernen Beamten und einiges mehr.
Ich war mir im Klaren, dass es nicht allen, der damals anwesenden Personen gefallen würde, ja das sich einige richtig ärgern werden. Meinungsfreiheit heißt ja nicht, dass meine Worte stets ohne Wirkung bleiben!

Aber ich hatte keinen Augenblick Angst. Keinen Moment habe ich eine der oben beschriebenen Möglichkeiten befürchtet, es kam mir nicht einmal in den Sinn, einer solchen Gefahr ausgesetzt sein zu können. Dabei sind die von mir am 31. August 2023 aufgeführten Probleme die sinnbildlichen *Kirschen*, Kirschen, **die** auf einem *Kuchen* verteilt werden können.

Und dieser sinnbildliche Kuchen ist unser demokratischer, sozialer Rechtsstaat.

Und genau dieser demokratische Rechtsstaat ist der Grund, warum ich keine Angst hatte, es mir nicht einmal in den Sinn gekommen ist, weil wir eben nach wie vor in einem solchem leben.

Zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit steht auch der BSBD e.V., LV Sachsen. Das können Sie in unserer Satzung nachlesen, dafür stehe ich auch mit meiner Person. Nun ist das mit der Demokratie aber so eine Sache. Vor ca. sieben oder acht Jahren habe ich einen Vortrag des oft streitbaren Politikers und ehemaligen Direktors der Landeszentrale für politische Bildung Herrn Frank Richter gehört. Darin kam folgender Satz vor:

„Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die sich legal abschaffen kann!“ und im Weiteren: „Wir alle könnten daran einen Anteil haben.“

Das war mir zwar irgendwie bekannt, aber bis dahin nicht wirklich bewusst.
Hier kommen Sie ins Spiel. Sie haben in den vergangenen zwei Jahren viel gelernt. Sie wissen, wie man eine Handfessel anlegt und aufgrund welcher rechtlichen Norm. Sie kennen die Grundlagen der Vollzugspsychologie, des Strafvollzugsrechtes und haben in zahlreichen Prüfungen eindrucksvoll belegt, dass Sie das Fachwissen und -können für diesen anspruchsvollen Beruf besitzen.

Aber neben diesen fachlichen Fähigkeiten sind Sie mit der Verbeamtung auf Probe auch Repräsentanten eben dieses demokratischen Rechtsstaates. Bei jedem Kontakt mit einem/r Besucher/in, bei der Antragseröffnung gegenüber einem Gefangenen, der Ausführung eines Gefangenen zur/m Arzt/in stellen Sie für Ihr Gegenüber eine/n Vertreter/in des demokratischen Rechtsstaates dar.
Sich dem bewusst zu sein und so zu handeln ist in Zeiten, in denen unsere Demokratie noch nie so sehr in Frage gestellt wurde wie jetzt, neben den fachlichen Voraussetzungen, grundlegend wichtig.

Dazu gehören so einfache Dinge wie das Gegenüber zu Siezen, einen Gefangenen, eine Gefangene auch so zu nennen, nicht Knacki oder andere, abwertende Begriffe zu verwenden. Dazu gehört auch, sich gut zu überlegen, ob man in den sozialen Medien oder dem analogen sozialen Umfeld wirklich gegen **den** Staat und seine Staatsform hetzen sollte, der einen für den Dienst alimentiert.

Natürlich wird einiges falsch laufen, läuft einiges derzeit schief, natürlich werden Sie sich manchmal fragen, ob wir uns nicht vorführen lassen, Sie können darüber in die Debatte gehen und streiten.



Foto: BSBD Sachsen

Aber bleiben Sie stets bei den Kirschen mit den Fragen:

- ob es nicht zeitgemäße gesetzliche oder auch beamtenrechtliche Regelungen geben sollte,
- ob die Bundesrepublik ihre aus Grundgesetz und internationalen Verträgen herrührenden Aufgaben stets noch bewältigen kann und
- ob hier immer eine gerechte Lastenverteilung unter Partnern besteht,
- aber auch so einfache Fragen; ob die Hausordnung Ihrer Anstalt noch den Anforderungen des Jahres 2024 entspricht.

Im demokratischen Rechtsstaat muss Übereinkunft darüber bestehen, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Religion oder seinem sozialen Status mehr oder weniger wert ist als ein anderer.

Ebenso steht die Tatsache der Gewaltenteilung und das Recht der freien Rede nicht zur Disposition.

Lassen Sie diese Grundrechte nicht zur Diskussion zu.

Sie werden als Repräsentant dieses demokratischen Rechtstaates derzeit nicht oft Vergnügungssteuer zahlen, man wird Sie angreifen, auslachen oder verhöhnen, aber es ist nie leicht, in Krisenzeiten für etwas einzustehen, was in Frage gestellt wird. In friedlichen wohlhabenden und angstfreien Zeiten ist es einfach, für die Demokratie einzustehen. Unsere Aufgabe und Kunst ist es, dies auch in diesen schwierigen Zeiten auszuhalten. Es ist dabei unerheblich, ob Sie Atheist, Muslim, Christ, Jude oder was weiß ich noch sind, es ist unerheblich, ob Sie groß, klein, gepierct oder tätowiert sind, wichtig ist Ihre innere Überzeugung zu unseren gemeinsamen Grundwerten.

Sie dürfen dabei aber nicht das Gefühl haben, allein zu stehen. Daher geht meine Bitte an Sie, die Damen und Herren Anstaltsleiter/innen, die Mitarbeitenden der Ministerialbürokratie und auch an alle anderen Verantwortlichen. Unterstützen Sie die Kollegen/innen neben dem fachlichen Bereich auch und insbesondere bei der Demokratiebildung und Entwicklung. Gehen Sie mit guten Vorbildern voran, seien Sie transparent in Ihren Entscheidungen, erklären Sie ihre Vorgehensweisen und seien Sie auch einmal fehlbar! Niemand ist unfehlbar – es ist vielmehr ein Zeichen von Größe auch einmal einen Fehler zu erkennen, zu kommunizieren und zu beheben. Und ganz nebenbei verringern Sie damit den von Ihren Mitarbeitenden oft kritisierten Abstand zwischen den Kollegen an der „Basis“ und der „Leitungsebene“. Und verfolgen Sie energisch jeden verbalen oder gar körperlichen Angriff auf Ihre Mitarbeitenden.

Ich gebe Ihnen meine Gedanken nicht aus rein altruistischen Beweggründen heute als Grußwort mit. Natürlich habe ich, neben meiner innersten Überzeugung, auch ein ganz profanes Interesse am Fortbestand unserer Grundwerte.

Ich möchte auch noch in einem, zwei oder drei Jahren hier stehen und ohne Angst sein, wenn ich als Interessenvertreter für den Vollzug die Probleme auch so benenne. Ich möchte auch in den nächsten Jahren einen „Kuchen“ haben, um mich mit Ihnen, Herr Goeckenjan, oder jedem anderen Verantwortungsträger im sächsischen Justizvollzug über die Kirschen streiten zu können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihre berufliche Laufbahn stets einen klaren Kompass und viel Glück!

Vielen Dank!

Thomas Porr
Landesvorsitzender BSBD Sachsen ■

Tag der offenen Tür in der Justizvollzugsanstalt Görlitz

Am 9. Dezember 2023 öffnete die JVA Görlitz für interessierte Besucher und Angehörige von Bediensteten ihre Türen. Den Besuchern wurde bei einer interessanten Führung durch die JVA Görlitz der Vollzugsalltag mit all seinen Facetten vorgestellt.

Die insgesamt 215 Besucher bekamen Einblicke in die Unterbringungsbereiche der Gefangenen, über Freizeitmöglichkeiten, Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen und Besuchsmöglichkeiten für Angehörige.



Foto: BSBD Sachsen

Über die Arbeit und vielseitigen Eisatzmöglichkeiten der Vollzugsbediensteten wurde an verschiedenen Stationen berichtet. Der Drogenspürhund der JVA Dresden konnte sein Können auf einer Suchstrecke unter Beweis stellen. Die Sicherheitsgruppe Justizvollzug Sachsen stellte Sicherheitsausrüstung und verschiedene Fundstücke aus, die bei Kontrollen in den sächsischen Justizvollzugsanstalten sichergestellt wurden. Großes Interesse wurde auch an dem ausgestellten Fuhrpark mit Gefangenentransportomnibus der JVA Dresden und den eigenen Gefangenentransportfahrzeugen gezeigt.

Der Tag der offenen Tür in der JVA Görlitz war auch eine erfolgreiche Werbung für eine Tätigkeit im sächsischen Justizvollzug. Die JVA Görlitz wird zum Wiederholungstäter und im Jahr 2024 wiederum die Tore für die breite Bevölkerung öffnen.

BSBD Ortsverband Görlitz ■

BSBD Sachsen auf Personalversammlung des Landgerichtes Chemnitz

Auf Einladung der Personalratsvorsitzenden des Landgerichtes Chemnitz, Kollegin Anja Hähle, nahm Kollege Lüpke von der Landesleitung des BSBD Sachsen an der diesjährigen Personalversammlung des LG Chemnitz teil. Kollege Lüpke nutzte die Gelegenheit, den Landesverband Sachsen und dessen Ziele vorzustellen. Nun könnte jemand auf die Idee kommen, zu fragen, was ein Vertreter des Justizvollzuges auf einer Personalversammlung der ordentlichen Gerichtsbarkeit soll.

Diese Frage ist ganz einfach zu beantworten. Der BSBD organisiert schon seit längeren Justizwachtmeister in seinen Reihen. Insbesondere im letzten Jahr konnten wir viele Kolleginnen und Kollegen bei uns aufnehmen. Dies vor allem dem Engagement des Kollegen Sven Riemer als Mitglied im Hauptvorstand des BSBD Sachsen und seinen Mitstreitern in Gerichtbezirken zu verdanken.

Der BSBD Sachsen hat es sich zum Ziel gemacht, die Laufbahn der Justizwachtmeister aus dem Schattendasein zu befreien und deren enorme Wichtigkeit für einen reibungslosen Justizbetrieb zu verdeutlichen. Zielsetzung ist der Übergang der Laufbahn der Justizwachtmeister in den mittleren Dienst. Eine Besoldung im einfachen Dienst ist nicht mehr zeitgemäß und beschämend. Die von Ministerialvertretern als großer Wurf bezeichnete Anhebung des Eingangsamtes auf die Besoldungsgruppe A 5 kann man nur als peinlich bezeichnen. Von einer spürbaren Einkommensverbesserung ist da nichts zu merken.

Eine angemessene Besoldung ist aus Sicht des BSBD die wohl deutlichste Form der vielgepriesenen Wertschätzung. Das es auch anders geht sieht man im Nachbarland Thüringen. Das Argument, dass es für eine Hebung in den mittleren Dienst eine Ausbildung bedarf, kann nachvollzogen werden. Warum sollte es analog der Regelung für den gehobenen Dienst nicht möglich sein, diese Ausbildung in einem anderen Bundesland im Rahmen eines Ausbildungsvertrages zu ermöglichen.

Vielleicht muss man auch ganz andere Wege gehen und darüber nachdenken, im Zusammenhang mit der für 2025 vorgesehenen Neufassung von Beamtenrechtsnormen das Laufbahnrecht umfassend zu reformieren. Eine Zusammenfassung der Laufbahngruppe 1, die dann durchaus mit der Besoldungsgruppe A 5 beginnen könnte und den Beamten durch Qualifikationsmaßnahmen, Diensterfahrung und entsprechenden Dienstposten eine Beförderung bis A 9 ermöglichen sollte.

Es gilt also das Laufbahnrecht umfassend zu reformieren, um die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes wieder herzustellen.

Im Verlauf der Personalversammlung und im Anschluss nutzten die anwesenden Justizwachtmeister rege die Möglichkeit mit Kollegen Lüpke zu diskutieren und Fragen zu stellen. Der BSBD Sachsen wird seine Aktivitäten der gezielten Einflussnahme auf die Politik weiter ausbauen, um auch die Interessen der Justizwachtmeister noch deutlicher herauszuheben.

Redaktion Vollzugsdienst ■



v.l.n.r.: Kollegen Sven Podradsky, Renato Lüpke, Silvio Dehnert, Stev Unterstab

Der BSBD LV Sachsen-Anhalt zeigt mit seinen Ortsverbänden Flagge

Der BSBD Landesverband Sachsen-Anhalt unterstützte mit seinen Ortsverbänden die zentralen Aktionen des **dbb**. Der Focus der Aktionen lag auf dem **WIR**.
Der Justizvollzug startete aber auch eigene Aktionen. Es wurden Demonstrationen und auch Streiks in mehreren Justizvollzugsanstalten im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. So auch in Sachsen-Anhalt. Diese Aktionen haben sehr gut funktioniert. Unser Dank für die Unterstützung gilt den beteiligten Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Anstalten.

BSBD Landesvorstand



Fotos (4): BSBD LSA







BSBD Landesvorstand trifft sich zu seiner ersten Sitzung

BSBD Landesvorstand trifft sich mit den Ortsverbänden zur ersten gemeinsamen Sitzung im Jahr 2024

Es wurde miteinander über nachfolgende Themen gesprochen:

- Entwicklung der IT-Situation in den Anstalten
- Dienstbekleidung in Sachsen-Anhalt
- Entwicklung des Vollzuges in Sachsen-Anhalt - Personalentwicklung

Zum **Thema – IT Situation** wurde Herr Höhne neuer Verantwortlicher für das IT-Personal, eingeladen. Er nahm sich über zwei Stunden Zeit, mit den Anwesenden über die Pläne und die Herausforderungen im Bereich IT des Justizvollzuges zu sprechen. Alle Teilnehmer nahmen die Gelegenheiten war, ihre Anregungen und Sorgen zu äußern, die sie aus den Anstalten mitgebracht haben.

Zum **Thema Dienstbekleidung** gibt es im Januar 2024 eine Arbeitsberatung im Bekleidungsservicecenter (BSC). Wo die Anregungen aus den Anstalten und des BSBD Landesvorstandes besprochen werden.

Die Teilnehmer des Treffens haben dann auch die Gelegenheit wahrgenommen, weitere Themen anzusprechen.

BSBD Landesvorstand ■



Landesvorstand tagt im Januar 2024



Ortsverband Burg bedankt sich bei seiner ehemaligen Schatzmeisterin

Jörg Hagendorf, OV Vorsitzender, Ines Kulle und Ines Grohl (v.l.n.R).

Die BSBD Landesverbände zeigen Präsenz in Berlin

Der BSBD protestiert mit der Bundesleitung und den Landesverbänden bei der Justizministerkonferenz (JUMIKO) am 10. November 2023 in Berlin. Mit dabei waren auch weitere Gewerkschaften aus dem Bereich der Justiz.
Die Vertreter des BSBD zeigten sich Justizminister/innen mit den bekannten Forderungen vor Beginn ihrer Beratungen mit dem Bundesjustizminister, Herrn Buschmann. Breiten Raum nahm hierbei der Tarifabschluss im öffentlichem Dienst ein. Leider zog es Herr Buschmann vor, sich den anwesenden Justizvertretern nicht zu stellen.

BSBD Landesvorsitzende ■

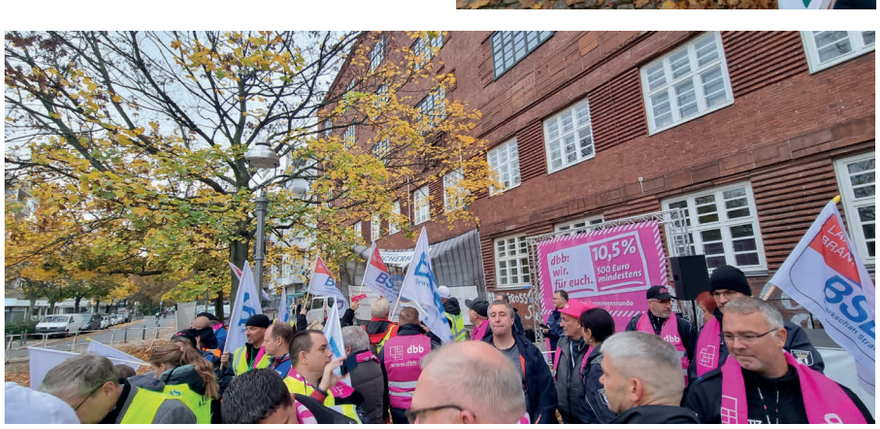
alle Fotos: BSBD LSA





























Der BSBD und andere Justizgewerkschaften zeigte an diesem Tag gemeinsam Flagge und Stärke.



Der Tarifabschluss zum TV-L 2023 steht

Mit dem TVöD-Abschluss gleichgezogen

„Ja, wir haben ein Ergebnis erreicht, das in seiner Wertigkeit dem TVöD Abschluss vom Frühjahr entspricht“, antwortete dbb-Chef Ulrich Silberbach auf eine viel gestellte Frage. Diese Auffassung teilt auch der BSBD-Landesvorsitzende Hinrichsen und bedankt sich bei dem BSBD-Tarifvertreter Sönke Patzer ausdrücklich für das Engagement in der Bundestarifkommission (BTK).



Foto: jonasginter / stock.adobe.com

Inflationsausgleich

Insgesamt erfolgen Zahlungen von 3.000 Euro steuerfrei. 1.800 Euro davon wurden als Einmalzahlung schon im Dezember 2023 ausgezahlt. Von Januar bis Oktober 2024 erfolgen dann monatliche Zahlungen in Höhe von 120 Euro. Der Inflationsausgleich wird für Teilzeitbeschäftigte entsprechend anteilig gezahlt.

Tabellenentgelt

Die Einkommen erhöhen sich zum 1. November 2024 um 200 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 5,5 Prozent. Wird dabei insgesamt keine Erhöhung von 340 Euro erreicht, wird der betreffende Erhöhungsbetrag zum 1. Februar 2025 auf 340 Euro gesetzt.

Laufzeit			Erhöhung	
Bund	Land		Bund	Land
24 Monate	25 Monate		2023 Nullrunde	
01.01.2023 - 31.12.2024	01.10.2023- 31.10.2025		01.03.2024 +200 €, +5,5 %	01.11.2024 200 €
				01.02.2025 5,5 %
Inflationsausgleich			Wartezeit bis zur ersten Erhöhung	
3.000	3.000		14 Monate	11 Monate
1.240 € am 01.06.23	1.800 € sofort		Mindestbetrag 340 €	
			Durchschnittswert Erhöhung*	
Juli 23 bis Februar 2024 220 € monatl.	Januar 24 bis Oktober 2024 120 € monatl.		11,2 %	11,8%

*Der Durchschnittswert weicht bei gleicher Erhöhung ab, da sich die Entgelttabellen Bund und Land unterscheiden.

Berufsanfänger Beamter A8 / Stufe 2

01.12.2023	2768,01 €
01.11.2024	2968,01 €
01.02.2025	3131,25€

Erhöhung gesamt: 363,24 € / 11,6 %

Beamter A9 / Stufe 11

01.12.2023	3685,97 €
01.11.2024	3885,97 €
01.02.2025	4099,70 €

Erhöhung gesamt: 413,73 € / 10,09 %

Beamter A12 / Stufe 8

01.12.2023	4559,10
01.11.2024	4759,10
01.02.2025	5020,85

Erhöhung gesamt: 461,75 € / 9,19 %

Pflegedienstzulage Justizvollzug

Ab dem 1. Januar 2024 erhalten auch Pflegekräfte im Justiz- und Maßregelvollzug die dynamische Zulage für Pflegekräfte (aktuell 143,92 Euro).

Fahrradleasing

Beschäftigte haben ab dem 1. Januar 2024 Anspruch darauf, künftige monatliche Entgeltansprüche durch Entgeltumwandlung für das Leasing eines Fahrrads zu verwenden, wenn und soweit die Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing auch Beamtinnen und Beamten des jeweiligen Landes angeboten wird und der Arbeitgeber die Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing auch den Tarifbeschäftigten anbietet. Bietet der Arbeitgeber die Entgeltumwandlung zum Fahrradleasing einer/einem Beschäftigten an, muss er sie allen Beschäftigten anbieten.

Wir haben den TVÖD Bundesabschluss vom 22. April 2023 und den TV-L Abschluss vom 9. Dezember 2023 hier zum besseren Verständnis gegenübergestellt und drei Modellrechnungen dargestellt, wie sich der Tarifabschluss in der Praxis auswirkt (siehe Abbildungen). ■

Gute Tarifabschlüsse sind keine Selbstläufer

Protestaktionen zeigen Wirkung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Abschluss kann sich sehen lassen. Besser geht immer, schlechter aber leider auch: Deshalb ist der Vergleich zum Bundesabschluss von vor einem Jahr auch so wichtig – und da sehen wir ganz gut aus!

Das Tarifergebnis beruht nicht zuletzt auf Protestaktionen der Gewerkschaften. Der dbb sh rief die Mitglieder seiner Gewerkschaften zu einer Großdemonstration am 24. November 2023 auf, die schlussendlich Wirkung zeigte. Bei der anschließenden Kundgebung vor dem Finanzministerium legte dbb-Bundestarifchef Volker Geyer in seiner Rede eindrucksvoll die Forderungen der Gewerkschaften dar und rügte die Verweigerungshaltung der TdL. Die anwesende Finanzministerin des Landes Monika Heinold (Bündnis 90/ Die Grünen) konnte kaum gegenhalten, sie wurde von den Demonstrierenden alles andere als herzlich begrüßt. Zu der Protestaktion äußert sich der dbb sh in seiner Pressemitteilung vom 24. Novembver 2023 wie folgt:



Fotos (3): BSBD S-H

2.500 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nahmen an der Protestaktion teil

Mitten in der Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder sind die haushaltspolitischen Spielräume infolge der Notkredit-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes noch enger geworden. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden die Suppe nicht erneut auslöffeln“, stellte dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp bei einer Kundgebung am 24. November 2023 mit rund 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben dem Kieler Finanzministerium klar.

Die Kundgebung schloss sich an einen Protestzug vom Exerzierplatz zum Regierungsviertel an. Mit dabei waren sowohl Tarifbeschäftigte, die gestreikt haben, als auch Beamtinnen und Beamte, die in ihrer Freizeit protestiert haben. Betroffen von der Einkommensrunde sind nämlich beide Statusgruppen: zunächst muss ein Tarifabschluss durchgesetzt werden, anschließend geht es um die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten des Landes sowie der Kommunen – ohne jegliche Abstriche!

Der im öffentlichen Dienst besonders dramatische Fachkräftemangel, die hohen Preissteigerungen der letzten Monate sowie die bereits durchgesetzte Einkommensanpassung für die Tarifbeschäftigten bei Bund und Kommunen erhöhen den Druck erheblich. Doch die Arbeitgeber haben noch nicht einmal ein Angebot vorgelegt. „Da hilft kein sicherer Arbeitsplatz mehr, sondern eher der sichere Arbeitsplatzwechsel“, so Tellkamp. „Die Arbeitszeit von 41 Stunden und das zusammengestrichene Weihnachtsgeld bei den Beamten erweisen sich immer wieder als zusätzliches Attraktivitätsverhinderungsprogramm für den öffentlichen Dienst“.

dbb Landesjugendleiterin Sina Wohlauf sowie Bundesjugendleiter Matthäus Fandrejewski machten deutlich, dass Nachwuchskräfte dringend konkurrenzfähige Rahmenbedingungen benötigen, um in den öffentlichen Dienst zu kommen und dort zu bleiben. dbb Tarifchef Volker Geyer appellierte an die Arbeitgeber, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Dr. Christine Schmehl vom Richterverband beklagte einen unwürdigen Umgang mit dem Rechtsstaat. Finanzministerin Monika Heinold, die ebenfalls anwesend war, verwies auf einen sorgfältigen Umgang mit den Haushaltsmitteln. Ihr gelang es aber nicht, die Protestierenden zu besänftigen.

Soweit die Pressemitteilung des dbb sh vom 25. November 2023. Heute wissen wir: Die Präzens der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf der Straße hat sich gelohnt, der am 9. Dezember 2023 zustande gekommene Tarifabschluss kann sich sehen lassen! Der BSBD Schleswig-Holstein war bei der Demonstration am 24. November 2023 stark mit ca. 60 Kolleginnen und Kollegen aus dem Strafvollzug vertreten. Danke für euer Engagement! Die Demonstrierenden empfanden die Veranstaltung als gelungen, ein starkes Signal ging von der



Finanzministerin Monika Heinold auf der Kundgebung des dbb sh

Aktion aus. Wieder einmal zeigt sich, wie der dbb es schafft, die Kräfte der verschiedenen Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen zu bündeln. Dabei kann der dbb spezialisiert Interessen des öffentlichen Dienstes vertreten. Es macht Sinn, sich in einem spezialisierten Dachverband zu organisieren!

Für Aufregung sorgte insbesondere das Argument der Tarifgemeinschaft der Länder, auf das dbb-Bundestarifchef Volker Geyer in seiner Rede einging: Man wünsche sich einen schlechten Tarifabschluss, damit der öffentliche Dienst unattraktiv bleibe, sodass Nachwuchskräfte in der freien Wirtschaft ankommen, das erhöhe Steuereinnahmen und könne Haushaltsdefizite ausgleichen. **Danke liebe Finanzministerinnen und Finanzminister für die Wertschätzung!** Die Politik will gleichzeitig, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf Jobmessen Nachwuchskräfte anwerben und Entgelte bzw. die Besoldung gering halten – wie passt das zusammen?

Der BSBD weist schon lange auf die gestiegenen Anforderungen von Berufsbildern im Strafvollzug hin. Die Zahl psychisch auffälliger Gefangener steigt, Angriffe auf Bedienstete nehmen zu. Wenn Danksagungen und Worte der Wertschätzung schlicht leere Hüllen bleiben und sich in Tarifabschlüssen nicht widerspiegeln, erzeugen diese Worte keine Freude, sondern nachvollziehbar regelrecht Wut! Das schmälert schlussendlich die Glaubwürdigkeit der Politik, insbesondere der Parteien in Regierungsverantwortung!



Der BSBD Landesverband war bei der Protestaktion stark vertreten

Abschließend bleibt uns nur, danke zu sagen! Danke an die Kolleginnen und Kollegen, die auch bei schwierigen Witterungsbedingungen zu Demonstrationen gekommen sind! Danke an den BSBD-Bundesvorstand, der in den letzten Monaten wirklich hart gearbeitet hat und die Landesverbände unterstützt hat! Danke an unseren BSBD-Tarifvertreter Sönke Patzer, der so unglaublich viel Freizeit investiert hat! Und nicht zuletzt: Danke an den dbb Bund und den dbb sh für die Organisation von Großveranstaltungen und für euren Einsatz in den wirklich schwierigen Tarifverhandlungen!

Michael Hinrichsen & Henry Malonn ■

Inflationsausgleichsprämie auch für Beamte

Tarifabschluss 2023: Übertragung auf die Beamtenbesoldung

Der dbb schleswig-holstein begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung und der Landtag nach dem Tarifabschluss sehr zügig für Klarheit sorgen: Die Inflationsausgleichsprämie wird in Schleswig-Holstein auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen. Nachdem die Anhörung am 14. Dezember 2023 im Finanzausschuss unter Beteiligung des dbb sh in einer entsprechenden Beschlussfassung mündete, stand der endgültigen Beschlussfassung durch den Landtag am 15. Dezember nichts mehr im Wege. „Aber erst nach der im nächsten Jahr anstehenden Übertragung der tabellenwirksamen Komponenten können wir eine Bilanz ziehen“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Zwar hat sich die Landesregierung inzwischen positiv zu unserer Forderung geäußert, den gesamten Tarifabschluss wirkungs- und auch zeitgleich zu übertragen, offen ist jedoch, wie dabei mit der Herausforderung umgegangen wird, die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu beachten.

Aus unserer Sicht müssen ergänzende Stellschrauben bewegt werden, um das Abstandsgebot zur sozialen Grundsicherung sowie das Leistungsprinzip zu wahren. Dabei ist zum Beispiel die deutliche Erhöhung des Bürgergeldes zu berücksichtigen. Wir werden den für das erste Quartal angekündigten Gesetzentwurf auf Herz und Nieren prüfen und den Beamtinnen und Beamten eine Empfehlung geben, ob anspruchswahrende Aktivitäten eingestellt, aufrechterhalten oder ausgeweitet werden sollten.

Doch das Land könnte vor einer weiteren großen besoldungspolitischen Herausforderung stehen: In Kürze dürfte das Bundesverfassungsgericht in zwei vom dbb sh initiierten Verfahren entscheiden: dabei geht es um die bereits im Jahr 2007 vorgenommene empfindliche Kürzung des Weihnachtsgeldes sowie um die die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde gegen die Besoldungsgesetzgebung im Jahr 2022. Seinerzeit wurden familienbezogene Besoldungskomponenten ausgeweitet, anstatt Kürzungen für alle Betroffene zurückzunehmen.

Zunächst steht aber fest: Beamtinnen und Beamten erhalten für das Jahr 2023 eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 1500 € (Anwärter 1000 €). Im Jahr 2024 werden weitere 300 € sowie in den ersten 10 Monaten je 120 € (Anwärter 50 €) gezahlt. Insgesamt handelt es sich um 3000 € (Anwärter 1500 €), die steuerfrei bleiben. Versorgungsempfänger profitieren entsprechend ihres Ruhegehaltssatzes. Das ist ein wichtiger erster Schritt, um auf die Inflation und das Gehaltsgefälle infolge der Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen zu reagieren.

Kai Tellkamp
dbb Landesbundvorsitzender ■

Neue Erfahrung: Berufsbild ist komplett anders

BSBD Landesvorstand besucht die Abschiebehafteinrichtung Glückstadt

Nach dreijähriger Bauphase wurde im August 2021 die Abschiebehafteinrichtung Glückstadt in Betrieb genommen. Das ca. 65 Millionen Euro teure Bauprojekt bietet aktuell Platz für 60 vollziehbar ausreisepflichtige Personen aus den Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Insgesamt 55 Bedienstete (inklusive Anwärter) aus dem Bereich Abschiebehaftvollzugsdienst und zusätzlich 10 Personen im Verwaltungs-/Leitungsbereich sind zurzeit in der Einrichtung tätig. Am 10. Januar 2024 besuchte der BSBD-Landesvorstand die Einrichtung und nutzte die Gelegenheit, Gespräche mit der Einrichtungsleitung und der örtlichen Personalvertretung wahrzunehmen. Für den BSBD waren der Landesvorsitzende Michael Hinrichsen, die stv. Landesvorsitzenden Henry Malonn und Daniel Stahl und die Beisitzerin Melanie Waldmann anwesend.



Fotos (5): BSBD S-H

Für den BSBD Landesvorstand „das Tor zu neuen Welten“: Die Pforte in der Außenansicht

Gespräch mit der Einrichtungsleitung

Im Gespräch mit der Dienststellenleitung wurde schnell deutlich, dass Einvernehmen über die hohe Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit besteht: Beide Seiten wollen deshalb konstruktiv zusammenarbeiten, um den Vollzug der Abschiebehaft weiter gemeinsam mit allen beteiligten Stellen auszugestalten. BSBD und Abschiebehafteinrichtung (im Folgenden „AHE“) sind dabei auf gegenseitige Impulse angewiesen. Stefan Jasper, Einrichtungsleiter der Abschiebehafteinrichtung Glückstadt, und sein Stellvertreter Stefan Ruppert gaben dem BSBD zunächst einen Überblick über die Behördenstruktur der Einrichtung: vor dem 1. Oktober 2022 war die Einrichtung behördenstrukturell eine Abteilung des Innenministeriums. Seitdem ist sie untere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit. Zuständig für Dienst- und Fachaufsicht ist dort, wie für die anderen Vollzugseinrichtungen des Landes, die Abteilung II „Justizvollzug, Ambulante soziale Dienste der Justiz und Freie Straffälligenhilfe“. Durch den Zuständigkeitswechsel wurde die Verwaltung in der AHE dezentralisiert: Personal- und Wirtschaftsverwaltung wurden fortan in der Einrichtung selbst installiert. Dafür wurde Personal aus dem vorhandenen Stellenpool herangezogen. Das bedeutet schlussendlich einen erheblichen Mehraufwand an Quantität und Anspruch der zu bewältigenden Verwaltungsaufgaben.

Derzeit sind 55 der insgesamt 72 im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen für die AHE besetzt. Zur Kompensation der Differenz zwischen Soll- und Ist-Stand werden die Vollzugsbediensteten durch Mitarbeiter eines externen Sicherheitsdienstleisters bei der Aufgabenbewältigung unterstützt. Tagsüber unterstützen acht und nachts sechs externe Kräfte. „Mittelfristiges Ziel ist es, alle 72 Stellen zu besetzen, sodass nicht mehr auf externe Dienstleister zurückgegriffen werden muss und alle Anwesenden hoheitliche Aufgaben ausüben dürfen“, so der Einrichtungsleiter Jasper. Der BSBD unterstützt die Bestrebungen vollumfänglich: Die Privatisierung des Strafvollzuges in jeder Form schmälert unser Berufsbild! Dafür müssen aktiv Nachwuchskräfte geworben werden. Der Arbeitsmarkt ist bekanntlich hart umkämpft, Berufe in der AHE müssen entsprechend attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Wir fordern deshalb: Die „Glückstadt-Prämie“ in Höhe von 300 € als monatliche Sonderzahlung zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit (vgl. § 9 SHBesG) muss dauerhaft erhalten bleiben!

Die Attraktivität von Berufen in der AHE wird durch den Standort weiter geschwächt: Glückstadt liegt fernab von Autobahnen an der dünn besiedelten Nordseeküste des Landes. Andere Vollzugseinrichtungen wie die JVA’en in Kiel, Neumünster oder Lübeck sind durch günstigere Verkehrsanbindungen und günstigeren Lagen (zentral oder an der doch dichter besiedelten Ostseeküste) für viele schlicht besser erreichbar. Weiterhin unterscheidet sich das Berufsbild von Bediensteten im Abschiebehaftvollzug weitgehend vom Berufsbild der Straf-



Von links: Stefan Ruppert (Vertreter des Einrichtungsleiters), Stefan Jasper (Einrichtungsleiter)

vollzugsbediensteten: Die Betreuung der Gefangenen ist im auf die Wiedereingliederung ausgerichteten Strafvollzug zentrales Element, durch Beziehungsaufbau soll soziale Sicherheit erreicht werden. Bedienstete wirken an der Freizeitgestaltung und der Behandlung der Gefangenen mit. Der Vollzug der Abschiebehaft ist dagegen nicht auf die Wiedereingliederung, sondern auf die Sicherung der Ausreise ausgelegt. Beziehungsaufbau zu den Untergebrachten ist bei einer durchschnittlichen „Verweildauer“ von nur 21 Tagen kaum möglich.

Ein weiteres großes Problem in der AHE: Die gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung einer behördenunabhängigen Sozialberatung (vgl. § 6 Abs. 2 AHaftVollzG SH). Der aktuelle Träger findet schlicht keine Mitarbeiter mehr, die bereit sind, Sozial- und Rechtsberatung für die Untergebrachten anzubieten. Die Einrichtung kann ihrer gesetzlichen Verpflichtung (unverschuldet!) zurzeit in diesem Bereich nur noch eingeschränkt nachkommen. Der Einrichtungsleiter Jasper - selbst u.a. Diplom-Pädagoge - äußert Verständnis: „Bei der Arbeit mit Strafgefangenen hat man als Sozialarbeiter ein Ziel vor Augen: die Resozialisierung. Im Abschiebehaftvollzug ist Zweck sozialer Arbeit einzig und allein die Schadensbegrenzung. Das bietet keine Arbeitszufriedenheit.“ Der BSBD-Landesvorstand fordert deshalb eine umfassende rechtliche Prüfung, ob die Rechts- und Sozialberatung für die Untergebrachten durch einen internen Fachdienst abgesichert werden kann. Die aktuelle Rechtslage stellt sich in der Praxis als „leere Hülle“ dar.

Der Austausch mit der Einrichtungsleitung gestaltete sich insgesamt konstruktiv in angenehmer Gesprächsatmosphäre. Vielen Dank! Beide Seiten wollen einen regelmäßigen vertrauensvollen Austausch miteinander etablieren, sodass durch Verbandsarbeit Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse genommen werden kann.



Von links: Stahl, Waldmann (beide BSBD), Mainka (öPR AHE), Malonn (BSBD), Peters, Fölster (beide öPR AHE)

Gespräch mit der örtlichen Personalvertretung

Anschließend nutzten die BSBD-Vertreter*innen die Gelegenheit zum Austausch mit dem örtlichen Personalrat. In gleichermaßen angenehmer Atmosphäre war es uns ein besonderes Anliegen, die Probleme der Abschiebehaft aus Sicht der Personalvertretung schildern zu lassen und miteinander in den Dialog zu treten.

Gegenstand des Austausches war insbesondere der Sachstand der Etablierung verbindlicher Dienstzeitmodelle. Die behördliche Umstrukturierung der AHE von einer Abteilung einer oberen Landesbehörde brachte Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeiten mit sich. Die BSBD-Vertreter*innen brachten Licht ins Dunkle: Dienstzeitmodelle werden in Dienstvereinbarungen gem. § 57 MBG-SH zwischen Dienststellenleitung und örtlicher Personalvertretung beschlossen. Die Aufsichtsbehörde (hier das MJG) ist für übergeordnete Entscheidungen zuständig, die der Mitbestimmung des dort angesiedelten Hauptpersonalrates unterliegen - innerbehördliche Modelle der Dienstzeitgestaltung fallen nicht darunter. Verbindlichkeit in der Dienstplanung muss gegeben sein.

Im Gesprächsverlauf stellten wir fest, dass aktuelle Problematiken des Strafvollzuges gleichermaßen im Vollzug der Abschiebehaft auftreten: Die Einrichtungsleitung schilderte am Vormittag bereits, dass das Klientel in der AHE ähnlich problematisch sei, wie in den JVA’en des Landes. Psychisch auffällige Untergebrachte dominieren auch hier den Vollzugsalltag. Die Vorsitzende des örtlichen Personalrates Frau Fölster untermauerte die Schilderungen mit Beispielen aus der Praxis: „Beleidigungen wie ‚du Schlampe‘ oder die Unterstellung Untergebrachter, Bedienstete würden rassistisches Verhalten an den Tag legen, sind keine Seltenheit.“ Nur selten wird nach Beleidigungen Bediensteten gegenüber Strafanzeige erstattet. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf: Bleiben Beleidigungen straffrei, bedeutet das immer eine Degradierung der Bediensteten. Die Sicherungsaufgabe des Abschiebehaftvollzuges (vgl. § 2 Abs. 1 AHaftVollzG) verliert schon abstrakt an Bedeutung. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bedeutet eine ungeahndete Beleidigung zweifelsohne einen starken „Gesichtsverlust“, die Hemmschwelle für die Begehung ähnlicher Taten unter den Untergebrachten sinkt erheblich. Aus beiden Gesprächen (mit Dienststellenleitung und Personalvertretung) nehmen wir mit, dass es dringend Nachbesserungen in der Behördenstruktur bedarf. Innerbehördliche Zuständigkeiten müssen schnellstmöglich in einem bestandskräfti-



Frau Fölster (AHE) im Gespräch mit Henry Malonn (stv. BSBD Landesvorsitzender)

gen Geschäftsverteilungsplan geklärt werden, der der Mitbestimmung des örtlichen Personalrates unterliegt. Beförderungsstellen müssen in einem intern zugänglichen Funktionsstellenplan bekanntgegeben und schlussendlich ausgeschrieben werden, um das Berufsbild der Bediensteten im Abschiebehaftvollzug durch Aufstiegsmöglichkeiten attraktiv zu gestalten. Dienstpläne müssen sich nach einem allgemein akzeptierten Dienstzeitmodell, das zwischen Leitungsebene und örtlicher Personalvertretung beschlossen wird, richten und rechtzeitig im Voraus aufgestellt werden. Nur durch Steigerung der Attraktivität können potenzielle Bewerber für die AHE gewonnen werden!



Praktisch und übersichtlich: Blick auf eins von drei „Hafthäusern" der AHE

Landesvorstand positiv beeindruckt

Positiv beeindruckte die Vertreter*innen des Landesvorstandes der bauliche Zustand der AHE: Im Anschluss an das Gespräch mit der Personalvertretung führten die Personalrätinnen Fölster und Peters sowie der Personalrat Mainka die BSBD-Vertreter*innen durch die AHE. Vier nahezu baugleiche Baukomplexe sind hinter- bzw. nebeneinander im Rechteck auf dem Gelände angeordnet. Die Häuser, in denen vollziehbar ausreisepflichtige Personen untergebracht sind, verfügen jeweils über einen eigenen Freistundenhof. Das Gelände ist nahezu vollständig kameraüberwacht, die Kamerabilder sind in der Sicherheitszentrale, die modernsten Standards genügt, einsehbar. Man kann sagen: Baulich ist die AHE zweifelsohne Vorbild für alle Vollzugseinrichtungen im Land! Dabei verkennen wir nicht, dass es sich bei dem Baukomplex um einen neuen Umbau (vorher war das eine Marinekaserne) handelt, der zielgerichtet auf den Abschiebehaftvollzug ausgerichtet ist und keinen engstirnigen Denkmalschutzvorschriften unterliegt.
Wir empfehlen allen Bediensteten der Vollzugseinrichtungen des Landes, die AHE zu besuchen - wo sonst im Land könnte man praktischen und modernen Vollzugsbau bestaunen? Die Gegebenheiten des Abschiebehaftvollzuges bieten einen spannenden Blick über den Horizont des „klassischen Strafvollzuges" hinaus. Nicht unerwähnt lassen möchten wir auch, dass wir den Eindruck gewonnen haben, dass unter der Belegschaft der AHE ein angenehmes, von Kollegialität und Teamgeist geprägtes Arbeitsklima herrscht. Trotz fehlender Strukturen in nahezu allen Bereichen gelingt es, den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus erkennen wir einen beeindruckenden Gestaltungswillen.

Wir zollen dem örtlichen Personalrat der AHE in höchstem Maße Respekt! Nach der behördlichen Umstrukturierung im Oktober 2022 habt ihr nahezu autodidaktisch ein funktionierendes, von Gestaltungswillen und dem Willen zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der Leitung geprägtes Mitbestimmungsgremium etabliert. Ihr hattet dabei weder viele diensterfahrene Kolleginnen oder Kollegen, auf deren Rat zurückgegriffen werden konnte zur Verfügung, noch haben sich in der AHE zu diesem Zeitpunkt gewerkschaftliche Netzwerke etabliert!
Der BSBD-Landesvorstand möchte den Dialog in diesem Sinne aufrechterhalten. Wir werden die Interessen aller Bediensteten der AHE künftig noch stärker gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten!

Henry Malonn
Stv. BSBD Landesvorsitzender ■

Thorsten Spiel zum Ehrenvorsitzenden ernannt

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Lübeck

Der BSBD-Ortsverband Lübeck hatte am 11. Dezember 2023 seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Zu dem üblichen Prozedere bei einem Essen im Seglerverein Schlutup (Ortsteil Hansestadt Lübeck) gab es noch ein besonderes Highlight: Der langjährige ehemalige Ortsverbandsvorsitzende und jetzige Pensionär Torsten Spiel wurde von der Ortsverbandsvorsitzenden Sandra Topke mit einem Präsent und einer Urkunde nicht nur in den Ruhestand verabschiedet, sondern auch zum OV-Ehrenvorsitzenden ernannt.



Ortsverbandsvorsitzende Sandra Topke beglückwünscht Ehrenvorsitzenden Spiel

Für seine langjährige Vorstandsarbeit wurde Torsten Spiel nochmals gelobt, denn ohne ihn gäbe es den Ortsverband Lübeck nicht mehr. Viele Jahre (seit 1992) hat er den Ortsverband immer zuverlässig und mit großem persönlichen Einsatz geführt. Erst mit dem Eintritt in den Ruhestand hat Torsten Spiel sein Amt abgegeben.
Die Mitglieder des BSBD-Ortsverbandes Lübeck ließen den Abend schließlich in gemütlicher Atmosphäre ausklingen.

OV Lübeck ■

Thüringer Justizvollzugsdatenschutzgesetz (ThürJVollzDSG) und Änderungen des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches in Kraft getreten

Ende des Jahres 2023 sind mit der Veröffentlichung im Staatsanzeiger das Thüringer Justizvollzugsdatenschutzgesetz (ThürJVollzDSG) und Änderungen des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches in Kraft getreten. Aus den vom Landtag verabschiedeten Regelungen ergeben sich viele zusätzliche Aufgaben. Im Gesetzgebungsverfahren war der BSBD zur Stellungnahme aufgefordert worden. Bei dieser Gelegenheit hatten wir viele Stellen des Entwurfs kritisiert und darauf hingewiesen, dass den zusätzlichen Aufgaben aus unserer Sicht auch in personeller Hinsicht Rechnung getragen werden muss. Leider muss man feststellen, dass unsere entsprechenden Hinweise unbeachtet geblieben sind. Es ist zwar in derartigen Beteiligungsverfahren nicht üblich, auf entsprechende Anregungen und Bemerkungen zu antworten, gleichwohl hätten wir es uns gewünscht, dass man sich mit den Argumenten auseinandersetzt. Aus unserer Sicht wäre eine mündliche Anhörung im Ausschuss für Migration, Justiz und Verbraucherschutz wünschenswert gewesen. Leider muss man nunmehr feststellen, dass der Regierungsentwurf im Landtag nach unserer Wahrnehmung quasi „durchgewunken“ wurde. Zu den wichtigsten Änderungen im Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch gehören insbesondere Änderungen bei den Regelungen zur Vollzugsplanung bei kurzen Freiheitsstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen, die Wiedereinführung des Überbrückungsgeldes sowie Regelungen zur Fixierung. Aus unserer Sicht ist es dringend erforderlich, entsprechende Fortbildungsveranstaltungen in das zentrale Aus- und Fortbildungsprogramm der Justizvollzugsausbildungsstätte aufzunehmen.

Der Landesvorstand ■

Ausflug in die Geschichte

JVA Hohenleuben besucht Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth

Nachdem wir In den letzten Jahren Wanderungen in unserer wunderschönen landschaftlichen Umgebung unternommen hatten, sollte es in diesem Jahr endlich mal wieder eine Busfahrt sein. Die Idee für einen Ausflug nach Mödlareuth wurde im Büro der Druckerei ausgeheckt. Mödlareuth wurde bekannt als geteiltes Dorf an der Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland und wurde scherzhaft „Little Berlin“ genannt. Wie es dazu kam, ist ein spannendes Thema. Ein Stoff, aus dem heute Agententhriller und abenteuerliche Fluchtgeschichten gemacht werden. Nach der Wende 1998 wurden bei Mödlareuth große Teile der Grenzsicherungsanlagen erhalten und eine Gedenkstätte Deutsch-Deutsches Museum errichtet. Eine Ausstellung wie das Grenzmuseum Mödlareuth lädt die Besucher zu einer Zeitreise ein. Es ist eine informative Begegnungsstätte und ein repräsentativer Ort für die Überwindung von Grenzen. Am 15.11.2023 trafen sich 31 Teilnehmer um 8.00 Uhr auf dem Marktplatz Hohenleuben. Unverzichtbares Ritual ist der Genuss kleiner Sektflaschen, die kartonweise von der Verkaufsstelle Delitscher in den Bus verfrachtet wurden. Die Busfahrt dauerte eine Stunde. In Mödlareuth kam unser oberfränkischer Anstaltsleiter Herr Budan hinzu. Das Dorf Mödlareuth hat gerade mal 50 Einwohner. Aber jedes Jahr kommen ungefähr 80.000 Besucher in das Deutsch-Deutsche Museum. Wir betraten das Dokumentationszentrum und nahmen im Filmsaal Platz. Frau Friedrich ist Lehrerin für Deutsch und Geschichte an der Realschule Rehau. Mit interessanten Dias erklärte sie uns in einer spannenden Geschichtsstunde die gesamte Grenzschutzanlage. Sie erzählte von den Schwierigkeiten getrennter Familien, der Umsiedlungswelle und der einzigen gelungenen Flucht bei Mödlareuth. Ein direkt an der Betonmauer geparkter Transporter ermöglichte den blitzschnellen Überstieg des Fahrers auf die westliche Seite. Anschließend schauten wir uns das ebenso interessante Video „Alltag an der Grenze“ an. Nach der Gründung der DDR bis zum Mauerbau 1961 sind rund 2,8 Millionen Menschen in den Westen geflohen. Ein enormer personeller Aderlass! Eine weitere Abwanderung dieser Größenordnung wollte die SED-Regierung durch unüberwindbare Grenzsicherung verhindern. Der brutale Einsatz von Antipersonenminen und Selbstschussanlagen brachte der DDR international heftige Kritik ein. Was für den Arbeiter- und Bauernstaat ein überlebensnotwendiger antifaschistischer Schutzwall war, war für den Westen ein hässlicher menschenverachtender Todesstreifen.



Nach dem Vortrag ging es ins Freie. Der Tag war kühl und etwas regnerisch. Aufmerksam hörten wir am Schlagbaum den Erklärungen unserer Geschichtslehrerin zu. Friedlich plätschert der Tannbach dahin. Mühelos können kleine Kinder von einer Seite auf die andere springen. Eine Dorfidylle, wie man sie in Deutschland tau-

sendfach findet. Doch dieses unschuldige Bächlein mitten durch den Ort Mödlareuth war die Demarkationslinie von Thüringen und Bayern. Hier trafen der sozialistische Osten unter sowjetischer Besatzung und der kapitalistische Westen unter amerikanischer Besatzung unversöhnlich aufeinander. Sowjetische und amerikanische Soldaten standen sich feindlich bewaffnet gegenüber. Die Dorfbewohner wurden nicht gefragt, zu wem sie gehören wollten. Die DDR sicherte ihre Grenze mit einer 3,30 m hohen Betonsperrmauer. Hundert Meter davon sind im Original erhalten. Dahinter standen die Wachtürme. Am Gitterzaun waren die Selbstschussanlagen befestigt. Sie hatten eine tödliche Reichweite von fast 100 Metern. Zwischen Stahlgitter und Betonmauer war der verminte Todesstreifen angelegt. Riesige Scheinwerfer und Hundelaufanlagen machten klar, an dieser Grenze gibt es kein Durchkommen! Während auf der Ostseite ein russischer Panzer auf einem Hügel thronte, konnte man auf der westlichen Seite in einer Scheune etliche Militärfahrzeuge anschauen. Im Gelände waren viele Informationstafeln in deutscher und englischer Sprache aufgestellt. Besonders interessant waren die vielen historischen Fotos. So verrückt es



Fotos (2): BSBD Thüringen

klingt, aber Mödlareuth ist bis zum heutigen Tag immer noch ein verwaltungstechnisch geteiltes Dorf mit unterschiedlichen Postleitzahlen. Die Ostseite gehört zum Saale-Orla-Kreis und die Westseite gehört zu Bayern. Die Vorträge im Museum und der Rundgang im Außengelände waren sehr beeindruckend und stimmten uns sehr nachdenklich. Heute ist der Kolonnenweg, auf dem die Grenzer patroulierten, ein Wanderweg. Von der Ostsee bis nach Bayern schlängelt sich das „Grüne Band“ 1400 km durch unberührte Natur und verbindet auf einzigartige Weise Natur, Kultur und Geschichte. Grenzmuseen bringen Erinnerungskultur und Naturerlebnis zusammen. Mit dem Bus ging es dann weiter nach Joditz. In der Gaststätte Auenseehaus, an einem wunderschönen Badesee gelegen, gab es bei gemütlichem Kaminfeuer ein schmackhaftes Mittagessen. Danach ging es zurück nach Hohenleuben. Der Besuch eines Grenzmuseums ist für alle geschichtsinteressierten Menschen sehr zu empfehlen.

Marion Lenitzki



Was bringt 2024?

Zahlreiche Gesetzesänderungen / Verfassungskonforme Alimentation / Personalsituation / Landtagswahlen

Nachdem die Neujahrswünsche allmählich verhallt sind und das neue Jahr schon ein paar Tage alt ist, lohnt sich ein kleiner Ausblick auf das bereits begonnene Jahr. Im Jahr 2024 ändern sich viele Regelungen und Gesetze – vom Personalausweis über Kinderkrankengeld bis zum steuerlichen Grundfreibetrag. Einen Kurzüberblick findet Ihr auf der Webseite des tbb (https://www.thueringer-beamtenbund.de/aktuelles/news/das-aendert-sich-2024/).

Für uns stellt sich insbesondere die Frage der Übertragung des im vorigen Jahr erreichten Ergebnisses der Tarif- und Einkommensrunde auf die Beamtinnen und Beamten. Die Finanzministerin hatte bei Inkrafttreten des Gesetzes zur verfassungskonformen Alimentation im Jahr 2023 bereits angekündigt, dass die Landesregierung beabsichtigt, entsprechende Erhöhungen mit künftigen Tariferhöhungen zu verrechnen und damit entsprechende Steigerungen quasi als Vorgriff auf diese verstanden. Nunmehr ist es aber so, dass den Erhöhungen für die Beschäftigten auch eine andere Systematik zu Grunde gelegt wurde. Beispielsweise wird die so genannte Inflationsprämie für Beschäftigte – anders als für Beamtinnen und Beamte in voller Höhe unabhängig vom Familienstand und der Kinderzahl bezahlt. Bei einem ersten Spitzengespräch des tbb mit dem Finanzministerium wurde mitgeteilt, dass die Übertragung der Ergebnisse der Einkommensrunde auf die Beamten und Versorgungsempfänger in Thüringen im Jahr 2024 unter Berücksichtigung der Urteile des BVerfG von 2020 zur amtsangemessenen Alimentation erfolgen wird. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich unabhängig vom Tarifergebnis die zum 01.01.2024 in Kraft getretene Erhöhung des Bürgergeldes um 12 % zu einer Erhöhung der Besoldung führen muss, da der Mindestabstand zur Grundsicherung als ein Kriterium für eine verfassungskonforme Alimentation gewahrt bleiben muss. Ein Entwurf zur Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes liegt bisher noch nicht vor. Aus der Dauer der Gesetzgebungsverfahren und den erforderlichen Lesungen im Landtag ergibt sich, dass frühestens im 2. Quartal 2024 mit dem Inkrafttreten entsprechender Änderungen und darauf basierenden Zahlungen gerechnet werden kann.

Unabhängig von diesen Umständen ist im Hinblick auf die Besoldung auch zu beachten, dass im Jahr 2024 auch mit erstinstanzlichen Entscheidungen zu den zahlreichen Klagen, die sich inhaltlich dagegen wenden, dass eine verfassungskonforme Alimentation in Thüringen nahezu ausschließlich durch die Erhöhungen der kinderbezogenen Anteile des Familienzuschlages erreicht wird, zu rechnen ist. Der tbb/BSBD unterstützt Musterklageverfahren an allen Thüringer Verwaltungsgerichten und wird seine Mitglieder über entsprechende Entscheidungen informieren. Eventuelle Entscheidungen werden sich im Jahr 2024 aber noch nicht unmittelbar auswirken, weil davon auszugehen ist, dass die Verfahren in die zweite Instanz gehen werden und somit im Jahr 2024 noch keine rechtskräftigen Entscheidungen vorliegen.

Leider ist auch in den kommenden Jahren nicht mit einer Verbesserung der Personalsituation im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst zu rechnen. Der BSBD weist seit Jahren darauf hin, dass mit der Einstellung von 40 Anwärtern im AVD im Jahr keine spürbare Verbesserung der Personalsituation oder der im Personalentwicklungskonzept errechnete Personalbedarf erreicht wird. In keinem der zurückliegenden Jahre konnten 40 Anwärter in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. In den nächsten Jahren werden jährlich etwa 30 Bedienstete der Laufbahn mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt, weitere Bedienstete scheiden aus anderen Gründen aus. Insofern bleibt der bestehende Zustand bestenfalls erhalten. Der im Personalentwicklungskonzept berechnete Personalbedarf wird damit nicht erreicht. Mit Besorgnis muss auch die Personalentwicklung im gehobenen und höheren Dienst betrachtet werden. Schon jetzt sind einige Dienstposten der entsprechenden Laufbahnen nicht besetzt. Hinzu kommt, dass in diesen Laufbahnen eine längere Ausbildungszeit erforderlich ist und eine längere dienstliche Erfahrung vor der Übertragung von Führungsaufgaben wünschenswert ist.

Erfreulicherweise hat sich die Beförderungssituation im mittleren allgemeinen Vollzugdienst in den letzten Jahren deutlich verbessert. Wesentliche Grundlage dafür war die im Wesentlichen auf unsere Initiative mit dem Haushalt 2021 erreichten 100 Stellenhebungen von A7 nach A9 und damit 200 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten. Allerdings ist es nunmehr erforderlich, die angestrebte und mehrfach zugesicherte Bündelung der Stellen im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst umzusetzen. Schon jetzt sind nahezu 100 Stellen der Besoldungsgruppe A9 unbesetzt, weil die Dienstpostenbewertung eine Besetzung dieser Stellen verhindert und damit in absehbarer Zeit ein Stau in der Besoldungsgruppe A8 entsteht bzw. schon entstanden ist. Zukünftig ist es zunehmend erforderlich, Beförderungen nach A9 unabhängig von der Dienstpostenbewertung vornehmen zu können, um dann auch Beförderungen nach A8 zu ermöglichen und die im Haushaltsplan vorhandenen Stellen auch tatsächlich auszulasten. Gänzlich unbefriedigend ist die Beförderungssituation allerdings im gehobenen Dienst. Obwohl die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen, können in Folge anhängiger Konkurrentenklagen in einzelnen Besoldungsgruppen seit mehreren Jahren keine Beförderungen erfolgen. Sich darauf zu berufen, dass man da nichts machen könne, weil es sich um zulässige Rechtsmittel handelt und man auf die Dauer der Verfahren keinen Einfluss habe, kann aus unserer Sicht nicht ausreichen.

Das „Superwahljahr 2024“ beginnt mit Kommunalwahlen am 26. Mai, am 9. Juni findet die Wahl zum Europarlament und am 1. September die Wahl zum Thüringer Landtag statt. Nach den derzeitigen Umfragen ist in Thüringen mit einer komplizierten Regierungsbildung zu rechnen. Mit entscheidend ist, ob die Grünen und die FDP, die derzeit in den Umfragen unter 5 % liegen, einen Wiedereinzug in den Landtag erreichen werden. Darüber hinaus werden derzeit Koalitionen mit der AfD oder den Linken durch die CDU ausgeschlossen. Parteiübergreifend spricht man sich gegen eine erneute Minderheitsregierung aus. Bereits 2019 gab es eine ähnliche Situation, die zum sogenannten Stabilitätspakt zwischen den Linken und der CDU, verbunden mit der Absicht, zeitnah Neuwahlen durchzuführen, geführt hatten. Entsprechende Neuwahlen hat es dann aber nicht gegeben. Die dazu erforderliche Mehrheit wurde im Landtag nicht erreicht, weil sowohl bei den Linken als auch der CDU einzelnen Abgeordneten ihr erreichtes Mandat wichtiger als die Versprechen ihrer Partei gewesen sind. Soviel also Versprechungen. Auch aus unserer Sicht sind stabile Verhältnisse wünschenswert, die nach den derzeitigen Umfrageergebnissen derzeit eher unwahrscheinlich sind.

2024 wird also für uns in vieler Hinsicht ein spannendes Jahr!

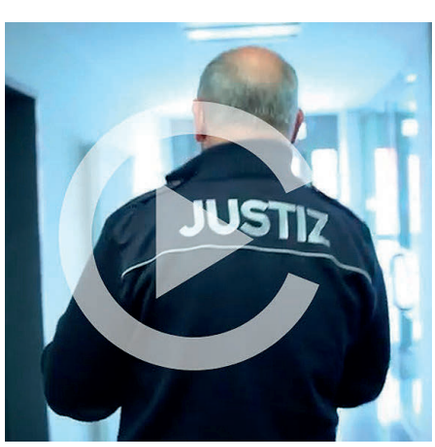
Der Landesvorstand ■



BSBD

Eine starke Gewerkschaft

Der BSBD vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten



Der Verband ist eigenständig und unter dem Dach des Deutschen Beamtenbunds organisiert

Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** vertritt, unter dem Dach des **dbb**, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden.

„Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen **Imagefilm** erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont.

Der **Imagefilm** kann unter **www.bsbd.de** aufgerufen werden.

Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins[1]

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins[1].



Exklusiv für **dbb-Mitglieder** und ihre Angehörigen

Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema **Baufinanzierung für dbb Mitglieder** an baufinanzierung@bbbank.de

[1] Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot ist bis zum 31.03.2024 befristet.